Nr. 222 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 113

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Donnerstag, den 12. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Belgien für Besatzungsverminderung

Eine Ermunterung für Frankreich.

Brüssel, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir zuverlässig erfahren, hat Briand sich in London erkundigt, welche Haltung die englische Regierung zu einer Herabsetzung der Truppen im Rheinland einzunehmen gedenkt. In Brüssel wird die Auffassung vertreten, daß diese Frage nur Paris betrifft, da die belgischen und englischen Truppen bereits auf das Mindestmaß herabgesetzt seien. Es ist jedenfalls mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß einem Entgegenkommen der französischen Regierung gegenüber Deutschland von Brüssel aus nicht die geringste Schwierigkeit in den Weg gelegt wird.

Die Feststellung der Erfüllung.

Die Reichsregierung verhandelt mit Paris — wie der „Soz. Pressedienst" erfährt — schon seit längerer Zeit über die Frage, in welcher Form Deutschland den Nachweis erbringen soll, daß es seine Zusagen auf Sprengung der Ostfestungen erfüllt hat. Eine Besichtigung durch die noch zurückgebliebenen Mitglieder der ehemaligen Kontrollkommission hat Deutschland bereits entschieden abgelehnt. Von deutscher Seite sind authentische photographische Aufnahmen, evtl. die Feststellungen einer Reichstagskommission als Beweis dafür angeboten worden, daß die Sprengungen vereinbarungsgemäß ausgeführt wurden. Diese Beweismittel hat das Versailler Militärkomitee unter Vorsitz des Marschalls Fochs als unzureichend abgelehnt. Es scheint nun, daß ein Vermittlungsvorschlag von beiden Seiten in Erwägung gezogen wird, der dahin lautet, neutrale Festungsartillerieoffiziere mit der Aufgabe zu betrauen, die notwendigen Feststellungen vorzunehmen. Von einer Seite ist angeregt worden, das Gutachten durch einen schweizerischen und einen schwedischen Offizier erstatten zu lassen. Eine endgültige Stellungnahme der Regierungen zu diesen Vorschlägen ist bisher noch nicht erfolgt.

Der ganzen Angelegenheit kommt insofern besondere Bedeutung zu, als Briand gegenüber dem deutschen Botschaftsrat Dr. Rieth betont hat, daß die gewünschte Truppenreduzierung im besetzten Gebiete in der französischen Oeffentlichkeit nicht zu vertreten sein würde, solange das Versailler Militärkomitee von der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen nicht restlos überzeugt ist.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Besserung auch in der zweiten Aprilhälfte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt, so wird amtlich gemeldet, auch in der zweiten Aprilhälfte einen erfreulichen Rückgang, und zwar um rund 113 000, das sind 11,4 Proz. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817 000 auf 717 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 167 000 auf 154 000, die Gesamtzahl von 984 000 auf 871 000.

Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich im gleichen Zeitraum von 1 120 000 auf 989 000 vermindert.

Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April beträgt rund 250 000, das sind 22 Proz. (1 121 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. April gegenüber 871 000 am 1. Mai 1927.)

Ueber die Krisenfürsorge liegt eine neuere Zahl nicht vor. Dieser Umstand erschwert die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes, zumal in den großen Industrierevieren, wo die meisten langfristig Erwerbslosen sind, während der zweiten Aprilhälfte die Besserung sich nicht mehr in gleichem Tempo fortgesetzt hat wie vorher. Wenn auch die bereits jetzt veröffentlichten Zahlen keinen Zweifel darüber lassen, daß zunächst noch der Arbeitsmarkt aufnahmefähig geblieben ist, so wird ein Urteil über den Umfang der Besserung doch erst dann möglich sein, wenn die Zahlen der Krisenfürsorgeempfänger bekannt werden, deren Veröffentlichung in der Regel nur um Monatsmitte erfolgt.

Abbau der Krisenfürsorge?

Die Reaktion unternimmt neue Versuche, den vom Reichsrat hinausgeschobenen Abbau der Krisenfürsorge zu beschleunigen. In einem Leitartikel verlangt die „Deutsche Tageszeitung" mit den bekannten Argumenten den baldigen systematischen Abbau der Fürsorge für die langfristigen Erwerbslosen, mit dem besonderen Hinweis darauf, daß diese jetzt gänzlich überflüssig sei, weil jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige jetzt auch Beschäftigung finden könne. Sie versteigt sich dabei, entgegen dem vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler amtlich proklamierten Wirtschaftspessimismus zu der Behauptung, daß der Arbeitsmarkt auch in Zukunft neue Kräfte aufnehmen könne! Wie man sieht, funktioniert die Prophetengabe der Regierungsfreunde recht verschieden, je nachdem, was man damit bezweckt: der Wirtschaft geht es schlecht, wenn Lohnforderungen gestellt werden oder wenn Besitzsteuern abgebaut werden sollen, es geht ihr aber glänzend, wenn man damit den Abbau der Krisenfürsorge begründen will!

Aber abgesehen von dieser eigenartigen Inkonsequenz ist auch sonst die Logik der sozialen Reaktionäre nicht frei von Widersprüchen. Die „Deutsche Tageszeitung" selbst muß zugeben, daß die Besserung am Arbeitsmarkt in erster Linie denjenigen Erwerbslosen zugute kommt, die noch die Hauptunterstützung erhalten. Das sind diejenigen Erwerbslosen, die erst kurze Zeit der Beschäftigungsmöglichkeit beraubt sind, also Arbeitskräfte, die noch jung und besonders leistungsfähig sind und lediglich vorübergehend freigesetzt waren. Wenn es nun richtig ist, daß die der Krisenfürsorge unterliegenden Erwerbslosen schwerer Arbeit finden, so liegt das eben daran, daß die durch Krieg und Inflation schwer geschädigten breiten Volksmassen heute mehr auf Arbeit angewiesen sind als jemals früher. Das ist ja auch vom Statistischen Reichsamt einwandfrei festgestellt. Es handelt sich also um eine unmittelbare Folge des Krieges und der Inflation, die einen nachhaltigen Druck auf den Arbeitsmarkt in der Richtung ausübt, daß trotz besserer Konjunktur immer noch große Reserven von Arbeitsuchenden vorhanden sind. Diese — hauptsächlich Opfer der verfehlten Unternehmerpolitik in und nach dem Kriege — bedürfen mindestens ebenso sehr der öffentlichen Hilfe wie andere Kreise, deren sich die Großagrarier so gerne annehmen, und die aus der Verarmung des Volkes noch große Gewinne gezogen haben.

Wenn man nun darauf verweist, daß diese Arbeitsuchenden eben minder arbeitsfähig seien und infolgedessen der allgemeinen Wohlfahrtspflege anheimfallen müßten, so ist das ungefähr der Höhepunkt der Verlogenheit, mit der man im Unternehmerlage argumentiert. Die ganze Frage wäre nämlich dann gegenstandslos, wenn Länder und Gemeinden ausreichend Mittel hätten, um den schuldlosen Opfern der Rationalisierung helfen zu können. Dann brauchte man die Krisenfürsorge nicht und könnte in großem Stile darangehen, die minder leistungsfähigen Arbeitsuchenden aus der Zahl der übrigen herauszusondern und ihnen die notwendige Hilfe zu leisten ohne Rücksicht darauf, daß sie jahraus jahrein vergeblich Beschäftigung suchen. Was aber ist die Wirklichkeit? Die Finanzpolitik des Rechtsblocks beschneidet die Mittel der Länder. Gegenüber den Gemeinden wird unter dem Vorwand des Zwanges zur Sparsamkeit eine bewußte „Verknappungspolitik" getrieben, die dazu führt, daß für die allgemeine Fürsorge immer weniger anstatt mehr Mittel zur Verfügung stehen. Und diese Einschränkung des Wohlfahrtsetats ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik jener Unternehmer, die es jetzt fertigbekommen, die schuldlosen Opfer ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik als Faulenzer und Rentenschnorrer hinzustellen!

Nein, das Ziel des Abbaus der Krisenfürsorge ist ein anderes. Nachdem der Arbeitsmarkt wieder bessere Tendenz zeigt, will man künstlich das Heer der Erwerbslosen und Hungerleider erhöhen, die ihre Arbeit um jeden Preis und ohne Innehaltung der Tarife anbieten müssen. Damit hofft man, im Kampf gegen die Lohnansprüche der Arbeiterschaft eine neue Waffe zu schaffen. Gerade darum ist es notwendig, den wahren Charakter dieser Treibereien zu kennzeichnen, die den stärksten Widerstand der organisierten Arbeiterschaft finden müssen.

Keine Nachricht von Nungesser.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Von dem Verbleib der beiden Ozeanflieger, seitdem sie über Irland gesichtet worden sind, ist auch bis Mittwoch abend in Paris keine Nachricht eingetroffen. Gegen 30 Kriegsschiffe und über ein halbes Hundert Flugzeuge sind von der amerikanischen, englischen und französischen Küste aus unterwegs, um nach den Vermißten im Ozean zu forschen. Einige Sachverständige geben der Meinung Ausdruck, daß die beiden Flieger, als sie die amerikanische Küste erreicht hatten und infolge des Nebels nicht landen konnten, vielleicht statt nach New York ihren Flug in nördlicher Richtung nach Kanada und Labrador fortgesetzt haben. Die Pariser Kriminalpolizei ist vom Innenminister beauftragt worden, eine Untersuchung darüber anzustellen, wer die Falschmeldung über die Ankunft der Flieger in New York verbreitet hat.

Die Arbeit der Partei.

Ein Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie.

Auf zweierlei Art wurde in früheren Zeiten über die Arbeit der Partei berichtet: Einmal im jährlichen Bericht des Vorstandes an den Parteitag, zum anderen in dem ausführlichen Rechenschaftsbericht der Reichstagsfraktion. Beide Berichte pflegten dem Protokoll des Parteitages eingefügt zu werden, an den sie erstattet wurden.

Jetzt ist, zum ersten Male seit Bestehen der Partei, die Jahresarbeit der Partei in einem „Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1926" der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Das Buch umfaßt nicht weniger als 520 Seiten, zeigt also auch schon in seinem äußeren Umfange, wie gewaltig sich die Tätigkeitsgebiete der Partei gemehrt haben. Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis bestätigt und verstärkt diesen Eindruck. Allein der Bericht des Parteivorstandes gibt außer einem allgemeinen politischen Ueberblick eine umfassende Darstellung der großen agitatorischen Feldzüge, die im abgelaufenen Jahre die Partei zu führen hatte. Hierher gehört vor allem die große und aufrüttelnde Arbeit für den Volksentscheid für Fürstenenteignung, die zwar ohne positives Ergebnis blieb, aber doch eine Volksbewegung von bisher unbekanntem Ausmaße hervorrief. Das verfassungsmäßige neue Recht der direkten Gesetzgebung durch das Volk wurde hier zum ersten Male erprobt. Und unsere Genossen haben im ganzen Reiche diese Feuerprobe aufs beste bestanden. Für spätere Anwendung des Volksentscheides hat diese Arbeit der Sozialdemokratie grundlegende Beispiele geschaffen.

Der Vorstandsbericht zeigt aber in seiner Gliederung auch, wie stark sich die eigentliche Parteiarbeit — von Wahlkämpfen abgesehen — verästelt hat. Immer neue Zweige werden angefügt oder wachsen aus der einheitlichen Tätigkeit heraus. Die Frauenbewegung erfordert heute ein noch stärkeres Maß an Aufmerksamkeit als früher. Dazu kommt die Arbeiterjugend, die zwar in einem selbständigen Verbande organisiert ist, aber mit der Sozialdemokratie doch aufs engste verbunden bleibt. Immer neue Aufgaben stellt die Arbeiterwohlfahrt den Genossen und Genossinnen, die in ihr eine unmittelbare praktische Sozialarbeit zu leisten vermögen. Ein Gebiet, das erst nach dem Kriege ernsthaft und gründlich in Bearbeitung genommen wurde und das in seiner Buntheit immer neue Eindrücke vermittelt, immer neue Pflichtenkreise öffnet. In nicht weniger als 1914 Ortsausschüssen der Arbeiterwohlfahrt, die über das Reich in 34 Bezirken zusammengefaßt sind, wird diese praktische soziale Hilfsarbeit heute planmäßig betrieben, die früher den bürgerlichen und religiösen Wohlfahrtstätigkeitsvereinen allein überlassen blieb. Das Hineinarbeiten in diese neuen Betätigungsgebiete erfordert unendlichen Fleiß, großen, nie ermüdenden Opfermut und neben organisatorischer Sachkenntnis vor allem ein menschliches Mitempfinden mit den Nöten derer, die der Wohlfahrtsarbeit besonders bedürfen.

Neben dieser Sozialarbeit der Arbeiterwohlfahrt fordern das kulturpolitische Glied der Partei, der „Sozialistische Kulturbund" und das Wirken des „Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit" das Interesse aller heraus, die inneren Anteil an dem Werden und Wachsen der deutschen Sozialdemokratie nehmen. Die kommunalpolitische Zentralstelle, die der Parteileitung angegliedert ist, bietet ebenso wie das Parteiarchiv wertvolle Materialien für die immer stärker werdenden Reihen unserer Mitarbeiter im Lande.

Die Vertretung der Partei in öffentlichen Körperschaften hat einen sehr erheblichen Umfang angenommen. Im Berichtsjahr zählte sie:

im Reichstage 131 Abgeordnete, davon 16 Frauen,
in den Länderparlamenten 468 Abgeordnete, davon 49 Frauen,
im preußischen Staatsrat 24 Abgeordnete,
in den Provinziallandtagen 482 Abgeordnete, davon 20 Frauen,
in den Kreistagen 3146 Abgeordnete, davon 47 Frauen,
in den Stadtparlamenten 6773 Stadtverordnete, davon 295 Frauen,
in den Gemeindevertretungen 20 090 Vertreter, davon 452 Frauen.

708 Parteigenossen sind als Bürgermeister, 637 als Gemeindevorsteher und 340 als besoldete Stadträte tätig.

Die Mitgliederbewegung der Parteiorganisation litt auch im letzten Jahre noch unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise und der daraus sich ergebenden Arbeitslosigkeit, die alle bisher bekannten Maße weit überstieg. Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit hatten die Parteiorganisationen im Jahre 1925 einen Verlust von 38 227 Mitgliedern buchen müssen. 1926 wurden insgesamt 17 252 Mitglieder mehr gezählt, doch ist damit der vorjährige Verlust noch nicht ganz wieder ausgeglichen. Die Gesamtmitgliederzahl der Partei betrug am 1. Januar 1926: 806 268, darunter

151 811 Frauen; am Schlusse des Jahres bezifferte sie sich auf 823 520, wovon 165 492 Frauen. Die Zunahme an weiblichen Mitgliedern ist verhältnismäßig größer und regelmäßiger als die an männlichen. Nur sieben Bezirke (Brandenburg, östliches Westfalen, Oberrhein, Franken, Dresden, Chemnitz, Zwickau) haben eine Abnahme an weiblichen Mitgliedern zu beklagen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Ortsvereine stieg im letzten Jahre von 7967 auf 8230. An Mitgliederbeiträgen wurden insgesamt 4 542 800,84 M. (darunter von Frauen 593 672,94 M.) vereinnahmt, daneben wurden für die Internationale noch 199 051,30 M. an regelmäßigen Beiträgen geleistet.

Besondere Beachtung verdient im Vorstandsbericht der Versuch, die Berufszugehörigkeit und das Alter der Mitglieder zu errechnen. Unterlagen dazu boten statistische Aufnahmen in Bremen, Hamburg und Hannover, die teils im Jahre 1925, teils 1926 vorgenommen wurden. Bei diesen Zählungen stellte sich die Berufszugehörigkeit (ohne Frauen) in Prozentsätzen der Mitgliederzahl folgendermaßen dar:

	Bremen	Hamburg	Hannover	
Handarbeiter	71,84	71,43	83,66	Proz.
Kopfarbeiter	11,65	13,01	8,86	„
Selbst. Gewerbe	4,91	4,50	4,39	„
Freie Berufe	4,08	0,33	1,25	„
Ohne Angabe	7,52	10,73	1,85	„

Zieht man aus diesen Aufstellungen den Durchschnitt und überträgt man ihn auf das Reichsgebiet, so würde sich ergeben, daß 73,14 vom Hundert, also 481 282 Handarbeiter, 11,03 Prozent (72 580) Kopfarbeiter, 4,62 Prozent (30 401) selbständige Gewerbetreibende, 2,04 Prozent (13424) Angehörige freier Berufe und 9,17 Prozent (60 341) männliche Mitglieder ohne nähere Berufsangabe der Partei angehören.

Nach den gleichen Unterlagen ist auch die Berechnung des Lebensalters der Mitglieder erfolgt. Es ergibt sich daraus, daß sich die Mitglieder auf folgende Altersstufen verteilen:

	Durchschnitt		Errechn. Mitgliederz.
Bis 20 Jahre	1,71	Proz.	14 082
21—25 „	6,01	„	49 494
29—30 „	9,58	„	78 893
31—35 „	10,83	„	89 187
36—40 „	14,47	„	119 163
41—45 „	15,33	„	126 246
46—50 „	15,10	„	124 352
51—55 „	12,95	„	106 646
56—60 „	7,23	„	59 540
61—65 „	4,02	„	33 105
üb. 66 „	2,77	„	22 812

Selbstverständlich gibt diese Aufstellung nicht die wirkliche Mitgliederzahl an, sondern eine nach den prozentualen Aufstellungen von Hannover und Bremen errechnete, der die tatsächliche Mitgliederzahl im Reiche (823 520) zugrunde gelegt ist.

Schon diese Stichproben werden die Mannigfaltigkeit des Stoffes zeigen, den der Vorstandsbericht im Jahrbuch darbietet. Daneben aber gibt der sehr ausführliche Bericht der Reichstagsfraktion ein Spiegelbild von der umfassenden, die vielgestaltigsten Gebiete des öffentlichen Lebens berührende Arbeit unserer parlamentarischen Vertreter. Und zur Ergänzung dessen ist zum ersten Male eine Sammlung der Berichte sämtlicher Landtagsfraktionen beigefügt, die auch dem Fernstehenden einen Einblick in die sozialistische Parlamentsarbeit der einzelnen Länder gewähren.

Fügen wir hinzu, daß das Jahrbuch in besonderen Kapiteln die Wirtschaftsentwicklung und den Krisenverlauf, die Gewerkschaftsarbeit, die Konsumvereine, die Volksfürsorge und die Arbeitersportbewegung behandelt, daß eine Reihe von parteigeschichtlich interessierenden Bildern aus der Gegenwartsarbeit eingestreut sind, und daß schließlich ein sehr eingehendes Sachregister das Nachschlagen erleichtert, so ergibt sich, daß dieses erste „Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie" für jeden Parteigenossen eine Fülle von Anregungen zum Nachdenken bietet und gleichzeitig allen politisch Interessierten, gleichviel welchen Lagers, ein lebhaftes Bild von der großen Volksarbeit der Sozialdemokratie liefert.

Der Bürgerblock blamiert sich.

Er will die Jugend schützen — aber er ist nicht da!

Für die derzeitige Regierungsmehrheit war die gestrige Sitzung des Reichstags eine einzige große Blamage. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den „Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten" gedieh nur bis zu einer großen Anklagerede des Genossen Seydewitz gegen den kulturreaktionären Kurs — dann wurde auf Antrag der Opposition die Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung beschlossen, weil die Mehrheit, die bei den ersten Kampfabstimmungen noch mit wenigen Stimmen gesiegt hatte, es nicht für nötig fand, an den weiteren Beratungen teilzunehmen.

Die Sitzung wurde für drei Viertelstunden unterbrochen, um den Beschluß des Aeltestenrats einzuholen, der natürlich dahin ging, den Entwurf auch wieder auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Die Regierungsparteien hatten inzwischen die Kraft gefunden, diesen Beschluß auch im Plenum durchzubringen.

Trotzdem ist der moralische Erfolg, den die Opposition gestern errang, nicht zu unterschätzen. Sie bekämpft den Entwurf, der für die Freiheit künstlerischen Schaffens eine nicht geringe Gefahr bedeutet, mit Leidenschaft und mit ausgezeichneten Argumenten. Die Regierungsmehrheit hat dem nichts entgegenzustellen als ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit. Wenn auch diese gelegentlich dahinschwindet, weil das Interesse an den Gegenstand bei ihr gering ist, so zeigt sich der breitesten Oeffentlichkeit auf diese Weise deutlich, auf welcher Seite das Recht ist.

Der Entwurf selbst hat bei seinem Werdegang solche Veränderungen erfahren, daß selbst im Regierungslager ernste Bedenken gegen ihn bestehen. Ein erstes Zeichen dafür hat sich schon gestern gezeigt, da die Wirtschaftspartei nicht mehr mitmachte. Nur verbohrter Eigensinn kann unter solchen Umständen leugnen, daß der zu Beginn der zweiten Lesung gestellte sozialdemokratische Antrag, die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen, das Richtige getroffen hat.

Der Kaiserparagraph.

Die Deutschnationalen schützen die Republik.

Einst war es paradox, aber jetzt bestätigt es die Zeit. Wer den Deutschnationalen vor einigen Jahren prophezeit hätte, sie würden der Verlängerung einer gesetzlichen Bestimmung zustimmen, die es in die Hand der Regierung der Republik legt, ob der ehemalige Kaiser nach Deutschland zurückkehren darf oder nicht, würde von ihnen für verrückt erklärt worden sein. Noch gestern abend erklärte die „Kreuzzeitung" einen solchen Gedanken für indiskutabel. Zugleich aber könnte der „Vorwärts" schon melden, daß sich die deutschnationale Führung mit diesem Gedanken bereits befreundet habe, und inzwischen haben später eingelaufene Meldungen diese Angabe bestätigt. Im Regierungslager rechnet man jetzt allgemein mit dem Zustandekommen eines Kompromisses auf der Grundlage, daß zwar der Staatsgerichtshof aufgehoben und durch eine andere Institution ersetzt wird, im übrigen aber die Geltungsdauer des ganzen Gesetzes einschließlich des Kaiserparagraphen um zwei Jahre verlängert wird.

So hätte denn Herr Bazille mit seinem donnernden Bekenntnis bei der dritten Lesung jenes Gesetzes am 18. Juli 1922, die Deutschnationalen würden bleiben, was sie waren, doch nicht ganz recht gehabt?

Wir meinen dennoch, er hatte recht. Die Deutschnationalen waren schon damals so. Schon damals war die nationalistische und monarchistische Phrase für sie nur ein Köder, um Wähler zu fangen, und die Vertretung der materiellen Interessen der besitzenden Klassen war schon damals der eigentliche Inhalt ihrer Politik.

Es war doch nur zwei Jahre später, als die Deutschnationalen bei ihrer Abstimmung über die Dawes-Gesetze eine für alle anderen Parteien unerreichbare Wandlungsfähigkeit an den Tag legten. Sie ermöglichten ihre Annahme, indem sie für den entscheidenden Teil mitstimmten — und schimpften über diese Gesetze dann so munter weiter, wie sie schon vorher über sie geschimpft hatten.

Graf Westarp hat erst vor wenigen Tagen ein Bekenntnis zur Monarchie abgelegt. Das wird ihn nicht hindern, nächstens für das Gesetz zum Schutz der Republik zu stimmen und übernächstens wieder ein Ergebenheitstelegramm nach Doorn zu schicken.

Wenn man deutschnational ist, kann man das. Die Republik kann man zu ihren neuesten Beschützern gratulieren. Aber sie soll sich vor ihnen in Acht nehmen!

*

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes sind am Mittwoch noch zu keinem endgültigen Abschluß geführt worden. Es steht jedoch fest, daß die Deutschnationalen erhebliche Schwierigkeiten nicht mehr machen und dem Kaiser-Paragraphen bereits ihre Zustimmung gegeben haben. Das ist gleichbedeutend mit einer Verlängerung des Verbotes einer Rückkehr Wilhelms nach Deutschland. Streitig ist noch, ob der Staatsgerichtshof in seiner gegenwärtigen Form weiter bestehen bleibt oder — wie es die Deutschnationalen fordern — aufgehoben werden soll.

Die Reichsregierung hat am Mittwoch zwar eine Kabinettssitzung abgehalten, sich jedoch mit der Frage einer Verlängerung des Republikschutzgesetzes nicht befaßt. An sich bildete diese Angelegenheit einen Punkt auf der Tagesordnung.

Der offizielle Bericht meldet jedoch lediglich, daß die angeblichen mit der Revision des Dawes-Plans im Zusammenhang stehenden Pläne des amerikanischen Finanziers O. H. Kahn zur Sprache gebracht und festgestellt wurde, daß derartige Pläne jeder Grundlage entbehren.

Nachspiel zur Rede Hergts.

Stresemann sagt Polen, über Hergt regt euch nicht auf.

Der polnische Gesandte Olszowski war am gestrigen Mittwoch beim Außenminister Stresemann um Rücksprache wegen der Aeußerungen des Vizekanzlers Hergt über die deutsch-polnische Grenze zu halten. Wie wir erfahren, verwies Stresemann auf seine Erklärungen in Bad Oeynhausen, worin er betont hatte, daß durch den deutsch-polnischen Locarnovertrag jede Schwierigkeit, die aus dieser Frage entstehen könnte, auf den Weg des Schiedsgerichtes verwiesen ist; Stresemann habe auch hinzugefügt, daß Polen keinen Anlaß zu einer Beunruhigung über die Rede Hergts haben dürfte.

Deutsch-polnischer Flugzwischenfall.

Regierungsrat Dahlmann von der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums ist auf einem Flug von Berlin nach Ostpreußen zu einer Notlandung im polnischen Korridor gezwungen worden. Er wird, wie wir erfahren, von den polnischen Behörden festgehalten, wie das vor einiger Zeit ebenso geschehen ist, als ein polnisches Flugzeug zu einer Notlandung auf deutschem Gebiet gezwungen war.

Als Strafe für die Maifeier will das tschechische Eisenbahnministerium die Reichenberger Straßenbahn unter Staatsaufsicht stellen, „bis die notwendige Ordnung in dem unzuverlässigen Betrieb wiederhergestellt ist".

Frühlingsstimmen.

Musik-Umschau von Kurt Singer.

Nicht alle Singvögel, die im Frühsommer ihre Kärtchen bei uns abwerfen, sind Zugvögel. Helligkeit und Wärme, die wir von guten Stimmen fordern, stören die Stimmung des Saales. Und der blaue, wolkenlose Himmel wandelt sich so rasch in blauen Dunst, wenn die Grenzen der Musizierzeit zugleich mit den Grenzen der Selbstbescheidung überschritten werden. Was soll man von Helene Mikulaschek Gutes sagen? Nur eine Geigerin, von einiger technischer Könnerschaft, mit dem Wunsch zur Eindringlichkeit spröder Töne, mit starrer Bogenführung, unpersönlich, halbfertig. Mit der C-Dur-Sonate von Guillaume Lekeu wurde sie aber gar nicht fertig, weil sie zu lang geraten ist und einen jungen, begabten Musiker ganz im Banne süßer Romantik redselig werden läßt. Solchen langsamen Sätzen gegenüber wirkt noch die Tolellische Serenade wie ein Schluck klaren, reinen Wassers. Für den Schwung der Eck-Themata aber sei dem Toten noch ein Immortellenkränzlein aufs Grab gelegt. Josef Scheib war der musikalische, sattelfeste Mitspieler am Klavier. Marcella Roeseler hat ihrer substanzlosen, unausgiebigen Stimmmittellage eine geschmeidige, helle, schöne Sopranhöhe entgegenzustellen. Die spielerische Bravour und das Temperament der Brahmsschen Zigeunerlieder wollen nicht so echt aus der Kehle herausspringen wie die sanft streichelnde, süße Kantilene in den Liedern ihres Begleiters Julius Bürger. Diese reichlich naive, epigonenhaft-bürgerliche Musik schien dem Publikum zu gefallen; doch gewiß nicht so stark, daß da capos als erzwungen gelten konnten. Echter, einfacher, in jedem Schritt und Tritt gekonnt, zwei Lieder von Josef Marx. Mit der Güte des Werkes wuchs die Güte der Leistung, die im ganzen noch nicht letzte Reife und Leichtigkeit, hoffentlich jedoch noch keine Ueberreife zeigt. Das Urteil trübt sich im Nachklang Battistinischer Größe. Er sang im vorigen Jahre zum letzten Male und er wird bis an sein Lebensende immer wieder zum vorletzten Male singen. Und er braucht keine Klosterreklame und keinen Agentenklatsch, um groß, blendend, einzig dazustehen als Sänger, Bildner, Gestalter. Wie wäre es aber, wenn er einmal die Zugaben aufs Programm setzte und die Programmnummern zugäbe? Abwechslung muß sein. Und wie wäre es, wenn man ihm zuliebe einmal eine unbekannte italienische Oper einstudierte? Mit „Tosca" und „Rigoletto" kommt man doch auch im bescheidenen Berlin nicht mehr aus. Er soll 80 Rollen im Repertoire haben, zu denen auch der „Onegin", der „Don Juan" gehören. Wobei uns einfällt, daß auch ein Werk wie der „Mephistofele" von Boito und die „Gioconda" von Ponchielli ihrer Erstaufführung in Berlin harren. Frau Salvatini, die Freundin des Maestro, würde gewiß gern einmal im Monat statt der Turandot eine andere italienische Glanzpartie übernehmen.

Battistini hörten wir auch im Rundfunk in der Uebertragung von Stuttgart her. Das gute Geschäft verbietet es leider, daß solche Uebermittlungen gleich vom Philharmoniesaal aus erfolgen. Und ganz das gleiche ist es ja nicht, ob wir den Meister singen, atmen, Ton spinnen sehen oder ob wir von seiner Person weg nur den Klang einer musterhaft ausgewählten Stimme hören. Oefter als es bisher geschah, müßten Sonntags und in den Abendstunden der Woche Prominente ihre Kunst bis in die letzte Laubenkolonie hinein zu den Arbeitenden sprechen lassen. Gewiß ist die Aufstellung von Programmen für Millionen Hörer schwer. Aber die Gerechtigkeit verlangt es genau so wie der Wille, eine Kulturleistung auszuschöpfen, daß den Arbeitern, die 80 Proz. aller Hörer in Berlin darstellen, in den wenigen Stunden ihrer Ruhe das Beste in bester Form gereicht wird. Zwischen Tanz, Lust, Unterhaltung und ernster, schwerer, anstrengender Kust wird leicht der abwechslungsreiche Mittelweg gefunden werden können. Der Bürger kann es sich leisten, einen halben Tag lang auf dem Ohr zu liegen, den Radiohörer setzt angeschnallt. Dem Arbeiter gehöre der Radiosonntag und die Zeit von 8—11 Uhr des Abends. Gern möchte man ihm raten, sein Wissen und seine Bildung auch auf dem Wege des Plattenspiels (nicht: des platten Spiels) zu festigen. Welch große Errungenschaft für Lernende, Genießende, für einzelne wie für Schulen, daß Beethovens Violinkonzert, meisterlich gespielt von Kreisler, jetzt von den Electrolawerken hergestellt ist; ebenso die Eroica von der ersten bis zur letzten Note und (bei den Odeonwerken) ein im Klang höchst eindrucksvolles, sauberes, wirklichkeitsnahes Plattenkonsortium des Mozartschen Requiems. Wenn erst ein findiger Kopf das Umdrehen der Platten pausenlos bewerkstelligt, dann ist auch hier eine Uebertragungsmöglichkeit durch Radio gegeben, besser als durch leibhaftige Chöre (weil eben in der Grammophonindustrie jetzt nur das lang Ausprobierte, glänzendst Gelungene auf den Markt kommt und alle Unebenheiten einer Aufführung beseitigt sind).

So ergänzt Neues das Alte, ohne es zu verdrängen. Die Frage lautet nicht: Konzert oder Radio, sondern Konzert und Radio. Man achte auf die Mentalität der Verbraucher, sonst fliegt das Gewerbe in dem Augenblick brach, wo man sich überlegt, ob nicht die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens durch die primäre Einstellung auf Kulturfragen bestimmt wird. Man kann allerdings auch umgekehrt vorgehen. Die steinalte Singakademie hat in dem Augenblick, als sie ihre Sänger nach der Philharmonie entließ, etwas von ihrem traditionellen, ans Haus gebundenen kulturellen Ruf aufgegeben. Aber das Publikum wurde größer, das Geschäft verlangte Ausdehnung. Weinen wir der Hundertjährigen keine Träne nach. Das Glück des musikalischen Dienstes ist auf Sand, nicht auf Stein gebaut.

Was ist unzüchtig? Heinrich Zille war bekanntlich wegen einer im „Simplicissimus" veröffentlichten, von einem Gericht des keuschen Schwabenlandes als „unzüchtig" erachteten Zeichnung verurteilt worden. Jetzt hat das Reichsgericht ihn freigesprochen und in der Begründung des Urteils den Begriff der „unzüchtigen Darstellung" folgendermaßen festgelegt: „Eine unzüchtige Darstellung kann nur dann vorliegen, wenn eine Bezugnahme auf geschlechtliche Vorgänge darin enthalten ist. Die bloße Abbildung eines weiblichen oder männlichen Körpers ist an sich nicht unsittlich; sie wird es nur dann, wenn die Geschlechtsteile derart prononciert hervorgehoben werden, daß eine Beziehung zum Geschlechtsakt darin sichtbar ist."

Richtlinien der sowjetrussischen Theaterpolitik. Die Moskauer Zeitschrift „Die kommunistische Revolution" (Nr. 6) nimmt Stellung zu dem jetzt in der Sowjetunion vielbesprochenen Thema einer im revolutionären Sinn strafferen Theaterpolitik und entwirft bestimmte Richtlinien, die im wesentlichen wohl bald die Sanktion der verantwortlichen Behörden finden werden. Die Aufmerksamkeit der KP. — so wird gefordert — dürfe sich keineswegs nur auf die Probleme des Berufstheaters beschränken, dessen Revolutionierung nunmehr durchgreifend betrieben werden müsse. Auch die Arbeiterklub-Bühnen, die Dorftheater und die Soldatentheater der Roten Armee seien als letztes und volkstümlichstes Glied des gewaltigen Theaterkomplexes insofern besonders wichtig, als sie die unmittelbare Beeinflussung der breiten werktätigen Massen in der Hand haben. Die jetzt als notwendig erkannte Gesamtkontrolle des Bühnenrepertoires müsse sich folgerichtig und methodisch auf diese Liebhaberbühnen erstrecken. Die Theaterrezensenten der großen Sowjetblätter hätten zwar ein redliches Stück Arbeit geleistet: das reine Aesthetentum stehe unwiderruflich auf dem Aussterbeetat. Dennoch kämen auch heute noch öfters Fälle vor, wo die theaterkritische Einstellung gegenüber grundsätzlichen Kernfragen sich in ein und demselben Blatt von Nummer zu Nummer ändere. Die kommunistischen Theaterkritiker müßten ihre Erfahrungen und Beobachtungen jeweils austauschen und ein Kriterium für ein programmatisch-einheitliches Vorgehen festlegen. Die Forderung nach politischer Desinteressiertheit des Regisseurs wie des Darstellers, nach ihrer Losgelöstheit von jeder sozialen Schichtung sei als ein veraltetes Vorurteil abzulehnen. Auch sei es höchste Zeit, für die zeitgemäße Schulung und Auffüllung eines zuverlässigen Nachwuchses zu sorgen, an den die alleinige Führung in nächster Zeit übergehen müsse.

Eine Nationalkasse für geistige Arbeit in Frankreich. Eine von Herriot, dem französischen Unterrichtsminister, eingesetzte Kommission hat sich unter seinem Vorsitz mit dem Studium zahlreicher Vorschläge für die Verbesserung der Einkommensteuer beschäftigt, soweit sie geistige Arbeiter auf dem Gebiet der Literatur, Kunst und Wissenschaft trifft. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit ist ein Vorschlag zur Schaffung einer Nationalkasse für die geistige Arbeit auf den genannten Gebieten. Die Kasse soll aus einem Teil der betreffenden Steuereingänge alimentiert werden und soll ihrerseits unter der Verwaltung der zuständigen Spitzenverbände für die Behebung materieller Not unter den geistigen Arbeitern und für die Ermöglichung kostspieliger Produktionen sorgen.

Neuerung im Londoner Autobusverkehr. Es ist eine alte Klage der Mädchen, die in London in Bureaus und Geschäften arbeiten, daß sie nach Geschäftsschluß nur unter schwerem Kampf einen Platz im Vorortautobus erobern können. Da alle Versuche der Autobusgesellschaften und der Verkehrspolizei, das männliche Publikum zu größerer Rücksicht zu erziehen, erfolglos geblieben sind, beabsichtigt man jetzt, besondere Autobuslinien einzurichten, bei denen die Wagen an Hauptpunkten des Geschäftslebens in der City aufgestellt werden und für arbeitende Frauen und Mädchen reserviert bleiben. Diese Wagen sollen dann, ohne unterwegs zu halten, in die äußeren Wohnviertel und Vororte hinausführen.

In der Volksbühne findet Sonnabend die Neueinstudierung Shakespeares „Sommernachtstraum" mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy statt. — Die Regie führt Fritz Holl. — Musikalische Leitung: Wolfgang Zeller.

Zentrum und Deutschnationale.

Neue Verschiebungen im Reichsinnenministerium?

Von verschiedenen Seiten wurde am Mittwoch gemeldet, daß der Reichsinnenminister beabsichtige, den Freiburger katholischen Theologieprofessor Dr. Engelbert Krebs vorübergehend als Referenten in das Reichsinnenministerium zu berufen. Krebs soll angeblich das Reichsschulgesetz in seiner endgültigen Fassung vorbereiten. Die Zentrumsfraktion des Reichstages weist darauf hin, daß ihr von derartigen Plänen des Reichsinnenministers nichts bekannt ist. Keudell selbst scheint mit einer Berufung des Theologieprofessors Dr. Krebs bestimmten Plänen des Zentrums zuvorkommen zu wollen. Auch das zeugt von der — nach Hergt bestehenden — „großartigen Harmonie" in der Bürgerblockregierung. Es fragt sich nur, wer bei dieser Harmonie auf die Dauer über das Ohr gehauen wird.

Kußmann vom Amt suspendiert.

Verfahren auch wegen der Aktenaffäre.

Eine Gerichtskorrespondenz meldet:

Gerichtsassessor Dr. Kußmann, gegen den bekanntlich zusammen mit Assessor Dr. Caspary und Landgerichtsrat Dr. Peltzer ein Disziplinarverfahren schwebt, ist jetzt vom Amte suspendiert worden.

Während eines schwebenden Disziplinarverfahrens kann auch ohne mündliche Verhandlung das Gericht die Suspendierung vom Amte beschließen, wenn diese mit Rücksicht auf die Schwere des Amtsvergehens angemessen erscheint. Diese Suspension vom Amte hat zur Folge, daß der suspendierte Richter die Hälfte seines Diensteinkommens während der Dauer des Disziplinarverfahrens behält.

Der Disziplinarprozeß vor dem Disziplinarsenat am Kammergericht für richterliche Beamte sollte schon in dieser Woche, am 11. beginnend, zur Verhandlung gelangen. Er wurde aber in letzter Stunde gegen alle drei Angeschuldigten vertagt, weil ein Antrag gestellt worden war, das Disziplinarverfahren gegen Dr. Kußmann auch auf seine Rolle in der Plauener Aktenaffäre des Stresemann-Prozesses auszudehnen.

Stahlhelm schießt.

Eine Stahlhelmbluttat bei Stettin.

Stettin, 11. Mai. (WTB.) Der Förster Duhnke wurde auf der Heimfahrt von Neuwedell nach seinem Wohnsitz Fürstenau zu Rode auf der Landstraße von vier Männern wegen seiner Stahlhelmkleidung belästigt. Der Förster holte sich aus Neuwedell ein Jagdgewehr. Als er wieder auf die Gegner stieß, und neuer Streit entstand, schoß er und verletzte den Schachtmeister Ladewig aus Callies so schwer, daß er gleich nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus Arnswalde verstarb.

Beratung der Reichsdienststrafordnung.

Zentrum und Kommunisten als Gegner von Republikschutzbestimmungen.

Der 14. Reichstagsausschuß hat die dritte Beratung der Reichsdienststrafordnung seit einigen Tagen wieder aufgenommen. Der Rechtsblock zeigt auch hierbei meist von Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung unterstützt, sein reaktionäres Gesicht. Nicht nur, daß diese Mehrheit es nach wie vor ablehnt, Verletzungen der Reichsverfassung durch Beamte im Dienst als Dienstvergehen anzusehen, hat sie auch die von der Sozialdemokratie in der ersten Lesung erkämpfte Bestimmung beseitigt, nach der Beamte wegen Handlungen und Unterlassungen in Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte dienstlich nicht bestraft werden dürfen. Ferner hat dieselbe Mehrheit in trauter Gemeinschaft mit den Kommunisten den Antrag des Genossen Steinkopf abgelehnt, jene durch die Gesetze zum Schutz der Republik geschaffene Bestimmung in die Reichsdienststrafordnung zu übernehmen, die solche Beamten mit Dienstentlassung bestraft, welche sich im Rückfall gegen die Pflicht der Beamten zum Schutz der Republik vergehen. Nach dem Willen dieser Parteien und der Rechtsregierung soll diese Bestimmung mit dem Inkrafttreten der Reichsdienststrafordnung überhaupt fallen. Von den Kommunisten ist man ja nichts anderes gewöhnt, als daß sie den Feinden der Republik überall tatkräftigen Beistand leisten. Wie sich diese Haltung der Zentrumsabgeordneten im 14. Reichstagsausschuß aber mit der Stellungnahme der Zentrumsfraktion zur Verlängerung der Republikschutzgesetze verträgt, bleibt unerklärlich.

Daß der von der Sozialdemokratie geforderte Schutz des Privatlebens der Beamten vor unberechtigten Kontrollen durch Dienstvorgesetzte abgelehnt wurde, versteht sich von selbst. Ja, man konnte sich nicht einmal entschließen, einer sozialdemokratischen Entschließung zuzustimmen, die mit dem Unfug des Einforderns der Ehescheidungsakten von Reichsbeamten durch die Dienstbehörden ein Ende machen wollte. Dieses Nachschnüffeln geschieht ausschließlich zu dem Zweck, um einen Anhalt zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den ehegeschiedenen Beamten zu finden. Nach dem sozialdemokratischen Vorschlag soll eine Bescheinigung des erkennenden Gerichts der Dienstbehörde gegenüber als Nachweis für die tatsächlich erfolgte Ehescheidung genügen. Auch die Forderung der Sozialdemokratie auf Aufrechterhaltung der einmal erworbenen Pensionsansprüche des strafentlassenen Beamten für den Fall seiner Invalidität wurde abgelehnt. Man will es der Gnade der Behörden überlassen, ob sie dem Entlassenen eine Unterstützung zuzuwenden gedenkt, wenn er erwerbsunfähig wird. Auf diese Unterstützung sollte dann sogar nach einem vom Zentrum unterschriebenen Antrag eine etwa inzwischen erworbene Invaliden- oder Altersrente angerechnet werden. Diese Ungeheuerlichkeit wurde jedoch durch einen Vorstoß der Sozialdemokratie aufgeräumt.

Es gelang ihr, auch diesem Erfolg einen zweiten dadurch hinzuzufügen, daß es ihr glückte, die von der gesamten Beamtenschaft und den namhaftesten Juristen bekämpfte sklavische Bindung der Dienststrafgerichte an strafgerichtliche Urteile zu Fall zu bringen. Zwar konnte eine völlige Freiheit der Dienststrafgerichte nicht erreicht werden, jedoch wurde auf Antrag des Genossen Steinkopf mit 14 Stimmen der Opposition gegen 13 Stimmen der Regierungsparteien beschlossen, keine Bindung der Dienststrafgerichte einreten zu lassen, wenn dieses einstimmig Zweifel an der Richtigkeit der tatsächlichen Feststellungen des strafgerichtlichen Urteils hat.

Genosse Johannes Stelling begeht heute seinen 50. Geburtstag. Er ist am 12. Mai 1877 in Hamburg geboren. Als 24jähriger Handlungsgehilfe trat er im Jahre 1901 in die Redaktion des „Lübecker Volksboten" ein, der er 18 Jahre lang angehörte. Durch das Gefängnis, das ihn wiederholt zu seinen Gästen zählte, ging sein Weg in die Lübecker Bürgerschaft und in die Nationalversammlung. Die Mecklenburger Genossen holten ihn 1919 als Innenminister in ihre Regierung, wo er sich so bewährte, daß er 1921 als Ministerpräsident dahin zurückkehrte und bis 1924 dort verblieb. Mittlerweile war er in den Parteivorstand gewählt worden, der sich freute, ihn nach seiner Demission wieder in seine Reihen aufnehmen zu können. Im Reichstag vertritt er jetzt den Wahlkreis Oppeln. Ein unermüdlicher Arbeiter, dessen ruhige Klugheit sich in schwierigsten Situationen bewährte, ein begeisterter Parteigenosse und ein liebenswürdiger Mensch, hat sich Genosse Stelling in den weitesten Kreisen der Partei hohes Ansehen und allgemeine Beliebtheit erworben. Die Partei beglückwünscht heute ihn — und sich selbst, daß sie solche Männer besitzt.

Major Buchrucker gegen Reichswehrministerium.

Meineidsanzeige gegen Oberst v. Bock. — Bericht vor dem Femeausschuß des Landtags.

Der Femeausschuß des Landtags nahm am Mittwoch den Bericht des Abg. Kuttner (Soz.) über die Aussage des Majors Buchrucker, die dieser in nichtöffentlicher Sitzung gemacht hat, entgegen. Buchrucker hat in seiner Aussage angegeben, er habe niemals mit Jahnke oder einem anderen über Feme gesprochen. Er wisse auch nichts von Fememorden, wenn ihm auch bekannt sei, daß innerhalb der Arbeitskommandos Totschläge vorgekommen seien. Der Oberleutnant Schulz habe ihn vor seiner Selbststellung auf der Festung Gollnow besucht. Er habe Schulz geraten, sich selbst zu stellen, weil er überzeugt gewesen sei, daß Schulz mit den sogenannten Fememorden nichts zu tun hatte. Schulz habe ihn öfter in Gollnow besucht, aber über irgendeinen Fluchtplan habe er nicht mit ihm gesprochen. Er habe auch nicht gewußt, daß Schulz wegen Anstiftung zum Morde gesucht werde. Eine Führerbesprechung der Schwarzen Reichswehr habe es niemals gegeben, also auch keine, an der Jahnke teilgenommen hat. Ein ZbV.-Kommando habe in der Schwarzen Reichswehr nicht existiert. Buchrucker bekundet weiter, der Zeuge Schmidt-Halbschuh habe das Gespräch mit ihm auf der Festung Gollnow ganz falsch geschildert. Er, Buchrucker, habe Schmidt-Halbschuh keineswegs Dinge erzählt, die streng vertraulich bleiben mußten. Er habe auch nie behauptet, daß v. Gräfe oder Jahnke sein Vertrauen getäuscht hätten. Schließlich gab der Zeuge Buchrucker eine Erklärung ab, in der er ausführt, durch das Schweigegebot des Kottbusser Schwurgerichts sei es ihm unmöglich gemacht, über die Vorgänge vom Jahre 1923 weiteres zu sagen. Er habe sich aus diesem Grunde auch nicht wehren können gegen die ehrenrührigen Vorwürfe, die aus dem Reichswehrministerium gegen ihn gerichtet worden seien.

Er habe aber schon verschiedene Beleidigungsklagen angestrengt und gegen den Oberst v. Bock Anzeige erstattet wegen Meineids und wissentlich falscher dienstlicher Meldung.

Buchrucker empfahl dem Ausschuß, die kommenden Prozesse zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß sie öffentlich verhandelt werden. Er sei nicht gewillt, sich die Ehre abschneiden zu lassen.

Dann wird die in der gleichen nichtöffentlichen Sitzung vom Zeugen Schmidt-Halbschuh bei der Gegenüberstellung mit Buchrucker gemachte Aussage verlesen. Schmidt-Halbschuh erklärt, der von ihm selbst geschriebene Brief sei gegen seinen Willen verwandt worden, gebe aber sinngemäß die Aeußerungen Buchruckers bei der Unterredung in Gollnow wieder. Die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung habe er Buchrucker nicht vorwerfen wollen. Bestimmend für den Zeitpunkt des Buchrucker-Putsches sei die Mitteilung Jahnkes gewesen, daß der Abbruch des passiven Widerstandes bevorstehe. Zum Schluß erklärt Schmidt-Halbschuh, sein Kampf verfolge das Ziel, das Reichswehrministerium zur Uebernahme der Verantwortung zu ziehen für die Dinge, die es zu verantworten habe.

Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses am 15. Juni wird den Bericht über die Akten gegen Major Ahlemann entgegennehmen.

Deutschnationale Ehrabschneider.

Verleumdungen gegen den Ministerpräsidenten Braun

Vor der Berufungskammer des Landgerichts II hatten sich gestern, Mittwoch, wieder einmal der Herausgeber der deutschnationalen Zeitungskorrespondenz „Deutsche Beiträge" Eugen Siebert und der Schriftleiter der „Tilsiter Zeitung" Fritz Wirth zu verantworten. Beide waren in der ersten Instanz vom Schöffengericht Berlin-Lichterfelde wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun zu Geldstrafen verurteilt worden, der erstere zu 200 M., der letztere statt einer verwirkten Gefängnisstrafe zu 3000 M. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Angeklagten hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die gestrige Berufungsverhandlung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hartmann endete gleich der ersten mit einer Verurteilung der „nationalen" Ehrabschneider. Die Interessen des Ministerpräsidenten Genossen Braun wurden durch den Rechtsanwalt Dr. Landsberg vertreten.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: In der Landtagssitzung vom 10. Dezember 1925 hatte Genosse Braun u. a. ausgeführt: „Wir müssen aber versuchen, mehr Werte zu schaffen und den furchtbaren Verlust im Kriege einzubringen, mehr arbeiten, und zwar alle." Auf einen Zuruf: „Sie verteidigen doch aber den Achtstundentag!" fuhr Genosse Braun fort: „Ich kann mir nicht helfen, ich höre die Forderung „mehr arbeiten" meist in den Kreisen am lautesten, wo man am allerwenigsten arbeitet." Der deutschnationale Abgeordnete Gauger glaubte darauf in der nächsten Landtagssitzung in Verdrehung der Worte des Genossen Braun behaupten zu können, er habe den Bauern „Faulenzerei" vorgeworfen.

Die deutschnationale Korrespondenz, herausgegeben von Siebert, schickte aber in den „Deutschen Beiträgen" diese verleumderische Verdrehung in die Welt hinaus. Sie wurde auch in der Nr. 293 der „Tilsiter Zeitung" vom 15. Dezember 1925 in einem Artikel mit der Ueberschrift „Koalitionsgeist" übernommen. Der preußische Ministerpräsident Braun wurde da als „Neureicher" bezeichnet, der der Bauernschaft „Faulenzerei" vorgeworfen habe. In der gleichen Nummer der „Tilsiter Zeitung", die die Ueberschrift „Braun, die Villa und die Bauern" trug und die gleichfalls den „Deutschen Beiträgen" entnommen war, hieß es u. a., daß der Ministerpräsident Braun sich von einer Inflationsfirma eine Villa bauen lasse, deren Kosten 100 000 M. übersteigen. Herr Braun, hieß es weiter, gehöre also zu den Leuten, die die soziale Frage für sich gelöst haben. Es sei festgestellt, daß er jetzt Allüren und Wohnart der beliftulierten Berliner Bankleute nachahme.

Eine vom Ministerpräsidenten Braun auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eingesandte Berichtigung wurde, mit hämischen Glossen verziert, abgedruckt; auch hier war von einer „luxuriösen Villa" die Rede. Als dann der Staatsanwalt den Strafantrag in Tilsit gegen Wirth zurückzog, da das Verfahren gegen ihn und Siebert gemeinsam in Berlin durchgeführt werden sollte, brachte die „Tilsiter Zeitung" einen neuen Artikel, in dem all die alten Verleumdungen aufgefrischt wurden.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung erklärte der Angeklagte Wirth, daß er seine Berufung nur auf das Strafmaß beschränke und die ehrenkränkenden Beleidigungen gegen den Ministerpräsidenten Braun zurücknehme. Der Angeklagte Siebert hüllte sich in Schweigen.

Der bautechnische Sachverständige stellte fest, daß von einer luxuriösen Villa überhaupt keine Rede sein kann. Es handle sich bei dem Bau in Zehlendorf-West um ein bescheidenes Landhaus.

Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plädoyer eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten für Siebert und von acht Monaten für den bereits dreimal einschlägig vorbestraften Wirth: diese Strafe sei im Interesse des inneren Friedens und zur Wahrung der Autorität der Regierung erforderlich. Rechtsanwalt Genosse Dr. Landsberg erklärte, daß in diesem Fall nicht nur der Wahrheitsbeweis mißlungen, sondern der Unwahrheitsbeweis direkt geführt sei.

Nach vierstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Die Geldstrafe für den Angeklagten Siebert wird von 200 auf 500 M. erhöht; in bezug auf den Angeklagten Wirth bleibt es bei der Strafe der ersten Instanz von 3000 M. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß von einer Anwendung des § 193, der die Wahrnehmung berechtigter Interessen vorsieht, in diesem Falle keine Rede sein kann: der Angeklagte Siebert habe bei der Abfassung des Artikels „Der Koalitionsgeist" fahrlässig gehandelt; bei der Verschickung des zweiten Artikels „Braun, die Villa und die Bauern" dagegen vorsätzlich.

Ostoberschlesische Selbstverwaltung.

Der Wojewode kann sie beseitigen.

Kattowitz, 11. Mai. (WTB.) Der Sejm hat das Gesetz betreffend Auflösung der Gemeindevertretungen in dritter Lesung angenommen. Durch dieses Gesetz wird der Wojewode ermächtigt, ohne Angabe von Gründen die Stadtparlamente bzw. Gemeindevertretungen aufzulösen und kommissarische Verwaltungen einzusetzen. Die Deutschen sind besorgt um das Schicksal derjenigen Stadtparlamente und Gemeindevertretungen in Ostoberschlesien, die eine deutsche Mehrheit haben.

Nach erreichter Wählereinschüchterung haben die polnisch-oberschlesischen Behörden die verhafteten deutschen Gemeinderatskandidaten wieder freigelassen.

Arbeiterschaft und Rationalisierung.

Forderungen internationaler Arbeitervertreter auf der Weltwirtschaftstagung.

Genf, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Während die Handelskommission der Wirtschaftskonferenz am Mittwoch nachmittag in ihrem Redaktionskomitee hinter verschlossenen Türen arbeitete, setzte die Industriekommission ihre Beratungen über die Rationalisierung fort. Ein Japaner, ein Pole und ein Vertreter Indiens sprachen sich ziemlich entschieden dafür aus, während der Engländer Balfour sich skeptisch äußerte. Frau Reichstagsabgeordnete Lüders verlangte, daß in Zukunft auf internationalen Wirtschaftskonferenzen neben den drei Gruppen Industrie, Handel und Landwirtschaft auch die Gruppe der Hauswirtschaft vertreten sei. Dann begründete sie eine Entschließung, daß in allen Ländern Ausschüsse von Frauen und Industriellen eingesetzt werden sollen zur Vorbereitung und Durchführung der Standardisierung und Typisierung der hauswirtschaftlichen Gegenstände.

Hierauf folgte eine längere Rede des Amerikaners Robinson, der die verschiedenen, im Laufe der Aussprache an Amerika gerichteten Fragen beantwortete. Mit eingehenden statistischen Zahlen, deren Zuverlässigkeit jedoch nicht unbestritten erscheint, versuchte er den Nachweis zu führen, daß Amerika in den letzten Jahren auch aus den europäischen Ländern mehr gekauft habe als vor dem Kriege; allerdings sei die Vermehrung der Einkäufe Amerikas aus anderen Weltteilen noch bedeutend größer. Die amerikanische Einfuhr aus Ostasien stamme jedoch zum großen Teil von europäischen Produktions- und Handelsgesellschaften. Recht trocken meinte Robinson: „England hat die längste Zeit eine aktive Handelsbilanz und Einnahmen aus seinen ausländischen Kapitalanlagen gehabt — warum sollten bei gleicher Intelligenz und Arbeitshingabe die Amerikaner das jetzt nicht auch haben dürfen?"

Nach Robinson sprachen der Schweizer Dr. Weber und der Tschecho Tayerle als Arbeitnehmervertreter und der russische Delegationschef. Die ersten beiden unterstrichen noch einmal die Ansprüche der Arbeiterschaft aus der Rationalisierung: höhere Löhne, angepaßte Arbeitszeit, auskömmliche Arbeitslosenunterstützung, Verbilligung der Produktionspreise sowie eine Kontrolle der Durchführung der Rationalisierung durch die Gewerkschaften. Der Sowjetdelegierte bezeichnete diese Forderungen kurzerhand als selbstverständlich; ein prinzipieller Widerspruch bestehe darin, daß Rationalisierung in der kapitalistischen und in der sozialistischen Wirtschaft zwei ganz verschiedene Dinge seien. Noch einmal hob Ossinski hervor, daß in keiner russischen Industrie mehr als acht Stunden gearbeitet werde. Damit war die Aussprache über die Rationalisierung beendet. Das Redaktionskomitee der Kommission wird am Donnerstag eine Entschließung abfassen, während sich die Kommission selbst der Beratung der internationalen Kartellabkommen zuwenden wird.

Der Redaktionsausschuß der Handelskommission, dem auch Gen. Eggert angehört, hat seine Entschließung über Dumping fertiggestellt. Sie lautet im wesentlichen: Unter Dumping ist zu verstehen der Verkauf von Waren zu niedrigeren Preisen, als sie im Herstellungslande selber berechnet werden. Zur Beseitigung des Dumping wird die Schaffung stabiler Verhältnisse in Handel und Produktion und eine wesentliche Herabsetzung der Zolltarife empfohlen. In besonderen Fällen werden auch bestimmte Antidumpingmaßnahmen als gerechtfertigt erklärt.

Die Kathedrale von Reims.

Feierliche Wiedereröffnung.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kathedrale von Reims ist am Mittwoch unter großer Feierlichkeit dem Kultus wieder übergeben worden. Unterrichtsminister Herriot hielt eine Rede, wobei er in einem historischen Rückblick in scharfen Worten die kriegerischen Ereignisse geißelte, die zur Zerstörung der Kathedrale geführt haben, und den Nationen dankte, die, wie Dänemark, Norwegen und Amerika, durch freiwillige Spenden den Wiederaufbau möglich gemacht haben. Er schloß seine Ausführungen mit der Betonung des Friedenswillens Frankreichs, das bereit sei, alle Bemühungen um den Weltfrieden zu unterstützen, die ebenso ehrlich gemeint seien wie die französischen.

Die Ueberschwemmung am Mississippi.

Vor einer neuen Katastrophe?

Batonrouge (Louisiana), 11. Mai. (WTB.) Der große Deich am Bayou des Glaises, wo der Fluß eine große Biegung macht, droht jeden Augenblick zu brechen, wodurch weitere 1000 Hektar fruchtbaren Landes, das hauptsächlich der Baumwoll- und Zuckerrohrkultur dient, überschwemmt werden würden. Weitere 100 000 Personen würden damit obdachlos werden.

Gewerkschaftskampf gegen die Krise.

Eine Ursache der Konjunkturbesserung.

Der Konjunkturaufschwung der letzten Wochen und Monate ist unverkennbar und geht weit über den Charakter der Saisonbesserung der Arbeitsmarktlage hinaus. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen noch eine anormal hohe ist, so sind wir doch schon ein gutes Stück über jenen katastrophalen Tiefstand der Wirtschaft von 2½ Millionen Arbeitslosen hinausgekommen.

Die Ursachen dieser Konjunkturbesserung sind vielfacher Art. Es erscheint uns aber wichtig, auf eine dieser Ursachen hinzuweisen, die bisher in den Betrachtungen über die Konjunkturbesserung nicht berücksichtigt worden ist. Es ist dies

der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften

während der letzten neun Monate, um die Löhne in die Höhe zu treiben und den Achtstundentag wiederherzustellen.

Die bestimmende Ursache der deutschen Wirtschaftskrise liegt in dem fehlenden Gleichgewicht zwischen Produktivität und Kaufkraft. Im Vorjahre haben die deutschen Unternehmer, zum guten Teil angespornt von der Kritik der Gewerkschaften, die Rationalisierung der Betriebe vorgenommen, d. h. die Anpassung der Produktionsmethoden an die modernsten amerikanischen Methoden. Die deutschen Unternehmer haben das amerikanische Beispiel aber nur nach der Produktionsseite nachgeahmt. Sie haben die andere Seite,

die Preis- und Lohnseite,

vollständig unberücksichtigt gelassen.

Der ungeheure Reichtum Nordamerikas liegt nicht in erster Linie in dem Reichtum an Rohstoffquellen. Es gibt auch andere Länder, die über noch unerschlossene außerordentlich reiche Rohstoffquellen verfügen. Der außerordentliche Aufschwung Nordamerikas, der erst seit 1920 einsetzte, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die amerikanischen Unternehmer sich bemühten, sowohl möglichst billig zu produzieren, wie auch die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten möglichst hoch zu halten. Die amerikanischen Unternehmer haben ihr Absatzgebiet vor allem im Inlande gesucht und infolge ihrer Methoden auch gefunden.

Bei der politisch verbohrten reaktionären und wirtschaftlich krämerhaften Einstellung der deutschen Unternehmer konnte und kann man soviel gesunde Vernunft nicht erwarten. Die deutschen Unternehmer müssen

zur Vernunft erst gezwungen werden.

Das Jahr 1926 war nicht nur das Jahr der Rationalisierung, sondern auch das Jahr einer katastrophalen Arbeitslosigkeit, verbunden mit dem Abbau der Löhne und Gehälter und der Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Ursachen haben zusammengewirkt, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Herbst des Vorjahres zu einer furchtbaren und, wie es schien, hoffnungslosen Katastrophe anwachsen zu lassen.

Bei der Betrachtung des Konjunkturaufschwungs der letzten Monate spricht man viel von der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft durch den englischen Streik. Man übersieht dabei, daß die vorübergehende Konjunkturbesserung im Kohlenbergbau im Herbst des Vorjahres wieder zu Ende war, ohne jene Ankurbelung gebracht zu haben, von der man heute spricht. Als die Gewerkschaften im Spätsommer 1926 ihre großzügige Kampagne

gegen Ueberstunden und für Lohnaufbesserung

begannen, waren die Kampfbedingungen für die Arbeiterschaft politisch wie wirtschaftlich die denkbar ungünstigsten. Die niedrigen, im Laufe des Jahres noch mehr reduzierten Löhne, die Furcht, die Arbeitsstelle zu verlieren, zwangen viele Arbeiter und Angestellten zur Leistung von Ueberstunden, um ihr Lohneinkommen zu erhöhen.

Wenn es im allgemeinen richtig ist, daß man Arbeitskämpfe nur führen soll, wenn die Wirtschaftskonjunktur der Arbeiterschaft günstig ist, so war damals die Lage der Arbeiterschaft eine so verzweifelte, daß es hoffnungslos erschien, die notwendigen Kämpfe zu vertagen, bis eine Konjunkturbesserung eingetreten sein würde. Diese Konjunkturbesserung schien damals in unabsehbarer Ferne zu liegen. Je länger mit diesen unabweisbar notwendigen Kämpfen gewartet wurde, desto mehr mußte sich die Lage der Arbeiterschaft verschlimmern. Deshalb gingen die Gewerkschaften in einem Augenblick zum Angriff über, als die Erfolgsaussichten gleich Null schienen.

Das Ergebnis dieser Kämpfe, die jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, zeigt mit unwiderleglicher Deutlichkeit auf, daß dieser scheinbar hoffnungslose Uebergang zur Offensive

in Wirklichkeit die Rettung

war. Politisch sind die Erfolge, die errungen wurden, gewiß nicht sehr bedeutend. Das Arbeitszeitnotgesetz hat seine Bedeutung ausschließlich in der agitatorischen Wirkung. Immerhin unterscheidet es grundsätzlich zwischen dem Achtstundentag und der Arbeitszeit, die darüber hinaus geleistet wird, indem es für diese Arbeitszeit einen Zuschlag vorschreibt. Wichtiger und bedeutender sind die Erfolge in der Erwerbslosenfürsorge, sowohl was die Erhöhung der Unterstützungssätze wie die Schaffung der Krisenfürsorge betrifft.

Auf wirtschaftlichem Gebiete lassen sich, soweit

Löhne und Arbeitszeit

in Frage kommen, die Ergebnisse noch nicht zahlenmäßig aufzeigen. Erst in einem Jahre, wenn die Berichte der Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1927 vorliegen werden, wird sich das Ergebnis dieser Kämpfe zahlenmäßig feststellen lassen. Man dürfte das Ergebnis dieser Kämpfe kaum zu optimistisch einschätzen, wenn man annimmt, daß das Lohneinkommen der Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt um etwa 10 Proz. gesteigert wurde. Gleichzeitig sind unverkennbar Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeit errungen worden. Auch hier wird man die nächste statistische Erhebung des ADGB. abwarten müssen, einen Ueberblick über die Erfolge zu haben. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß in den Tarifverträgen, die im letzten Halbjahr abgeschlossen wurden, der Achtstundentag viel schärfer herausgearbeitet worden ist und — was das wichtigste ist — daß die Arbeiterschaft überall der Leistung von Ueberstunden einen energischen Widerstand entgegensetzt.

Diese Erfolge waren nur möglich, weil es den Gewerkschaften über die furchtbaren Krisenjahre der Nachkriegszeit hinaus gelungen ist, sich stark zu erhalten. Die freien Gewerkschaften haben nicht nur ihren höchsten Vorkriegsstand gehalten, sondern nahezu verdoppelt. Gestützt auf die große Sozialdemokratische Partei, unbeirrt von der unwahrhaften Demagogie der Kommunisten, haben die Gewerkschaften mit Zähigkeit und Erfolg die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen. Diesem Kampfe ist es wesentlich zu danken, wenn heute die katastrophale Depression von 1926 einem neuen Aufstieg Platz gemacht hat.

Reichskonferenz der Kraftwerkarbeiter.

Dortmund, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Unfallziffer der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter ist in den letzten Jahren erschreckend in die Höhe gegangen, wie auf deren soeben beendeten zweiten Reichskonferenz in Dortmund festgestellt wurde. Im Jahre 1923 verunglückten in den Betrieben der GEW.-Werke 4759 Personen, die Zahl stieg im Jahre 1925 auf 6568. Im Jahre 1925 wurden 978 Betriebe revidiert; davon waren nur 300 in Ordnung. Ganze 72 Reichspfennige wurden im Jahre 1925 pro Betrieb für Betriebsüberwachung ausgegeben. In bezug auf die Verbesserung der Unfallbekämpfung forderte die Reichskonferenz nach einem Vortrag von Becker-Berlin kräftigere Mitwirkung der Betriebsräte, die dahin ergänzt werden müsse, daß bei Verletzung der Vorschriften die Betriebsräte selbst eingreifen und bestehende Mängel abstellen können. Im Anschluß daran fordert die Konferenz Ausdehnung des Entlassungsschutzes für Arbeitnehmer vertretungsloser oder Obmann-Betriebe, ferner die Bestimmung, daß unter Stillegung im Sinne des § 96 Ziffer 2 des BRG. nur eine gänzliche oder dauernde Stillegung zu verstehen ist. Die Konferenz protestierte ferner gegen den Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz, vor allem dagegen, daß unter Ausschaltung des Tarifrechts die Arbeitszeitbestimmungen für die Beamten durch Verordnung der Behörden auf die Arbeiter der öffentlichen Betriebe übertragen werden können und die Gewerbeaufsicht durch die Aufsicht der vorgesetzten Behörde ersetzt werden soll.

Von den Beamten und Angestellten forderte die Konferenz im Anschluß an ein Referat von Oriop-Berlin über „Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer in den GEW.-Werken" den Beitritt zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, da nur durch eine organisatorische Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter eine wirksame Interessenvertretung geschaffen werden könne. Für den Fall eines Streiks erklärt sich die Konferenz nach scharfem Protest gegen die Erhaltung der Technischen Nothilfe durch Gelder der Reichsregierung bereit, die Notstandsarbeiten durch freie Vereinbarung auf Grund der Verbandstage und Gewerkschaftskongresse zu regeln.

Am Schluß der Konferenz wurde noch die Gründung einer eigenen Sektion der GEW.-Arbeiter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschlossen.

Der Kampf im Norddeutschen Wollkonzern.

Freitag Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Vom Reichsarbeitsminister sind zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei auf den nächsten Freitag Verhandlungen anberaumt worden. Das Ministerium hat bereits einen besonderen Schlichter bestellt.

Im Lohnkonflikt ist die Situation für die Arbeiterschaft (es werden etwa 42 000 Arbeiter betroffen) günstig, während der Wollkonzern zugeben muß, daß seine Lage sich von Tag zu Tag verschlechtert. Eine ganze Reihe von Aufträgen mußte bereits zurückgezogen werden und auch andere Textilbetriebe sind in Schwierigkeiten geraten, weil die Garnlieferungen stocken.

Drohender Streik der Gemeindearbeiter.

In der Provinz Brandenburg.

In den Gemeindebetrieben der Provinz Brandenburg droht ein Streik der Gemeinde- und Staatsarbeiter auszubrechen. Die größeren und mittleren Städte in der Provinz Brandenburg gehören dem Bezirksarbeitgeberverband märkischer Gemeinden an, der mit dem Wirtschaftsbezirk Brandenburg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Tarifverhältnis steht. Der zwischen den beiden Organisationen abgeschlossene Lohntarif wurde von den Gemeindearbeitern zum 1. April 1927 gekündigt. In den Verhandlungen bot der Arbeitgeberverband eine Stundenlohn„erhöhung" von 2 Pf. an. Der Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle sah eine Erhöhung von 4 Pf. vor; er wurde von den Gemeinden und den Arbeitern abgelehnt. Die Entscheidung des Zentralausschusses brachte noch einen Pfennig weniger als der Schiedsspruch, nämlich eine „Erhöhung" von 3 Pf. ab 1. April und von einem weiteren Pfennig ab 1. Oktober.

Der Schiedsspruch des Zentralausschusses wurde überall von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Wenn die einzelnen Stadtverwaltungen den Arbeitgeberverband nicht zwingen, auskömmliche Löhne für die Gemeindearbeiter zu zahlen, ist ein Streik in den Gemeindebetrieben der Provinz Brandenburg unvermeidlich.

Streik im Altmetallgroßhandel.

Um die Löhne.

Für die Arbeiter im Altmetallgroßhandel besteht seit zirka anderthalb Jahren eine tarifliche Lohnvereinbarung, die eine Veränderung in dieser Zeit nicht erfahren hat. Am 31. März wurde der Tarif gekündigt. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels führten zu keinem Ergebnis, da die Zugeständnisse derartig niedrig waren, daß eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wurde, fällte einen Schiedsspruch, der die Löhne bis zum September um 2 M. und darüber hinaus bis zum März nächsten Jahres um abermals 3 M. erhöhte.

Die Arbeiter lehnten den Schiedsspruch ab. Alle Bemühungen des Deutschen Verkehrsbundes, in dieser Fachgruppe die Differenzen zu beseitigen, scheiterten, da der Arbeitgeberverband erklärte, daß der größte Teil der Firma kein Interesse an einer Lohnregelung hätte.

In einer äußerst stark besuchten Versammlung nahmen die Arbeiter gestern abend den Bericht über die Verhandlungen entgegen und beschlossen darauf, heute, Donnerstag, früh in den Streik zu treten. Wir bitten die Arbeitsnachweise, davon Kenntnis zu nehmen und Arbeitswillige nicht zu vermitteln. Ueber den weiteren Gang der Bewegung werden die Kollegen durch die Presse unterrichtet werden.

Deutscher Verkehrsbund.

Schiedsspruch für die Leipziger Straßenbahner.

Im Lohnkampf der Leipziger Straßenbahner wurde bei den Dresdener Schlichtungsverhandlungen folgender Schiedsspruch gefällt: Dem Fahrpersonal wird eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pfennig, ab 1. Oktober eine solche um weitere 2 Pfennig zugestanden. Auch die Funktionszulagen für Führer und Schaffner werden noch um 2 Pfennig pro Stunde erhöht, so daß außer dem Tariflohn die Straßenbahnführer jetzt 10 Pfennig und die Schaffner 6 Pfennig Funktionszulage erhalten.

Auch für die streikenden Werkstättenarbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt worden; danach wird für das technische Personal, außer der unverändert gebliebenen Stundenlohnerhöhung von 4 Pfennig, die Leistungs- und Schmutzzulage auf 3 Proz. des Grundlohnes erhöht. Die Neuregelung der Bezüge soll rückwirkend ab 1. Mai erfolgen.

Kein Eisenbahnerstreik in Saarbrücken.

Saarbrücken, 11. Mai. (TU.) In der weiterverarbeitenden Eisenindustrie des Saargebietes haben sich von einer Gesamtbelegschaft von 8759 Arbeitern 3451, darunter 1090 Lehrlinge, mit einer Lohnreduktion von 10 Proz. einverstanden erklärt und demgemäß heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Die heute vormittag erfolgte Urabstimmung über den Eisenbahnerstreik ergab keine Zweidrittelmehrheit, so daß der Streik abgelehnt ist. Nach einer Statistik bedeuten die diesjährigen sechs Feierschichten im Saarbergbau für die Arbeiterschaft einen Lohnverlust von 15 Millionen Franken.

Die Organisierung der Arbeitsgerichte.

Braunschweig, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Lande Braunschweig, das aus 23 Amtsgerichtsbezirken besteht, ist nach Verständigung mit dem ADGB. die Errichtung von acht Arbeitsgerichten beschlossen worden. Man glaubt mit dieser Zahl auskommen zu können, da bisher nur verhältnismäßig wenig Arbeitsstreitigkeiten gerichtlich ausgetragen wurden. Für die Angestellten soll nur eine Angestelltenkammer in der Stadt Braunschweig errichtet werden. Die endgültige Entscheidung des Justizministers über die Zahl der Arbeitsgerichte steht noch aus.

Achtung, Bauhandwerker! Seit dem 4. Mai d. J. befindet sich die Branche der Parkettleger im Streik. Parkettlegerarbeiten dürfen jetzt nur von solchen Parkettlegern ausgeführt werden, die mit einer Arbeitsberechtigungskarte des Deutschen Holzarbeiterverbandes sich ausweisen können.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Süden-Südwesten:** Jugendheim Werwalbstr. 64. Unter uns. — **Köpenick:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5. Alt-Berliner Humor. — **Schöneweide:** Spielen auf dem Metallarbeiter-Sportplatz. — **Lichtenberg:** Gruppenheim Jugendheim Parkaue 10. Wanderlieder und Volkstänze. — **Tempelhof:** Gruppenheim Lyzeum Germaniastr. 4–6. Vortrag: „Wie entsteht ein Tarifvertrag?" — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Das Betriebsrätegesetz." — **Zeppelinplatz:** Wir treffen uns zu ernster Schulungsarbeit. — **Gesundbrunnen:** Gruppenheim Rote Schule, Gotenburger Straße. Berliner Humor. — **Wedding 1:** Jugendheim Turiner, Ecke Seestraße. Diskussionsvortrag: „Dualismus."

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände im DBG. veranstaltet am Freitag abend 7½ Uhr in den Phorus-Sälen, Berlin N. 65, Müllerstr. 142, den Germania-Prachtsälen, Berlin N. 4, Chausseestr. 110, und im Lehrervereinshaus, Berlin C. 25, Alexanderstr. 41, drei große Protestversammlungen.

Achtung, Zimmerer! Wir geben hiermit folgende Bezirksversammlungen bekannt: Heute tagt der Bezirk 22, am Freitag tagen die Bezirke 6, 34 und 39, am Sonnabend tagen die Bezirke 1–3, 5, 7, 8–14, 16–19, 21, 23–32, 33–38, 40–42 und 46, am Montag, 16. Mai, tagt der Bezirk 15, am Dienstag, 17. Mai, tagt der Bezirk 29 und 45. Die Versammlungen finden abends 7 Uhr in den bekannten Versammlungslokalen statt. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin u. Umg.

Jugendgruppe des ZdA. Heute abend 7½ Uhr finden folgende Veranstaltungen statt: **Bezirk Charlottenburg:** Jugendheim Wostnenstr. 4. Bunter Abend. — **Bezirk Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Thüringenzimmer). „Jugendbewegung und Jugendfragen" (Rachow).

Gewerkschaft deutscher Volkslehrer, Berlin. Generalversammlung am 18. Mai, 7½ Uhr, im Berliner Parlament, Zimmer 33. Tagesordnung: 1. Tarifgesetz, Londoner Abkommen, Finanzausgleich der Länder und ihre Rückwirkungen auf die Bildungsarbeit (Stadt. M. d. L.). 2. Bericht vom Verbandstage. 3. Lehrerkammerwahl. 4. Neuwahl des Vorstandes.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friebe. Ostern: Feuilleton: R. H. Pölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen. „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

Die gute Küche

sorgt für das Wohlbefinden der ganzen Familie und bringt nur nahrhafte und wohlbekömmliche Speisen auf den Tisch, bei denen Schmackhaftigkeit Grundbedingung ist. Auch Sie können den Ruf „gute Küche" zu führen in Anspruch nehmen, wenn Sie Ihren Tisch durch Nachspeisen aus

Dr. Oetker's Puddingpulver

bereichern. Ohne daß Sie immer Mehrkosten aufwenden, sparen Sie mit den nahrhaften und wohlschmeckenden Oetker-Puddings leicht an anderer Stelle. — **Dr. Oetker's Puddingpulver** werden jetzt durch Verstärkung des Aromas und durch Zusatz von feinstem Reispuder in noch besserer Qualität hergestellt als bisher. Auch enthalten Dr. Oetker's Puddingpulver die für den Körperaufbau und die Blutbildung notwendigen mineralischen Salze. Infolge großen Umsatzes sind Dr. Oetker's Puddingpulver stets überall **in frischer Ware** zu haben. 1 Stück 10 Pfennig. Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften **Dr. Oetker's neues farbig illustriertes Rezeptbuch, Ausgabe F** für 15 Pfg., wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Aus schmutzigen Lumpen weißes Papier.

Das Papier als Träger des gedruckten Wortes, hat es heute zu einer Bedeutung gebracht, die schwerlich übertroffen werden kann. Papier dient aber nicht nur dieser Kulturarbeit (leider ist es heute nicht immer eine Kulturarbeit), sondern es erfüllt auch ganz mechanische Zwecke, die man noch vor gar nicht so langer Zeit edleren Materialien vorbehielt. Papier ist verhältnismäßig billig, weil es sich als ein Neuprodukt aus Abfällen kennzeichnet, im besonderen aus Lumpen, die einen Prozeß völliger Auflösung durchmachen müssen. In der großen Papierausstellung, die in diesem Sommer als 6. Jahresschau Deutscher Arbeit in Dresden veranstaltet wird, wurden neben der modernen Papierfabrikation durch große Papiermaschinen auch die alten Formen der Papierherstellung praktisch vorgeführt.

Das älteste Papier.

Die Kunst des Papiermachens und die Erfindung des Papiers verdankt man bekanntlich den Chinesen und die abendländische Papiermacherei glich jahrhundertelang in ihrem Wesen der chinesischen fast vollständig. Statt des bei den Chinesen gebräuchlichen Bastes des Papiermaulbeerbaumes benutzte der abendländische Papiermacher als **Rohstoff in erster Linie Leinen- und Baumwollhadern**, die zunächst nach ihrer Art und Farbe sortiert und dann zur Erleichterung der Reinigung zerkleinert, in Gewölben aufgeschichtet, angefeuchtet und dadurch **einer fauleu Gärung ausgesetzt** wurden. Diese zersetzte die Fett- und Farbstoffe und machte die Hadern gleichmäßig geschmeidig. Hierauf wurden sie in Bütten durch Stampfer unter fortwährendem Zufluß von frischem Wasser gewaschen und zerfasert. An die Stelle dieser als „deutsches Geschirr" bezeichneten Einrichtung trat später das „holländische Geschirr" oder kurz der „Holländer", in dem die Fasern statt durch den Stampfer durch eine mit stumpfen Messern besetzte Walze, die sich in der Bütte gegen andere feststehende stumpfe Messer drehte, zerkleinert wurden. Die dünnbreiige Hadernfasermasse kam, sobald die notwendige Feinheit erreicht war, als zur weiteren Verarbeitung fertiger Papierstoffe in die mit einem Rührwerk versehen „Stoffbütte". Zur Herstellung der Papierblätter aus dieser „Stoffmilch" wurde die „Schöpfform" verwendet, ein bogengroßes, in einen rechtwinkligen viereckigen Rahmen gefaßtes Sieb, das von einem zweiten offenen Rahmen mit erhöhten Rändern, dem Deckel, eingefaßt ist, so daß das Sieb den Boden eines flachen Gefäßes bildet. **Mit dieser Form schöpft der „Schöpfgeselle" die zu einem Papierblatt notwendige Menge Stoffmilch aus der Bütte.** Durch scharfes mehrmaliges Schütteln sorgte er, solange das Wasser von der Schöpfform noch nicht ganz abgelaufen und eine innige Vermischung der Fäserchen noch möglich war, für ihre genügende Verfilzung und gleichmäßige Verteilung über die ganze Fläche. Nach dem Abheben des Deckels wandert die Form mit dem nassen Papierblatt in die Hand des „Gautschers". Dieser drückte das Papierblatt durch Umkehren der Form auf eine Filztafel und hob die Form wieder ab. Das Blatt wurde mit einer anderen Filztafel bedeckt, auf die dann ein weiteres vom Schöpfer fertiggestelltes und dem Gautscher übergebenes Papierblatt gedrückt wurde, das dieser ebenfalls mit einem Filz bedeckte. So wurden immer neue Papierblätter und Filze übereinander geschichtet, bis ein etwa 200 Bogen umfassender Stoß fertiggestellt war. Er kam in die Presse, in der das Wasser durch starken Druck aus den Papier- und Filzlagen gequetscht wurde. Dann wurden die Blätter zwischen den Filzlagen abgehoben und aufeinander geschichtet. **Diese Art der Papiermacherei wird heute nur noch in geringem Umfange angewendet**, da die auf diesem umständlichen Wege durch Handarbeit hergestellten Papiere sehr kostspielig sind. Aber das handgeschöpfte Büttenpapier zeichnet sich dafür durch hervorragende Festigkeit und Güte aus. Daher wird es auch heute noch zu wertvollen Druckarbeiten, Liebhaberausgaben usw. gern benutzt.

Moderne Lumpenwäsche.

Die maschinelle Papiererzeugung beruht im wesentlichen auf denselben Grundlagen, wie die handwerksmäßige Papierherstellung, nur daß die Maschine den größten Teil der menschlichen Arbeit übernimmt. Diese Ablösung des Menschen durch die Maschine setzt bereits bei der Bearbeitung des Rohmaterials ein. Bei dem steigenden Papierbedarf genügten die früher ausschließlich verwendeten Lumpen bald bei weitem nicht mehr und man mußte auf die Erschließung anderer Rohstoffquellen bedacht sein. Da sich animalische Stoffe wegen ihrer Struktur nicht zerfasern und verfilzen lassen, war man auf die Deckung des Bedarfs durch Vegetabilien beschränkt. Daher kam man auf den Gedanken, **neben Leinen- und Baumwollhadern, alten hanfenen Stricken und Tauen auch Holz und Stroh zu verarbeiten.** Die Verwendung von Hadern beschränkte man auf die Herstellung der besten und haltbarsten Papiersorten. Bei der maschinellen Papiererzeugung beginnt die Reinigung der Hadern in den „Haderndreschern", in denen sie durch Klopfvorrichtungen vom gröbsten Staube befreit werden. Dann werden sie sorgfältig sortiert, wobei alle harten Gegenstände wie Knöpfe, Haken usw. entfernt werden. In Hack- und Schneidemaschinen, den „Hadernschneidern", werden sie hierauf grob zerkleinert. Nun kommen sie in den Lumpenstäuber oder, wenn eine gründlichere Reinigung erforderlich ist, in den ständig rotierenden „Drehkugelkocher", der eine durch Dampf kochend erhaltene Lösung von Aetznatron enthält. **In dieser heißen Lauge werden die Hadern fortwährend durcheinander gerührt und gründlich gewaschen.** Dieser Kochprozeß ersetzt gleichzeitig das bei der früheren Handpapierbereitung gebräuchliche Faulenlassen der Hadern. Die weitere Zerkleinerung und völlige Zerfaserung der Hadern erfolgt im „Holländer", einem ovalen Troge mit einer den Längsseiten parallelen freistehenden Mittelwand, durch die in dem Troge ein in sich geschlossener Graben gebildet wird. In diesem kreist nun der Hadernfaserbrei und er wird zwischen der an einer der beiden Längsseiten rotierenden Holländerwalze und dem Grabenboden **solange hindurchgetrieben, bis die Hadern durch die andere Walze und auf dem Boden angebrachten und gegeneinander arbeitenden stumpfen Messer vollständig zerfasert sind.** Fortwährend fließt reines Wasser zu; das schmutzige läuft durch eine Siebtrommel ab. Sandkörner und ähnliche Unreinheiten werden durch rostartige Siebe abgefangen und aus dem Brei entfernt. Nach dieser völligen Reinigung und Zerfaserung wird die Masse in einem anderen Holländer aus Zement mit Chlorkalk gebleicht. Nach der durch Fixiernatron oder andere geeignete Chemikalien erfolgten Entchlorung und Entwässerung, ist dann das sogenannte „Halbzeug" aus Lumpen fertiggestellt.

Holzpapier.

Das Halbzeug aus Holz ist zweierlei Art. Die eine wird als „Holzschliff" bezeichnet. **Der Holzschliff wird hauptsächlich aus Nadelhölzern gewonnen.** Die entrindeten und von den Aesten befreiten Klötze werden in Schleifmaschinen gegen schnell rotierende, vom Wasser bespülte Mahlsteine gepreßt und dadurch die winzigen Teilchen zerschliffen. Nach der in besonderen mit Splitterfängern und Schüttelsieben ausgestatteten Sortierapparaten erfolgten Raffinierung bildet die gewonnene Masse ein zwar nicht sehr haltbares, dafür aber im Gegensatz zu den Hadern **sehr billiges Rohmaterial**, das zur **Herstellung der gewöhnlichsten Papiersorten** verwendet wird; z. B. für Zeitungspapier. Die andere Art des Halbzeuges aus Holz ist der „Holzzellstoff", die „Zellulose", die nicht wie der Holzschliff auf mechanischem, sondern **auf chemischem Wege gewonnen** wird. **Für erstklassige Papiersorten wird Hadernhalbzeug** und Holzzellstoff, für **Zeitungspapier Holzschliff** mit einem mehr oder minder großen Zusatz von Zellulose vermengt und zu Ganzzeug verarbeitet. Der Ganzzeugholländer ist viel größer als der Halbzeugholländer, weil der gesamte, zur Herstellung einer Papiersorte nötige Stoff in ihm Platz finden und verarbeitet werden muß. Sonst lassen sich Abweichungen in Mischung und Farbe nicht vermeiden.

*

Die Leimung des Papierstoffes hat bei der heutigen Massenerzeugung die früher gebräuchliche umständliche Oberflächenleimung abgelöst. Die Stoffleimung erfolgt im Gegensatz zur Bogenleimung nicht mit animalischem, sondern mit vegetabilischem Leim, der in Form einer Harzseifenlösung dem Stoff zugesetzt wird. Diese haftet an den Stoffäserchen und ermöglicht je nach der zugesetzten Menge die Erzeugung eines mehr oder weniger leimfesten Papiers. Durch Zusätze von Porzellanerde sucht man dieses eben und geschmeidig, durch Stärkezusatz fest zu machen. Auch die notwendigen Farbstoffe werden der Papiermasse im Ganzzeugholländer beigemengt.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

42] **Roman von Fritz Reck-Malleczewen.**

Es ist eine imitiert schlangenlederne Brieftasche, die der Schwager Lex in diesem Augenblick gezückt hat. Es sind aus einem mager gewordenen und darum eigentlich noch viel schöneren Gesicht ein Paar große, große Augen, die den Schwager Lex ansehen.

Und da der Schwager Lex ja von jeher ein gewisses Penchant gehabt hat für diese Augen, und da der Schwager Lex, wie schon sein in Ehren ergrauter Vorgesetzter ganz richtig konstatiert hat, nicht unempfänglich ist für die Versuchungen der Großstadt, so läßt der Schwager Lex noch einmal alle seine Reize und seine persönlichen Vorzüge spielen und eröffnet seiner kleinen stummen Schwägerin, daß zwar das Haus Bruckner zwischen sich und sie einen scharfen Strich ziehen müsse, daß er aber aufgeklärt und vorurteilsfrei sei; daß er zwar durch die Schuld seiner Schwägerin nun eine Strafversetzung in die Provinz zu gegenwärtigen habe, daß er aber als Junggeselle auf die Unterstützung durch eine Hausdame . . .

Da ist ohne Entgegnung die kleine Sif schon verschwunden in dem Gange und nicht mehr zu erreichen für den Schwager Lex. —

Sie steigt die Treppe hinab ins Erdgeschoß. Und da es wohl so bestimmt ist vom Schicksal, daß sie alle über sie kommen müssen in dieser Stunde, die Gestalten dieser entsetzlichen drei Monate, so tritt da jemand hervor aus der dunklen Korridorecke, in der er ihr aufgelauert hat, und da steht vor ihr in Lederhaube und Automobilmantel der Oberst Miramon Und Gott mag wissen, in welcher Maske der Kokainhändler Agostino Gomez sich dieses Mal über die Grenze hierher gestohlen haben mag, und sicherlich macht er gute Geschäfte in dem fiebergeschüttelten Lande; und bei der ersten Kunde von ihrem Mißgeschick ist er hierher geeilt, Madame, und alles, was sie vertrieben hat aus seinem Hause, ist eine einzige Kette von Mißverständnissen gewesen, und draußen wartet sein Wagen, und wenn sie geneigt wäre . . .

Aber da muß sie wirklich lachen über diesen Gentleman-Hochstapler, der ihr nun wirklich nichts mehr anhaben kann. Und es ist ein freundliches Lächeln, mit dem sie ihm still die Hand reicht. Und dann läßt sie ihn stehen und geht weiter.

Und nun wäre da noch der Korridor des Erdgeschosses zu passieren, wo die Männer seit Stunden nun warten auf ein kleines, für den Tag berühmt gewordenes Frauenzimmer, das aus rätselhaften Gründen partout als Raubmörderin ins Zuchthaus gesperrt werden wollte. Da ist zunächst ein Mensch, der wie ein amerikanischer Reverend aussieht und ein Notizbuch bereit hält und wissen will, wie sie über die Gefahren des internationalen Mädchenhandels, über Alkoholprohibition und Doktor Carters Leberpastillen denke. Und immer neue Gestalten lösen sich aus den Nischen . . . Gestalten mit Hornbrillen, Gestalten mit korrektem und gebrochenem Deutsch, mit Zahnbürstenbärten und Kameras, deren Linsen sie anglotzen wie maßlos vergrößerte Insektenaugen. Da ist endlich ein langer, hagerer Mensch, der sie kurzerhand nach ihren Bedingungen für eine Vortragstournee über ihre Abenteuer fragt. Der Mann zeigt ein solides angelsächsisches Pferdegebiß mit einer imposanten Front von Goldplomben, der Mann hat Eile und wartet auf Antwort. Die Antwort bleibt aus, der Mann zuckt die Achseln. Die kleine Sif geht. —

Da ist nun diese letzte, zum Hauptportal führende Granittreppe, da ist die schwere, mit dem automatischen Schließer „Meteor" versehene Tür, die man nur mit Mühe aufbringt. Da schlägt ihr der grimmige Frost des Februarabends entgegen, da hat man die Aussicht auf den Zollbahnhof einerseits und die Fassade der Meierei Bolle andererseits, und kann nun gehen, wohin man will. Und als sie dann vor der Gruppe des mit der Schlange kämpfenden Löwen steht, da ist es mit hochgeschlagenem Ueberzieherkragen ein seltsam bekanntes Menschenkind, das ihr den Weg vertritt und doch nicht recht wagt, ihr in die Augen zu sehen.

„Robby," schreit die kleine Sif, und noch einmal . . . ein letztes Mal ist es, als ob da etwas jubele, was nur dem ersten Frühlingsschrei der steigenden Lerche zu vergleichen ist. „Robby . . . lieber, lieber Robby . . ."

Da senkt der liebe Robby seinen Blick und hat da unten offenbar etwas ganz Wichtiges verloren auf dem gefrorenen Schnee und geht stumm eine Weile neben seinem wiedergefundenen Weibe. Dann kann man sehen, wie er herumwürgt an den Worten, die ihm fehlen. Und dann endlich kann man hören, daß sie ihn betrogen daß sie eine hochachtbare Familie kompromittiert habe, daß sie es einsehen müsse, wenn ihre Wege sich nun unweigerlich zu trennen hätten . . .

Da steht sie vor ihm und hebt die magere, die erbarmungswürdige Hand und streicht ihm über das Haar. „Armer Robby, du," sagt die kleine Sif, „armer, armer Robby . . ." Ich weiß, daß die physikalischen Voraussetzungen für das Zustandekommen des Heiligenscheines geleugnet werden von der modernen Naturwissenschaft. Ja, lieben Menschen, und dennoch gibt es einen Heiligenschein, der unsichtbar triumphiert über alle Errungenschaften der modernen Beleuchtungstechnik. —

Und da man nun keinen Paragraphen zweihundertundelf und kein Schafott mehr zu fürchten hat, so marschiert man los in den grimmigen, klirrenden Frost. Ja, ein schwarzer Himmel steht nun über Berlin mit großen bösen Sternen, und bis auf die Knochen bläst der eisige Wind, und man hat heute noch nichts gegessen und hat nichts als dieses Sommerkleidchen, das man schon in Buenos Aires getragen hat.

Und trotzdem ist es eigentlich fröhlich und leicht im Herzen, seitdem man sich nun auch von Robby verabschiedet hat, und man denkt weder an das Bündel Banknoten, noch an das Merkblatt des Vereins für entlassene Gefangene und marschiert unbekümmert hinaus in die Winternacht.

Und Schritt für Schritt laufen in dünnen, dünnen Sohlen kleine Siffüße durch den Schnee, durch das große abendliche Berlin . . . laufen, ohne zu wissen, wohin. Sie geht vorbei an dem Spreearm, vorbei an kleinen quiekenden Schleppdampfern und großen eingefrorenen Kähnen, den Flammenfanalen der Siemenswerke entgegen. Und Lastwagen stehen da mit großen Kaltblütern, die auf ihre kneipenden Kutscher warten . . alte Kameraden, die nun so lange schon nebeneinander gegangen sind und die Hälse übereinander gelegt haben. „Liebe Pferdchen," sagt die kleine Sif und klopft mit der frostblauen Hand den Hals der Tiere, wie sie es einst als ganz kleines Mädchen getan haben mag . . . damals in ganz fernen Zeiten, als alles noch rein und einfach und gut war.

Und dort am Kanal, wo es hinübergeht in den Nordzipfel von Charlottenburg und gespenstische Gasometer in den Nachthimmel ragen, da ist einem der Packer der Knöchel abgedrückt von so einem blanken, kalten Eisenbahnrad, und da stehen, während der Verunglückte in den Unfallwagen geschoben wird, gaffende Menschen herum. Da steht man eine Weile und denkt, daß das alles doch sehr traurig ist und daß Gott den armen Kranken helfen möge . . . Und möchte ein bißchen weinen und verzieht auch das Gesicht und kann es doch wieder nicht: ach, nein, man ist ja nun ganz hinausgewachsen über das Menschenleid . . .

(Schluß folgt.)

Berlin und der Städtetag.

Verhandlungen zum Ausgleich der Differenzen.

Den Magistrat beschäftigte in seiner gestrigen Sitzung der **Konflikt mit dem Preußischen Städtetag** wegen des Finanzausgleichs. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung war der bekannte Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Annahme gelangt, in dem gesagt wurde, daß auch die Haltung des Städtetages zur Benachteiligung der Stadt Berlin bezüglich des Finanzausgleichs beigetragen habe, und daß Berlin sich mit den preußischen und deutschen Gemeinden in Notgemeinschaft verbunden fühle, aber in einer Vereinigung nicht ferner mitarbeiten könne, die ihr kein Verständnis und keine Gerechtigkeit zuteil werden lasse. **Der Magistrat hat sich gestern dieser von der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochenen Austrittsandrohung nicht angeschlossen,** sondern auf Grund des Tagungsberichtes des Preußischen und Deutschen Städtetages in Koblenz beschlossen, auf dem Verhandlungswege einen Ausgleich der zutage getretenen Differenzen herbeizuführen. Wer diese Verhandlungen führen wird, steht zurzeit noch nicht fest, ebensowenig der Termin dieser Besprechungen. In Kreisen der städtischen Körperschaften steht man auf dem Standpunkt, daß sich eine Einigung auf dem Verhandlungswege und durch gegenseitige Aussprache herbeiführen lassen wird, und daß man auf diese Art und Weise die Interessen der Reichshauptstadt bezüglich des Finanzausgleichs besser vertreten könne als durch die schroffe Form des Austritts.

Auf die Möglichkeit dieser Lösung wurde im „Vorwärts" bereits gestern hingewiesen.

Die Freibäder öffnen.

Müggelsee und Wannsee bereits am 15. Mai.

Am 15. Mai findet die Eröffnung des vollständig renovierten Freibades Müggelsee statt. Vom Bahnhof Rahnsdorf bis zu dem dem Freibad vorgelagerten Hochwald ist ein neuer Promenadenweg gebaut. Ein zweiter Promenadenweg mit Radfahrerweg mit einer Breite von 8 Metern beginnt in Friedrichshagen am Wasserwerk, wo die Straßenbahnlinie 84 ihren Endpunkt hat und erstreckt sich bis zur Rahnsdorfer Wassermühle. Das Freibad selber hat einen Volkspark und einen Autopark erhalten. Das neueingerichtete Freibad Müggelsee verspricht eine besondere Sehenswürdigkeit für Berlin zu werden und wird auch seine Anziehungskraft auf den Ausflugsverkehr ausüben. — Gleichfalls am 15. Mai wird das Freibad Wannsee, das man wohl als das Volksbad der Berliner bezeichnen darf, eröffnet. Auch hier sind eine Reihe baulicher Veränderungen, sehr zum Vorteil der Anlage, vorgenommen worden. So hat man auch hier einen Promenadenweg neu angelegt. Gleichzeitig ist ein Autoweg gebaut, der allerdings noch nicht ganz vollendet ist. In Anbetracht der Volkstümlichkeit des Freibades Wannsee hat man hier besondere Eingänge für Kinderwagen eingerichtet. Die Umkleidekabinen sind erweitert. Es ist ein neues Kabinenfeld gebaut, und auch besondere Stände für Fahrräder sind eingerichtet.

Alte Berliner Ortsnamen.

Es ist jedenfalls eine verdienstliche Sache, wie Hermann Patzig in seiner Einleitung zu seinem Buch „Alte Ortsnamen im Westen Groß-Berlins" (Verlag von Karl Curtius, Berlin) ausführt, wenn er es unternimmt, kurz vor dem Auslöschen des alten historischen Berlin noch einmal einen Blick zu tun auf die alten Ortsnamen der großen Stadt. Diese Namen, deren viele unsere Väter noch gekannt haben, sind die letzten Reste einer Vergangenheit, aus der zu guter Letzt doch das Denken und Fühlen der Gegenwart gewachsen ist. Einige Zitate aus dem kleinen handlichen Büchlein, das jedem zu empfehlen ist, der sich für Berlins Geschichte interessiert, mögen den Fleiß aufzeigen, den der Herausgeber beim Sammeln der alten Ortsnamen aufgewendet hat.

Vor allem der Name Berlin selbst, der sich aus der slawischen Bezeichnung „das Wehr" herleitet. So viele Deutungen der Name schon erfahren hat, so scheint diese doch die richtigste zu sein: ein Wehr, das das rechte zum Barnim gehörende Spreeufer mit dem linken in Teltow gelegenen verbindet. Kölln, die alte Bezeichnung der Schwesterstadt, aus der der neue Name „Neukölln" abgeleitet worden ist, wird von H. Patzig dahin erklärt, daß sie sich von dem lateinischen Wort Colonia herleitet. Für die Entstehung des Namens Colonia gewinnt man eine auf breiterer Grundlage ruhende Erklärung, wenn man die anderen Köln genannten Orte vergleicht. Der Name Colonia bedeutet im Mittelalter Colonenhaus, Wohnort der Coloni, wie die Halb- oder Ganzfreien hießen. Es ist dabei interessant, zu beachten, daß also ursprünglich das alte Fischerdorf Kölln ein Bestandteil Berlins war, erst durch die Markgrafen Johann I. und Otto III. bald nach 1230 zur Stadt gemacht, und heute wieder mit dem Mutterort zusammengeschmolzen.

Wir erwähnen einige noch bekannte und gebräuchliche Bezeichnungen, die sich aus grauer Vorzeit erhalten haben. Die Tempelhofer „Blanke Hölle" ist der entstellte Name für „Blanke Heller". „Damm" hieß bereits im 16. Jahrhundert der jetzige Kurfürstendamm. „Grunewald" nannte Joachim II. sein neu zu erbauendes Jagdhaus 1542, um seine Umgebung von der Kiefernheide zu unterscheiden, nach dem damals wohl mehr als jetzt den See umschließenden Laubwald. „Heerstraße", 1591 Herrstraße genannt, ist die alte Weglinie, welche die Verbindung des Westens der Mark mit dem neu zu besetzenden oder den schon besetzten Gebieten des Ostens bildete. Es war der Weg, der nach Potsdam führte, die jetzige Berliner-Potsdamer Straße und Potsdamer Chaussee in Zehlendorf. „Steglitz", die Endung ist slawisch, der erste Bestandteil des Wortes stegel aber deutsch. Beim Entwurf des Steglitzer Wappens im Jahre 1887 ging das Heroldsamt von steg aus; genauer entspricht mnd. stegel, hochdeutsch stigila (wonach auch ein Ort Stieglitz heißt), eine Vorrichtung zum Uebersteigen einer Hecke oder eines Zaunes, auch eine auf- bzw. abwärtsführende Treppe. Im Munde der umwohnenden Slawen erhielten deutsche Gründungen, deren zweiter Namensbestandteil dorp war, statt dieses Wortes oft die Endung itz. Diese kleine Auslese möge genügen, um das Buch allen Berlinern wärmstens zu empfehlen.

Eine neue Polizeiberufsschule.

Die neuen Räume in der Polizeiberufsschule „Mitte" in der Hannoverschen Straße 28/30 wurden gestern durch einen kleinen Festakt, an dem zahlreiche höhere Polizeibeamte teilnahmen, feierlich eingeweiht. Polizeipräsident Genosse Zörgiebel skizzierte in einer kurzen Ansprache die Bedeutung der neuen Schule der größten Polizeigruppe Berlin, die ihre bisher auf die verschiedenen Bezirke verteilten 60 Schulklassen nunmehr endlich habe zusammenlegen können. Er dankte allen, die zur Erreichung dieses Zieles beigetragen haben und schilderte weiterhin Aufgaben und Ziele der neuen Schule, die im Dienste der Ausbildung der Polizei stehe und denen helfen will, die erst Polizeibeamte werden wollen. Der Unterricht solle auf den praktischen Polizeidienst gestellt sein und die Männer, die an ihm teilnehmen, sollen in erzieherischer Arbeit zu wahrhaften Staatsbürgern herangebildet werden. Der heutige Polizeibeamte müsse ein rechter wahrer Volkspolizist sein. Auch die Lehrer müssen die Republik bejahen, sich jedoch von jeder Parteipolitik fernhalten. Mehr noch als bisher müssen die wirtschaftlichen Dinge in ihrer Vielgestaltigkeit berücksichtigt werden. Mit dem Wunsche, daß die Schule den Beamten eine willkommene Rüstung für ihren schweren Beruf werde und zum Wohle der Bevölkerung und des Vaterlandes dienen möge, übergab der Polizeipräsident die Räume dem Schulleiter, Polizeischulrat Kämmerer. Dieser versicherte, daß er alle Kräfte daran setzen werde, das zu erhalten, was mit der neuen Schule geschaffen wurde. Das Haus solle eine Stätte wahrer ernster Berufsschularbeit werden. Staatsbürgerliche Bildung, soziale Gesinnung sollen die leitenden Ideen sein. Staat und Wirtschaft, die grundlegenden Faktoren alles gesellschaftlichen Lebens, sollen beim Unterricht die hervorragendsten Fächer werden. Der Polizeibeamte stehe im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens und müsse deshalb all den vielgestaltigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit dem richtigen Verständnis gegenübertreten können. Den von Chorgesängen umrahmten Ansprachen schloß sich ein Rundgang durch die Räume an.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Gr.-Berlin

Sonntag, 15. Mai 1927:

Kinderfreunde-Maitag

auf der großen Spielwiese im Volkspark Neukölln, Tempelhofer Feld. Beginn um 11 Uhr vormittags. — Gesang, Spiel und Tanz. Ansprache: Kurt Löwenstein. Gemeinsames Mittagessen (Bons für 20 Pfg. erhältlich bei den Helfern). Treffpunkte der Kreise werden noch bekanntgegeben.

Ertrunken oder ertränkt?

Zwei Jahre Gefängnis für eine Kindestötung.

Als der 18jährigen Frieda K. nach einer trostlosen Jugend nun endlich Lebensfreude winkte, geschah das Unglück; sie wurde Mutter und tötete ihr Kind. Ihre eigene Mutter hatte sie, kaum zwei Jahre alt, verloren. Bei der Tante, bei der sie mit ihrem Vater lebte, hatte sie keine frohe Kindheit. Als sie, die Vierzehnjährige, in Stellung zu gehen gezwungen war — bei der bloßen Erinnerung daran fließen ihr noch jetzt die Tränen, so einsam und traurig fühlte sie sich damals —, da kümmerte sich ihr Vater überhaupt nicht um sie; die Tante besuchte sie zwar, ihr Vertrauen besaß sie jedoch nicht.

Dann lernte sie im Juli v. J. in Treptow den St. kennen; er stand vor der Scheidung mit seiner Frau. An der 18jährigen Frieda fand er Gefallen; er führte sie bei seinen Eltern ein, nahm sie aus ihrer Stellung, mietete ihr ein Zimmer in der Nähe seiner Arbeitsstelle; sie kochte ihm das Essen, er versprach ihr die Heirat. Als dann seine Frau von ihm zog, führte Frieda ihm die Wirtschaft; ganz intim wurde das Verhältnis jedoch erst im Dezember. Frieda hatte aber vor ihrem Freund ein Geheimnis, das sie sorglam hütete: ihre Schwangerschaft. Sie fürchtete, daß er ihr seine Liebe entziehen könne; sie wäre dann wieder ohne Heim, herumgestoßen unter fremden Leuten. Am 28. März desselben Jahres soll ihr der Bruder ihrer Schulfreundin Gewalt angetan haben. Bald wußte sie, daß sie Mutter sein würde. Sie hatte niemand, dem sie sich anvertrauen konnte. So verbarg sie ihr Geheimnis vor der ganzen Welt; sie versuchte, an das Kommende nicht zu denken. Am 22. Dezember kam das Kind. Ohne Hilfe und Rat stand sie da. Das Kind blieb nicht am Leben. Hatte sie es getötet? Sie bestritt es anfangs: das Kind sei im Bade ertrunken, als sie von einer Ohnmacht befallen worden sei. Dann war sie geständig, es ertränkt zu haben. Gestern vor dem Landgericht II, wo sie sich zu verantworten hatte, glaubte sie mit Bestimmtheit nicht sagen zu können, ob sie das Kind ertränkt hätte, oder ob es ertrunken ist. Zwei Wochen nach der Niederkunft hatte sie aber den Arzt, der sie wegen der Folgen der Geburt aufgesucht hatte, auf den Korb gewiesen, in dem die Leiche des Kindes versteckt war. Die erst Achtzehnjährige — wäre das Unglück ein halbes Jahr früher passiert, so hätte sie sich vor dem Jugendgericht zu verantworten gehabt —, saß da mit großen fragenden Augen und weinte unaufhörlich. 27 Tage hat sie in Untersuchungshaft verbracht. Jetzt wohnt sie bereits als Verlobte bei ihrem Freund, der nun von seiner Frau geschieden ist. Er hätte sie auch mit dem Kinde lieb behalten, behauptet er. Ja, wenn sie das hätte ahnen können! Das Gericht verurteilte die Angeklagte zur gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der 27 Tage Untersuchungshaft. Nach Verbüßung eines Jahres soll ihr für den Rest der Strafe Bewährungsfrist zugebilligt werden.

Der „Großschulmeister".

Auf eine beträchtliche Leichtgläubigkeit spekulierte ein Schwindler, der es auf die Groß-Berliner Schulwarte abgesehen hatte. Er verrechnete sich auch nicht, bis er nach zwei Monaten endlich an den Unrechten kam. Die Schulwarte von Gemeinde- und auch höheren Schulen erhielten Besuch von einem Manne, der angeblich im Begriffe stand, in Ostpreußen ihr Kollege zu werden. Bisher war er, wie er erzählte, „Großschulmeister des Herzogs von Hessen" gewesen. Das klang zwar etwas ungewöhnlich, aber man hegte doch kein Mißtrauen und glaubte dem Manne auch, daß es ihm nach dem Abbau jetzt mit vieler Mühe gelungen sei, in Ostpreußen als Schulwart wieder anzukommen. Die „Kollegen" fanden es auch durchaus begreiflich, daß der Besucher in den Jahren nach dem Abbau seine geringen Ersparnisse, die ihm die Inflation noch übriggelassen hatte, nach und nach aufgezehrt habe, mit dem Rest nur noch bis Berlin gekommen sei und hier jetzt Hilfe in Anspruch nehmen müsse, um sein Ziel erreichen zu können. Der frühere „Großschulmeister" fand überall milde Herzen und offene Hände. Unter 2 bis 5 M. erhielt er nirgends. In den Doppelschulen besuchte er gleich beide Schulwarte. Im Verlaufe von zwei Monaten hatte er so schon einen großen Teil von Groß-Berlin abgegrast, aber doch noch nicht das ganze Stadtgebiet. Da geriet er endlich an einen Schulwart, den der absonderliche Titel doch stutzig machte. Der Vorsichtige holte einen Schupowachtmeister, um den Erzählungen etwas mehr auf den Grund zu kommen. Als der „Großschulmeister" das merkte, versuchte er zu entschlüpfen. Er wurde jedoch ergriffen und von der Kriminalpolizei als ein 42 Jahre alter Seemann Walter Johannsen aus Hamburg festgestellt. Der hatte Lust bekommen, sich einmal etwas länger das Land anzusehen. Sich die Mittel dazu durch Arbeit zu verschaffen, erschien ihm nach dem langen Aufenthalt auf See etwas zu beschwerlich. Deshalb schlug er den bequemeren Weg ein, der außerdem auch mehr einbrachte. Es machte ihm Freude, daß es ihm gelungen war, die „Landratten hochzunehmen".

Funkwinkel.

Geheimer Justizrat Prof. Dr. Heilfron erörterte in den „Rechtsfragen des Tages" nochmals Einzelfragen des Nachbarrechts, Aufwertungsprobleme und einiges andere Aktuelle aus verwandten Gebieten. — Dr. Hellmuth Falkenfeld sprach in dem Zyklus „Sokrates und seine Bedeutung für die Gegenwart" über „Sokrates, den Denker". Er zeigte in klarer Darlegung der sokratischen Lebensphilosophie ihren Zusammenhang mit der kantischen wie der messianischen Ideenwelt. — Prof. Dr. Seligmann kündigte den Sommerfeldzug der Stadt Berlin gegen die Mücken an und gab einen Ueberblick über die für diesen Kampf zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn er dabei nochmals eindringlich hervorgehoben hätte, daß das Ueberhandnehmen der Mückenplage nicht nur eine Unannehmlichkeit, sondern eine schwere gesundheitliche Gefahr bedeute, gegen die nicht energisch genug eingeschritten werden kann. — Auf „Gesundheitsstörungen infolge mangelhafter Zahnpflege" wies Dr. med. Fritz Salomon hin. Er betonte die Notwendigkeit der Zahnpflege von frühester Jugend an, da schlechte Zähne die unmittelbare und mittelbare Quelle schwerster Krankheiten sein könne. — Im Rahmen der Unterhaltungsstunde der Jugendbühne las Grete Nebelung-Fisch recht durchschnittlich zwei schöne Grimm-Märchen. — Das Orchesterkonzert am Abend zeigte die Funkkapelle unter dem Dirigenten der Berliner Staatsoper, Selma Meyrowitz, wieder von der besten Seite. Hedwig Francillo-Kaufmann war der Veranstaltung eine würdige Solistin.

Tes.

Der Unfug der Meineidsverfahren.

Ein begrüßenswerter Freispruch.

Die Eheleute S. lebten seit 1920 getrennt; der Ehemann verkehrte mit einer Witwe E. Der Ehefrau gelang es zwar, durch ein Detektivbureau, das einen Siebzehnjährigen mit der Beobachtung des Herrn B. betraute, dessen Besuche bei der Witwe festzustellen; die Ehescheidungsklage und Widerklage der Eheleute wurde jedoch abgewiesen, da eine Versöhnung stattgefunden hatte. Der eheliche Friede währte aber nur wenige Tage; Herr S. fand den Weg in die Wohnung der Witwe zurück; Frau B. bemühte sich um neue Beweise für das ehebrecherische Verhalten ihres Gatten. Auf Anraten ihres Anwaltes beschloß sie, die Nachbarn der Frau E. auszuforschen.

Und wirklich, eines Tages klopfte es bei den Eheleuten S., die unter der Witwe wohnten. Sie bestätigten der Frau B. gegenüber, daß sie ihren Mann von den Besuchen bei Frau E. her kennen. Frau S. versprach auch, fernerhin aufzupassen. Am Karfreitag ½5 Uhr morgens hörte sie plötzlich „Krachen" in der oberen Wohnung; bald darauf wurde die Wohntür auf- und zugeschlossen und aus der Haustür sah sie einen Herrn kommen, in dem sie nach Gang, Figur und Gesicht Herrn B. zu erkennen glaubte. Von ihrer Wahrnehmung teilte sie sofort ihrem Mann mit, der Frau B. am selben Tage telephonisch anrief. Am Abend desselben Tages glaubte Frau E. wieder Herrn B. über den Hof gehen zu sehen. Frau B. hatte unterdes eine neue Ehescheidungsklage angestrengt, die jedoch in der ersten Instanz abschlägig beschieden worden war. Für die Berufungsverhandlung war Herr S. von Herrn B. als Zeuge dafür genannt worden, daß er die Witwe E. schon seit langem nicht mehr besuche. S. hatte aber zur Verhandlung seine Frau mitgenommen. Auf seine Veranlassung wurde auch sie vernommen und sie bezeugte unter Eid ihre Wahrnehmungen am Karfreitag. Das Gericht sprach die Ehescheidung aus und erklärte den Ehemann B. für den schuldigen Teil. In der Begründung hieß es, daß die Entscheidung selbst unter Ausschaltung der Aussage der Frau S. nicht anders ausgefallen wäre. Der Ehemann B. erstattete trotzdem gegen Frau S. Strafanzeige wegen Meineids. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen fahrlässigen Falscheids. Das Schöffengericht erklärte sich jedoch für nicht zuständig und gab die Sache an das „Schwurgericht" weiter; es war der Ansicht, daß ein Meineid vorliege; die Gerichtsverhandlung hatte nämlich ergeben, daß Herr B. an dem fraglichen Morgen und Abend unmöglich in der Wohnung der Witwe gewesen sein konnte.

So stand Frau S. nun vor dem Landgericht II unter der Anklage des Meineides. Sie machte den Eindruck einer Frau, die mit bestem Wissen und Gewissen ihre Aussage im Ehescheidungsprozeß gemacht hatte. Allerdings mußte sie sich geirrt haben, etwa so, wie sich auch jeder andere Mensch hätte irren können. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach die Angeklagte frei. — Wenn irgendein Fall, so ist gerade dieser geeignet, den Unfug der Meineidsverfahren schlaglichtartig zu beleuchten. Eine Zeugin erfüllt ihre Bürgerpflicht, bekundet, was sie gesehen zu haben glaubt. Es liegen gar keine Gründe vor, anzunehmen, daß sie etwa bewußt oder fahrlässig die Unwahrheit gesagt habe; trotzdem wird gegen sie die Anklage wegen fahrlässigen Falscheides, ja wegen Meineides erhoben. Diese Erfahrungen werden es gewissenhaften Leuten unmöglich machen, irgend welche Aussagen zu beschwören. Irren ist menschlich, selbst Richter sind dem Irrtum unterworfen. Aus dieser Erkenntnis heraus sollte man mit Meineidverfahren etwas sparsamer sein.

Der Zigeuner Herzberg.

Die Ermittlungen, die die Mordinspektion A. zur Aufklärung des ganzen Treibens des endlich verhafteten Zigeuners Herzberg immer noch fortsetzt, erstrecken sich auf viele Gegenden. Anfangs handelte es sich immer nur um Gerede, das unter den Zigeunern selbst über die Verbrechen Herzbergs umging. Erst nach und nach kristallisierten sich bei den Nachforschungen die Tatsachen heraus. Jetzt wird auch allen anderen Andeutungen sorgfältig nachgegangen, so z. B. den Schießereien mit Gendarmen und Förstern in Pommern, bei denen ein Zigeuner stets entkam. Im Hannoverschen soll Herzberg, der ein großer Mann von zwei Zentnern Gewicht ist, einen anderen Zigeuner, der ihn nur aus Erzählungen kannte, auf einem Pferdemarkt ohne weiteres erschossen haben, als er ihn mit „Tommerly" anredete und ihn fragte, woher er den Mut habe, hier in die Stadt hineinzugehen. Herzberg selbst trägt am Körper verschiedene Schußnarben, ebenso seine Frau, die öfter Seite an Seite mit ihm im Feuerkampf gestanden hat. Ob er seine Mutter bei dem Zusammenstoß mit Polizeibeamten auf der Chaussee bei Dortmund absichtlich erschossen hat, weil er sich von ihr verraten glaubte, oder ob er sie beim Feuern auf die Beamten versehentlich in den Hals getroffen hat, ist noch nicht festgestellt. Die Beamten kamen damals nicht mehr zum Schuß. Herzberg sagte sofort davon, und dabei fiel, wie wir schon mitteilten, die Leiche seiner Mutter aus dem Wagen. Während seines achtjährigen Aufenthaltes im Zuchthaus hat der Schwerverbrecher in Wutanfällen wiederholt nicht nur Mitgefangene, sondern auch Aufseher tätlich angegriffen. Aus diesem Grunde saß er während der meisten Zeit in Einzelhaft.

Der Mann der Peruanerin.

Einen recht romantischen Hintergrund hatte die erste Ehe des 37 Jahre alten Selterwasserfabrikanten Wilhelm Sch., der sich vor dem Schöffengericht Lichtenberg wegen Bigamie zu verantworten hatte. Der Angeklagte war im Jahre 1919 auf einem Dampfer Matrose und kam so nach Südamerika, wo er in Lima, der Hauptstadt Perus, an Land ging und hier in einem Bordell die etwas sittliche Rosa Merzedas Marschello kennen und lieben lernte. Schon nach ganz kurzer Zeit verheiratete er sich mit der Dame, es fand eine prächtige Hochzeit mit kirchlicher Trauung statt; aber der kühle Deutsche hielt es an der Seite der leidenschaftlichen Peruanerin nicht lange aus, und unter dem Vorwand, in seiner Heimat eine Erbschaft antreten zu müssen, fuhr er nach Deutschland, um nicht mehr wiederzukommen. Hier ging er, ohne von der ersten Frau geschieden zu sein, eine neue Ehe ein. Sch., der geständig war, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Doch wurde ihm bei Zahlung einer Buße von 500 Mark eine dreijährige Bewährungsfrist erteilt.

„Volksgemeinschaft" auf dem Lande.

Man schreibt uns: In Wilkendorf bei Strausberg ereignete sich vor einiger Zeit ein Fall, der so recht ein Schlaglicht auf die Verhältnisse auf dem Lande wirft.

Ein dort wohnender Gutsmeier wurde von der dortigen Gutsverwaltung aus kleinlichen Anlässen heraus entlassen. Er mußte auch die Gutswohnung räumen. Angeboten wurde ihm mit seiner Familie dafür ein Raum, der 2 mal 4 Quadratmeter groß ist, trotzdem damals in Wilkendorf zwei Wohnungen leer standen. Mehrere Eingaben beim zuständigen Landratsamt führten leider zu keinem Ergebnis. Der 64 Jahre alte Mann fand nun glücklicherweise in dem Wilkendorfer Forstbetrieb, der einem anderen Besitzer gehört, neue Beschäftigung. Anfang März erlitt er einen Herzschlag. Die Leiche wurde auf einen Wagen geladen und nach Hause gebracht. In der kleinen Kammer konnte der Verstorbene nicht untergebracht werden. Man wandte sich deshalb an den Gutspächter, der zugleich Gutsvorstand ist, mit der Bitte um einen Unterkunftsraum für die Leiche. Es wurde die Antwort erteilt: „Es ginge ihm nichts an, die Familie solle den Verstorbenen unterbringen." Der Tote mußte nun den ganzen Nachmittag über auf dem Wagen vor seiner elenden Behausung bleiben, bis sich ein jüngerer Gutsarbeiter aufraffte und bei dem Amtsvorsteher die Herausgabe des Spritzenhausschlüssels, der bisher verweigert wurde, durchsetzte. Nun konnte man endlich die Leiche im Spritzenhaus aufbahren, was man sonst nur mit unbekannten und heimatlosen Toten macht. So geschehen im Jahre 1927 kurz vor den Toren Berlins.

Bestrafter Friedensstifter.

In Königswusterhausen empört man sich.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln fand eine Verhandlung statt, die wegen der Haltung des Gerichts gegen einen der Zeugen Interesse beansprucht.

Angeklagt war der kommunistische Kreistagsabgeordnete Röhle und die Anklage lautete bedrohlich genug auf öffentliche Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Körperverletzung, Beleidigung und Landfriedensbruch. — Die Vorgänge, auf die sich die Klage stützt, liegen nun schon fast ein Jahr zurück. Am 27. Juni vorigen Jahres hatte der „Werwolf" in Königswusterhausen eine Werbeversammlung veranstaltet; ursprünglich hatten darauf auch das Reichsbanner und der Rote Frontkämpferbund für den gleichen Tag Versammlungen angesagt, jedoch war es dem Amtsvorsteher Krause gelungen, von den Verbänden eine Verschiebung ihrer Versammlungen zu erreichen; da er befürchtete, diese Maßregel möchte zur Vermeidung von Zusammenstößen noch nicht genügen, so untersagte er aus dem gleichen Grunde auch alle Demonstrationszüge. Trotzdem sammelte sich auf dem Platz vor dem Hotel schließlich eine erhebliche Menschenmenge, die den Werwolfleuten schließlich so unheimlich erschien, daß sie um polizeilichen Schutz baten — nachdem sie vorher aus den Saalfenstern heraus die Draußenstehenden mit Waffen bedroht hatten und nachdem eine Durchsuchung und Entwaffnungsaktion eine scharf geladene Pistole und mehrere Stahlruten bei ihnen zutage gefördert hatte! — Der Amtsvorsteher Krause unternahm es, den Werwolfjünglingen von den versammelten Rote-Front-Leuten „freien Abzug" zu erwirken, und, veranlaßt durch ihn, erreichte der Angeklagte Röhle auch, daß den Werwolfleuten die Straße freigemacht wurde; freilich kam es dann doch zu einem kurzen Handgemenge, aber es läßt sich nicht mehr feststellen, von welcher Seite es angefangen wurde. Der Zwischenfall war auch in zwei Minuten beigelegt, und die Werwolfleute konnten im übrigen unbelästigt abfahren. — Dem Amtsvorsteher, der der SPD. angehört, wurde seine ruhige Interventionspolitik aber von dem gesamten rechtsgerichteten Bürgertum Königswusterhausens schwer übelgenommen, und vom Haus- und Grundbesitzerverein bis zum Ruderklub beschwerte man sich über den „schlappen" Amtsvorsteher, der den unschuldigen Werwölfen die Schmach angetan hatte, durch die empörte Menge „Spießruten laufen zu müssen". In gedruckter Denkschrift legte man seine Empörung für kommende Geschlechter nieder, man zeigte sogar den Amtsvorsteher beim Landratsamt an und erreichte es auch, daß ihm eine Rüge erteilt wurde, weil er die Werwolfstämmer nicht genügend geschützt und mit dem angeklagten „Hetzer" sich friedlich verständigt hatte. Die Gerichtsverhandlung ergab nun freilich, daß der Angeklagte keinesfalls „gehetzt", sondern nur zur Ruhe und Ordnung gemahnt und den Versammelten nur geraten hatte, die Werwölfe mit dreifachem „Pfui Deibel" zu grüßen — damit die Menge ihre Erregung doch irgendwie abreagieren konnte. Trotzdem hielt aber auch der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Braun, es für richtig, in der Urteilsbegründung die milde Geldstrafe von 50 M. für das dreifache „Pfui Deibel" damit zu motivieren, daß Hauptschuld an den Vorgängen ja der Amtsvorsteher trage, der die Polizei nicht scharf genug gegen die Menge eingesetzt habe.

Ein merkwürdiges Urteil, in dem der Angeklagte bestraft und der Zeuge verurteilt wird! — Schließlich ist es nicht das A und O aller Regierungsweisheit, überall mit Gewalt vorzugehen — und ob dem Herrn Vorsitzenden ein gewaltsames Vorgehen der Polizei bei der Waffendurchsuchung der Werwölfe ebenso sympathisch gewesen wäre?

Zur Neuregelung der Lehrergehälter.

Der Berliner Lehrerverein hat in einer von über 1200 Lehrern und Lehrerinnen besuchten Versammlung die Lehrerbesoldung in Preußen erörtert. Einstimmig **wurden zwei Entschließungen angenommen, die schärfsten Einspruch erheben gegen die Art, in der seit Jahren die Frage der Lehrerbesoldung von der preußischen Staatsregierung und vom preußischen Unterrichtsministerium behandelt worden ist.** Fast immer seien es, sagt die eine Entschließung, Vertreter des Unterrichtsministeriums gewesen, die sich der Angleichung der Lehrerbesoldung an die Besoldung der vergleichbaren Staatsbeamten am entschiedensten widersetzten. Als geradezu empörend bezeichnet sie die Tatsache, daß das Unterrichtsministerium fast 4000 Lehrer, denen nach den klaren und eindeutigen Vorschriften des Gesetzes schon am 1. April 1923 eine Aufrückungsstelle hätte gegeben werden müssen, widerrechtlich in der Besoldungsgruppe 7 zurückgehalten und dadurch aufs empfindlichste geschädigt habe. Die andere Entschließung klagt über andauernde Verschleppung einer Neuregelung der Beamten- und Lehrerbesoldung und stellt fest, daß die wirtschaftliche Notlage einen Tiefstand bis zur Verelendung erreicht habe. Sie fordert, daß die gesetzgebenden Körperschaften das wiederholt gegebene Versprechen der Regierungen auf Erhöhung der Gehälter noch in der gegenwärtigen Tagung einlösen.

Für den Ankauf des Rittergutes Selchow durch die Stadt Berlin, der zur Erweiterung der Rieselfelder Waßmannsdorf und Klein-Ziethen erfolgen soll, haben sich nunmehr auch die Tiefbaudeputation und der Grunderwerbsausschuß entschieden, die am Montag zusammen mit Vertretern der Stadtgüter G. m. b. H. das Gut in Augenschein nahmen. Für den Kauf sollen die in der vom Magistrat eingebrachten Dringlichkeitsvorlage enthaltenen Kaufbedingungen maßgebend sein. Nachdem der Plan die einmütige Billigung der Ausschüsse erhalten hat, kommt er heute Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung, die ihn endgültig annehmen dürfte.

Wiener Sängerbesuch im Rathaus. Der Magistrat und die Stadtverordneten empfingen gestern eine Anzahl der gestern in Berlin eingetroffenen Sänger des Gesangvereins österreichischer Eisenbahnbeamten, die sich anläßlich der Bundestagung des Oesterreichisch-deutschen Volksbundes in Berlin eingefunden haben. Unter den Wiener Gästen befand sich der Ehrenpräsident des Vereins, Regierungsrat Botschen, sowie der Ehrenchormeister Karl Führich. Neben dem Magistrat mit Oberbürgermeister Böß an der Spitze hatten sich eine Reihe prominenter Persönlichkeiten zur Begrüßung der österreichischen Stammesbrüder eingefunden, so der Polizeipräsident Zörgiebel, der Reichstagspräsident Löbe, der österreichische Gesandte Dr. Frank sowie der österreichische Konsul Höllwieder. Der Magistrat gab zu Ehren der Gäste ein Frühstück, bei dem herzliche Worte der Begrüßung gewechselt wurden.

Vom Autobus totgefahren. Am Alexanderplatz ereignete sich gestern abend 10 Uhr ein schwerer Straßenunfall mit tödlichem Ausgang. Der Angestellte Franz K. aus der Pappelallee 24 wurde beim Ueberschreiten des Fahrdamms von einem Autobus der Linie 30 erfaßt. Das linke Vorderrad ging über den Verunglückten hinweg. K. wurde zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt nur noch den Tod infolge innerer Verletzungen feststellen konnte.

Besuch der **Wochenend-Ausstellung.** Die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E.V. veranstaltet am Sonntag, dem 15. Mai, einen Besuch der Wochenend-Ausstellung am Kaiserdamm. Treffpunkt vormittags 9 Uhr Bahnhof Witzleben, Ausgang Ostpreußenbrücke. Ermäßigter Eintrittspreis 1 M. Karten haben den ganzen Tag Gültigkeit.

Hebung eines gesunkenen russischen Kriegsschiffes.

Es ist beschlossen worden, das Panzerschiff „Rostislaw" zu heben, welches der alten russischen Marine angehörte und während des Bürgerkrieges von den Truppen des Generals Wrangel beim Rückzug aus der Krim in der Meerenge von Kertsch versenkt wurde. Der „Rostislaw" hatte eine Wasserverdrängung von 10 000 Tonnen. Die Hebungsarbeiten sollen bis zum Herbst d. J. durchgeführt werden, worauf das Schiff nach Sewastopol gebracht werden wird. Eine Wiederverwendung in der Flotte ist nicht in Aussicht genommen, sondern nur eine Verwertung der Metallteile.

Schneefall in Königsberg. In den Morgenstunden des 11. Mai herrschte in Königsberg i. Pr. starkes Schneegestöber. Auch in der Nacht ist Schnee gefallen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

6. **Kreis Kreuzberg.** Bildungsausschuß: Sonnabend, 14. Mai, 7½ Uhr, wichtige Sitzung bei Krepp, Planufer 75, am Urban.
11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Sitzung der Arbeiterwohlfahrt am Freitag, 13. Mai, 8 Uhr, im Schöneberger Rathaus, Zimmer 143. Kommissionsvorsteher, Bezirkspfleger- und -pflegerinnen werden hierzu besonders eingeladen. Vortrag: „Der Aufbau der Wohlfahrtspflege im neuen Staat." Referentin Frau Wronsky. — Parteigenossen, die sich am Kinderfreundemaientag in Neukölln am 15. Mai beteiligen wollen, treffen sich am Sonntag um 9 Uhr pünktlich am Kaiser-Wilhelm-Platz mit den Kinderfreunden Schönebergs.
14. **Kreis Neukölln.** Freitag, 13. Mai, 7 Uhr, im Rathaus Neukölln, Z. 137, Fraktionssitzung.
20. **Kreis Reinickendorf.** Freitag, 13. Mai, 8 Uhr, im Rathaus, Reinickendorf-Ost, Hauptstraße, Zimmer 17, Agitation, Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutz. Vortrag: „Mutter- und Kinderschutz im neuen Arbeitszeitgesetzentwurf." Referentin Gertrud Hanna, M. d. L. Sämtliche Funktionärinnen des Kreises sind eingeladen.

Morgen, Freitag, 13. Mai:

36. **Abt.** 8 Uhr pünktlich Mitgliederversammlung an Stelle der ausgefallenen Zahlabende bei Schmidt, Fruchtstr. 36a. Einführungsvortrag: „Wie die Wasserwerke ihre Arbeit vollbringen." Referent Genosse Wieloch. Dieser Vortrag dient zur Vorbereitung der Besichtigung der Wasserwerke Friedrichshagen am 15. Mai.
79. **Abt. Schöneberg.** 8 Uhr bei Zettlitz, Sedanstr. 60, engere Vorstandssitzung, wozu auch sämtliche Bezirksführer erscheinen müssen.

Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. 8 Uhr bei Dietz, Uhlandstr. 18, wichtige Funktionärsitzung. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen.

Frauenveranstaltungen:

3. **Kreis Wedding.** Freitag, 13. Mai, 8 Uhr, bei Kräpel, Pankstraße 42, Kreisfunktionärinnenkonferenz. Vortrag: „Die Frau in der Organisation." Referentin Minna Todenhagen.
78. **Abt. Wilmersdorf.** Donnerstag, 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, Treffpunkt am Bhf. Stahnsdorf zum Waldfriedhof Wilmersdorf. Besuch des Grabes der Genossin Neubert.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Tempelhof: Achtung! Alle Kinder treffen sich heute, Donnerstag, 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, am Denkmal Dorf-, Ecke Berliner Straße, um nach dem Volkspark zu gehen. Um 8 Uhr sind wir wieder zu Hause.

Schöneberg: Wir treffen uns am Sonntag, 15. Mai, zum Maientag um 9 Uhr früh am Kaiser-Wilhelm-Platz. Rote Fahnen mitbringen.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 12. Mai:

Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 62, Baracken. Aussprache: „Politik auf dem Balkan." Interessierte sind herzlichst willkommen. — **Gruppe Pankow:** 8 Uhr im Jugendheim Görschstr. 14 Vortrag: „Tanz und Proletariat." Referent Martin Gleisner. Gäste willkommen. — **Gruppe Neukölln I und II:** 8 Uhr in der Volksbücherei, Ganghoferstraße. Arbeitsgemeinschaft: „Das Verhältnis zwischen Reich und Länder." Leiter Studienrat Erwin Marquardt. Gäste willkommen.

Jungsozialisten. Morgen, Freitag, 13. Mai:

Gruppe Wedding-Gesundbrunnen: 8 Uhr pünktlich im Jugendheim des Ledigenheims Am Brunnenplatz, Eingang Orthstr. 10, Laden. „Agrarprobleme." Leiter der Arbeitsgemeinschaft Max Pottitzer. Die Genossen der übrigen Gruppen sind freundlichst eingeladen.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, dem 11. Mai.

1. Rennen. 1. Eitelfried (G. Lautenberger), 2. Dancing (W. Freundl), 3. Einsicht (W. Lemzer). Toto: 29:10. Platz: 13, 18, 17:10. Ferner liefen: Die Letzte, Sir Caid, Modedame, Zarin, Wintermärchen, Erich B., Dilemma.

2. Rennen. 1. Petruschka (Ch. Mills), 2. Kinostern (Treuherz), 3. Kadbach (J. Mills). Toto: 19:10. Platz: 10, 10, 10:10. Ferner liefen: Mentor I, Bessie, Terrazzo, Erasmus, Hellina.

3. Rennen. 1. Benedict (F. Knöpnadel jr.), 2. Francisco (M. Huth), 3. Hohenlonne (Lemzer). Toto: 70:10. Platz: 14, 13, 11:10. Ferner liefen: Ludwig, Malmö, Coriolanus, Heidemann, Good Boy.

4. Rennen. 1. Treiteur (Th. Reiter), 2. Progreß (M. Huth), 3. Fenelon (J. Mills). Toto: 72:10. Platz: 20, 31, 20:10. Ferner liefen: Kapellmeister, Lebenskünstler, Florian, Fels, Interpellant.

5. Rennen. 1. Die Puppe (Ch. Mills), 2. Beate (E. Treuherz), 3. Quintessenz (W. Lemzer). Toto: 15:10. Platz: 13, 30, 37:10. Ferner liefen: Meistersänger, Regenbogen, Cilly Dillon, Elbgasse, Flaggenlied, Lombardei, Malteser, Dolman, Wichtelmann, Escarlette.

6. Rennen. 1. Divisionär (Besitzer), 2. Rotula (Besitzer), 3. Goodstar jun. (Th. Retzli). Toto: 68:10. Platz: 39, 31, 35:10. Ferner liefen: Petronella, Wagner, Brilon Prinz, Isegrim, Fram, Leuchtkäfer, Elft, Vicar, O'Captain Leerberg, Dante, Radiola, Manina, Weinberg, Grisa, Langemann, Quitte B., Malmö, Maikönigin I.

7. Rennen. 1. Königsadler (G. Lautenberger), 2. Copal (F. Schmidt), 3. Quisi quasi (W. Lemzer). Toto: 141:10. Platz: 24, 32, 15:10. Ferner liefen: Dompfaff I, Manzanares, Dolina, Denkmünze, Jeanette, Nachtfalter, Freitchen, Harry W., Belwin, Natalis.

8. Rennen. 1. Johannisfeuer (G. Lautenberger), 2. Ehrenberg (E. Treuherz), 3. Freibeuter (W. Lemzer). Toto: 564:10. Platz: 62, 24, 22:10. Ferner liefen: Natal, Mary Gun, Louisiana, Flarwelle, Dichtung, Potsdam, Niederländer, Michael, Elle B I, Linscott jun.

Das „Goldene Rad" auf der Olympiabahn. In diesem Jahre hat die Leitung der Olympiabahn eine besonders glückliche Hand bei der Auswahl der Teilnehmer am „Goldenen Rad" gehabt. Der in Berlin so beliebte und gern gesehene Belgier Linart kommt mit dem frischen Lorbeer eines Meisterfahrers von Belgien aus Paris. Die besten Kräfte, über die der deutsche Stehersport zurzeit verfügt, werden dem belgischen Meister mit Sawall und Möller entgegengestellt. Frankreich ist in diesem Wettbewerb durch seinen diesjährigen Meisterschaftsanwärter Brunier ebenfalls hervorragend vertreten, und mit Vanderstuyft-Belgien kommt der dritte Vertreter des Auslandes an den Start. — Wir werden angesichts der großen Rivalität zwischen Möller und Sawall einerseits und Linart und Vanderstuyft andererseits am Sonntag voraussichtlich ein äußerst scharfes Rennen zu sehen bekommen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Fortdauernd kühl, vielfach Nachtfröste, meist wechselnd bewölkt und Niederschläge in Schauern. — **Für Deutschland:** Im Süden trocken. Im Norden ziemlich unbeständig. Ueberall kühl und Nachtfrostgefahr.

Die Unternehmungen des Reichs.

Zum Abschluß der „Viag". – Oeffentliche Hand und Privatwirtschaft.

Erfreulich früh, knapp sechs Wochen nach Abschluß des am 31. März beendigten Geschäftsjahres 1926/27, berichtet die Dachgesellschaft der Reichsunternehmungen, die Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G. über Verlauf und Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres. Weniger erfreut uns allerdings die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Viag, dessen Mitgliedsliste das erste im Geschäftsbericht ist.

Das Verhältnis zur Privatwirtschaft.

In der Viag sind die Bank des Reiches, die Reichskreditgesellschaft A.-G., eine Anzahl großer und größter Kraft-, Rohstoff-, Stickstoff- und auch Verarbeitungswerke zusammengefaßt, die mehr oder weniger mit der Privatwirtschaft in scharfer Konkurrenz stehen. Die Privatwirtschaft selbst hat nichts unterlassen, das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft auf das Empfindlichste zuzuspitzen, und selten waren auch die Aufgaben und die Möglichkeiten so groß wie heute, durch die Geschäftspolitik öffentlicher Unternehmungen zur Eindämmung privatwirtschaftlicher Monopolisierungs- und Gewinnerzesse beizutragen. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit speziell die Unternehmungen der Viag dazu geeignet sind; kein Anlaß aber besteht z. B. dafür, fast sämtliche Großbanken im Aufsichtsrat der Viag vertreten sein zu lassen, gestern wurden noch zwei Großbankvertreter gewählt, und darüber hinaus auch die Schwerindustrie. Nie wird sich die Privatwirtschaft bereit finden, ebenso „weitherzig" zu sein. Wie wir früher schon gefordert haben, daß die öffentlichen Betriebe sehr viel stärker als es bisher geschehen ist in den öffentlichen Selbstverwaltungs- und Beratungskörperschaften, insbesondere auch im Reichswirtschaftsrat und jetzt auf der Weltwirtschaftskonferenz, vertreten sein sollten, so gilt das auch für die Vertretung der übrigen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Produktions-, Verkehrs-, Handels- und Kreditunternehmungen in der Viag selbst. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Unternehmungen der öffentlichen Hand sollte den Reichsunternehmungen wichtiger sein, als die mit der Privatindustrie. Sie wäre ihr geschäftlich auch zweifellos nützlicher.

Der Geschäftsbericht

der Viag betont, daß im vergangenen Jahre eine Ausdehnung der Reichsunternehmungen auf andere Gebiete unterlassen worden ist. Die fremden Mittel wurden durch Aufnahme einer Inlandsanleihe von 20 Millionen Mark und einer Auslandsanleihe von 6 Millionen Dollar verstärkt. Von den 20 Unternehmungen, die von der Viag kontrolliert werden, wird allgemein eine günstige Entwicklung berichtet. Ueber die einzelnen Unternehmungen haben wir früher bereits zum größten Teil berichtet. Die Reichskredit-A.-G. hat seit 1924 ihren Umsatz auf 45,2 Milliarden Mark verdoppelt. Die deutsche Revisions- und Treuhand-A.-G. hat ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre auch auf die preußischen Unternehmungen ausgedehnt und außerdem die Mehrheit der Treuhandgesellschaft für kommunale Unternehmungen A.-G. in Berlin übernommen. Hier sind Sondergründungen vermieden bzw. die Treuhandgeschäfte der öffentlichen Unternehmungen in erfreulicher Weise vereinigt worden. Eine Ueberwindung partikularistischer und kirchtumspolitischer Standpunkte, die hoffentlich Schule machen wird.

Die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Preußen auf elektrowirtschaftlichem Gebiet wurden auch dadurch verbessert, daß das Reich im vergangenen Jahre zur Abgleichung einer alten Schuld von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Essen 2,5 Millionen Mark Aktien übernommen hat. Aus den Aluminiumwerken des Reiches wird mitgeteilt, daß in der ersten Hälfte des Jahres der Absatz unbefriedigend war, im zweiten Halbjahr aber die Nachfrage erheblich anstieg, wozu eine Preisermäßigung um mehr als 10 Proz. wesentlich beitrug. Die Aluminiumindustrie des Reiches hat hier der Privatwirtschaft ein Beispiel gegeben, wie durch Preissenkungen Absatz und Beschäftigung der Industrie gesteigert werden können. Auch die Deutschen Werke, von denen bekanntlich eine Anzahl Betriebe stillgelegt worden ist, und deren zu veräußernde Liegenschaften von der Industrieanlagen-GmbH. verwaltet werden, befinden sich nach der Umstellung in aufsteigender Entwicklung. Im Gegensatz zu den Kreditsubventionen an die Privatwirtschaft ist das vom Reiche über die Viag, den Deutschen Werken gewährte Wiederaufbaudarlehen von 10 Millionen Mark bereits vollständig zurückgezahlt. Die kurze Zeit stillgelegte D-Rad-Produktion, die jetzt in Spandau erfolgt, hat nach Ausverkauf der großen Bestände neuerdings wieder einen starken Aufschwung genommen. Die vier von der Viag kontrollierten D-Werke verteilen zwar auch in diesem Jahre keine Dividende. Aber nur von der Deutschen Präzisionswerkzeug-A.-G. in Amberg wird für 1926 ein Verlust gemeldet. Daß die Reichsunternehmungen einen

großen geschäftlichen Aufschwung

genommen haben, zeigt die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Viag, deren Hauptposten wir nachstehend zusammengestellt haben:

	1924	1925	1926
Hauptposten d. Bilanz	(in Millionen Mark)		
Beteiligungen . . .	127,57	127,97	148,90
Forderungen	16,82	40,49	56,95
Bankguthaben . . .	0,47	5,18	16,80
Aktienkapital	120,00	120,00	120,00
Reserve	12,00	12,00	12,00
Langfristige Schulden . . .	—	25,20	69,77
Laufende Verpflichtungen . .	5,75	13,37	14,84
Bilanzsumme	144,86	176,81	224,25
Gewinnrechnung			
Rohüberschuß	7,26	8,68	11,89
davon vereinn. Dividenden	6,52	8,27	11,60
Unkosten einschließl. Steuern	0,15	0,43	0,50
Zinsen	—	—	1,16
Kursdiff.-Abschreib. f. Anleih.	—	2,00	2,50
Reingewinn	7,11	6,25	7,64
Dividenden	5 %	5 %	6 %

Der Wert der Beteiligungen und Wertpapiere ist von 127,97 auf 148,90 Millionen gestiegen. Unter den Beteiligungen sind neu die 2,5 Millionen des RWE. und 0,94 Millionen der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas-A.-G. Durch Kapitalerhöhungen sind die Beteiligungen an der Ostpreußen-Werke-A.-G. von 3,92 auf 7,42 Mill., die an der Württembergischen Landes-Elektrizitäts-A.-G. von 1,28 auf 1,41, die an der Bayerischen Kraftwerke A.-G. von 15,0 auf 24,0 und die der Bayerischen Lloyd-Schiffahrts-A.-G. von 0,78 auf 1,34 Millionen Mark erweitert worden. Verkauft wurde im vergangenen Jahr, und zwar mit Gewinn die Beteiligung an der Deutschen Stahl- und Walzwerks-A.-G. Siegburg (früher Deutsche Werke) und die Beteiligung von nominell 1,78 Millionen an der Telephonfabrik A.-G. vorm. Berliner in Hannover. Die Dividendenerträgnisse der Beteiligungen sind gegen die früheren Jahre fast durchweg gestiegen. Die Erhöhung kommt in der von 8,27 auf 11,60 Millionen gestiegenen Summe der vereinnahmten Dividenden deutlich zum Ausdruck. Der Reingewinn der Viag wurde durch fällige Anleihezinsen und durch Abschreibungen auf die Kursdifferenz aus den Anleihen natürlich nicht unerheblich geschmälert. Dennoch stieg er gegenüber dem Vorjahr von 6,25 auf 7,64 Millionen. Die Dividende wurde von 5 auf 6 Proz. erhöht.

Die Entwicklung der Reichsunternehmungen ist in jeder Hinsicht erfreulich. Sie zeigt, daß das totgehetzte Schlagwort von der Unwirtschaftlichkeit öffentlicher Unternehmungen auch hier ad absurdum geführt ist. Es wäre allerdings dringend zu wünschen, daß auch die Reichsunternehmungen in ihrer Publizität weitergehen als bisher. Dazu wäre die Viag als die Dachgesellschaft der Reichsunternehmungen durch ihre statistische und organisatorische Uebersicht ganz besonders geeignet. Sie müßte der Privatwirtschaft ein Beispiel dafür geben, wie die Durchleuchtung der geschäftlichen Vorgänge volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden könnte. Dafür dürften gerade bei öffentlichen Unternehmungen weder Kosten noch Mühen gespart werden.

Preußen und das Chapman-Projekt.

Ueberholte Diskussionen. – Eine unnötig scharfe Antwort.

Stadtbaurat Genosse Dr. Wagner hatte in einem „Offenen Brief" an den preußischen Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer zu dessen kürzlichen Auslassungen über das amerikanische Bauprojekt in sachlicher Weise Stellung genommen. Wir haben von dieser öffentlichen Diskussion keine Notiz genommen, da wir nicht nur fortlaufend über die günstige Entwicklung der Verhandlungen berichtet hatten, sondern auch schon mehrfach feststellen konnten, daß der Hauptpunkt der Diskussion, die Verwendung von Hauszinssteuermitteln, inzwischen gegenstandslos geworden ist. Immerhin wäre auf die sachlichen Ausführungen des Genossen Wagner eine sachliche Antwort des preußischen Wohlfahrtsministers das Gebotene gewesen.

Aber einmal werden offene Türen eingerannt, wenn Herr Hirtsiefer betont, daß man ein amerikanisches Unternehmen auch deutsch maskieren könnte, um Hauszinssteuermittel dennoch zu verwenden. Die Verwendung soll ja nicht erfolgen. Daß die Baustoffteuerung nicht von dem Chapman-Projekt ausgelöst worden ist, und noch weniger durch das Projekt gefördert wird, und zwar wegen der ausreichenden Vorsorge, die bereits getroffen ist, haben wir immer wieder unterstrichen. Auch daß die Bebauung des Schöneberger Südgeländes wegen der Bahnhofsfrage noch offen ist, ist bekannt. Und daß die Baudispense gegeben werden dürften, weil noch weniger gebaut wird und mehr Freiflächen übrig bleiben als der amtliche Bauplan vorsieht, steht auch längst fest.

So bleibt nur die nach unserer Ansicht sachlich ziemlich überflüssige Diskussion und die sehr bedauerliche Art, wie der preußische Wohlfahrtsminister unseren Genossen, Stadtbaurat Dr. Wagner, zurechtzuweisen versucht. Diese Art, die vor persönlichen Herabsetzungen nicht zurückschreckt, muß zurückgewiesen werden. Der preußische Wohlfahrtsminister dürfte wissen, daß Genosse Dr. Wagner ein bewährter Fachmann auf dem Gebiet des sozialen Bauwesens ist und daß die Stadt Berlin sehr wohl weiß, weshalb sie diesen Fachmann in sein verantwortliches Amt berufen hat.

Jahresbericht der GEG.

Umsatzsteigerung um ein Drittel.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Hamburg teilt für das Jahr 1926 eine Einnahme in Höhe von 17 Millionen Mark mit. Die Ausgaben betragen für Gehälter und Löhne 3,6 Millionen Mark, Unkosten 2,6 Millionen Mark, Zinsen 695 000 M., Grundstücks- und Gebäudeunkosten 1,2 Millionen Mark, Abschreibungen 5,6 Millionen Mark und Beiträge an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Fortbildungskommission und die Revisionsverbände rund 168 000 M. So ergibt sich ein Ueberschuß von 2 948 943,43 M. Auf das eingezahlte Stammkapital werden aus dem Ueberschuß 5 Proz. Zinsen, insgesamt 355 809 M. gezahlt. Von den verbleibenden 2 593 134,43 M. sollen 1,5 Millionen Mark dem Reservefonds, 643 000 M. dem Dispositionsfonds, 441 000 M. dem Produktionsfonds, 90 000 M. dem Bankreservefonds und 100 000 M. dem Pensions- und Unterstützungsfonds zugeführt werden.

Der Warenumsatz für 1926 wird mit 294 173 971 M. angegeben gegenüber 228 169 471 M. im Jahre 1925. Vom Umsatz entfielen im Jahre 1926 rund 84,48 Proz. auf die Warenabteilung (im Jahre 1925 = 84,51 Proz.) und 15,52 Proz. auf die Eigenproduktion (im Jahre 1925 = 15,49 Proz.). Auf den Kopf der den Konsumvereinen angeschlossenen Mitglieder berechnet, ergibt sich ein Verbrauch von GEG- (Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine) Erzeugnissen von 14,30 M. gegenüber 10,38 M. im Jahre 1925. Die Steigerung beträgt 3,92 M. = 37,7 Proz. Der Warenumsatz insgesamt steigerte sich um 66 Millionen Mark = 28,9 Proz. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Zahl der Mitglieder durch Bereinigung der Mitgliederlisten von 3 403 154 im Jahre 1925 auf 3 194 548 im Jahre 1926 zurückgegangen ist.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 30. April hat der Güterverkehr nicht unerheblich zugenommen. Die tägliche Wagengestellung stieg von 144 400 in der Vorwoche auf 148 800.

Tabellarische Uebersicht seit Februar. (In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich 1927	wöchentlich 1926	durchschnittlich pro Arbeitstag 1927	durchschnittlich pro Arbeitstag 1926
30. 1.— 5. 2.	795,8	668,4	132,6	111,4
6. 2.—12. 2.	802,9	669,8	133,8	111,6
13. 2.—19. 2.	815,0	672,1	135,8	112,0
20. 2.—26. 2.	825,0	683,4	137,5	113,9
27. 2.— 5. 3.	835,0	685,7	139,2	114,3
6. 3.—12. 3.	867,1	689,9	144,5	115,0
13. 3.—19. 3.	868,7	702,9	144,8	117,1
20. 3.—26. 3.	874,7	719,0	145,8	119,8
27. 3.— 2. 4.	873,0	594,0	145,5	118,8
3. 4.— 9. 4.	858,2	594,5	143,0	118,9
10. 4.—16. 4.	725,6	734,2	145,1	122,4
17. 4.—23. 4.	722,0	728,2	144,4	121,4
24. 4.—30. 4.	892,6	709,4	148,8	118,2

Damit ist die seit Ende März im ganzen stagnierende Kurve wieder nach oben geführt worden. Für die Entwicklung der Konjunktur ein beachtliches Zeichen.

Die deutsche Industrie in Südafrika. Bei einer internationalen Ausschreibung auf Lokomotiverfatzteile in der Südafrikanischen Union haben Krupp in Essen und Maffei in München neben einer amerikanischen Firma den Zuschlag erhalten. Die englischen Angebote, die um 20 Proz. über den deutschen Preisen lagen, fielen aus. Dieser Zuschlag reiht sich anderen namhaften Aufträgen der Südafrikanischen Regierung an, die in den letzten beiden Jahren nach Deutschland vergeben wurden. Die Linke-Hofmann-Werke in Breslau lieferten im vergangenen Jahre 40 Personenwagen für die Südafrikanische Staatsbahn und 85 Motorwagen für die Untergrundbahn in Kapstadt, während die Lokomotivfirmen Henschel u. Sohn-Kassel und Maffei-München 23 schwere Lokomotiven in Auftrag erhalten haben. Die Uebergehung des englischen Mutterlandes bei Staatsaufträgen der Dominien und die rein geschäftliche Bewertung der Angebote nach Preis und Lieferzeit zeigen, daß mit der zunehmenden politischen Selbständigkeit der Dominien die gegenwärtig zu teuer arbeitende englische Industrie aus Märkten verdrängt wird, in denen sie vor dem Kriege eine Art politisches Verkaufsmonopol besaß.

Stark angespannte Reichsbank.

Zunächst keine Diskonterhöhung.

Der Wochenausweis der Reichsbank zum 7. Mai zeigt das Bild, das nach dem Anhalten der Spannung auf dem Geldmarkt auf den verhältnismäßig leichten Monatsschluß hin zu erwarten war. Die eingetretene Entlastung ist, absolut genommen, mit 175,6 Millionen gegen 105,1 Millionen zwar größer als in der ersten Woche nach dem Quartalsschluß (7. April). Aber die Kapitalanlage der Reichsbank ist mit 2051,3 Millionen gegen 2031,6 Millionen in der gleichen Zeit des Vormonats noch um rund 20 Millionen größer als in der Entlastungswoche nach dem Quartalsschluß.

Auch die Bestände an Wechseln und Schecks haben mit 1931,4 Millionen gegen 1923,9 Millionen nach einer Senkung gegen die Vorwoche von 136,2 Millionen die Ziffer vom 7. April noch überstiegen. Ebenso ist nach einem Rückgang gegen die Woche um 39,4 Millionen auf 27,1 Millionen der Bestand an Lombarddarlehen fast doppelt so hoch als zum gleichen Zeitpunkt im April. Ein sehr deutliches Zeichen für die Anspannung des Geldmarktes ist es, daß die Kundengelder auf Girokonto, statt wie gewöhnlich zuzunehmen, in der ersten Maiwoche weiter um 9,5 Millionen auf 572 Millionen abgenommen haben. Damit aber nicht genug, es ist auch die Anforderung von Auslandsdevisen wieder außerordentlich gewachsen. Nachdem der Bestand an deckungsfähigen Devisen schon für Ende April auf 160,5 Millionen gesunken war, ist er zum 7. Mai weiter um 43,5 Millionen auf 127 Millionen zurückgegangen.

Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen konnte im Zusammenhang mit diesen Vorgängen nur verhältnismäßig wenig gesenkt werden, insgesamt um nur 198,3 Millionen Mark. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging um 172,2 Millionen auf 3504 Millionen zurück, so daß der Notenumlauf noch um rund 45 Millionen höher blieb als in der Entlastungswoche nach dem ersten Quartalsschluß dieses Jahres. Der Umlauf an Rentenbankscheinen sank um 26,1 Millionen auf 1034,1 Millionen (rund 8 Millionen weniger als vor vier Wochen). Es ist natürlich, daß sich trotz der fast unveränderten Goldbestände (Rückgang um 0,5 Millionen auf 1849,8 Millionen) die Deckung der von der Reichsbank in Umlauf gebrachten Geldzeichen erheblich verschlechtern mußte. Die auf 1976,8 Millionen gesenkten Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen entsprechen am 7. Mai einer Deckung von 43,3 Proz. auf die insgesamt umlaufenden Reichsbanknoten und Rentenbankscheine, gegenüber 45,4 Proz. am 7. April und noch 51,8 Proz. am 7. Januar. Dabei ist bemerkenswert, daß die Verbesserung der Deckung jeweils gegenüber der vorhergehenden Monatsschlußwoche erheblich kleiner geworden ist. Während sie vom 31. Dezember zum 7. Januar noch 6,2 Proz., vom 31. März zum 7. April noch 1,5 Proz. betrug, ist sie vom 30. April zum 7. Mai auf 0,6 Proz. gesunken. Die immer schärfere Inanspruchnahme der Reichsbank und die immer stärkere Anspannung ihrer Mittel kann nicht deutlicher zum Ausdruck kommen.

Für die Zinspolitik der Reichsbank muß diese Entwicklung ihre Folgen haben. Seit langem ist von der Erhöhung des Diskonts die Rede. Zweifellos ist sie nicht aus währungspolitischen Gründen notwendig, denn die Wechselbestände, die bei der Deckungsfrage berücksichtigt werden müssen, haben eine nie erreichte Höhe. Aus kreditpolitischen Gründen aber scheint die Diskonterhöhung unvermeidlich. Sie wird jetzt von den Großbanken gewünscht. Nicht zuletzt wahrscheinlich, um den Zufluß ausländischer Gelder und damit die Ausdehnung der Geschäftsmöglichkeiten zu fördern. Für die Volkswirtschaft aber wäre sie eine höchst zweischneidige Maßnahme, denn sie muß die Entwicklung der Konjunktur durch die Verteuerung der Kredite hemmen. Sofern sie die Effektenspekulation zu drosseln vermöchte, könnte sie allerdings durch längst fällige Reinigung auf der Börse der Ausgangspunkt zu einer verschärften Fortsetzung des Rationalisierungsprozesses in der Wirtschaft sein.

*

In einer Besprechung mit den Großbanken teilte Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit, daß zunächst keine Erhöhung des Diskonts erfolge. Dagegen wurde den Banken eine weitere Einschränkung der Börsenkreditgewährung empfohlen. — Die Reichsbank hat mit der Bundesbank von New York ein Abkommen getroffen, wonach der internationale Giroverkehr der Reichsbankkunden auch auf die Vereinigten Staaten ausgedehnt wird.

Die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, der große süddeutsche Zementkonzern, hat 1926 trotz kleinerem Absatz seine Gewinne erhöht. Es werden auf das 25-Millionen-Kapital 8 Proz. Dividende verteilt.

ENVER BEY GOLD 5 ₰ ist die beste Zigarette

Der zweite Vorstoß der Kulturreaktion.

Das Jugendschutzgesetz vor dem Reichstag.

Der Reichstag stimmte gestern ohne Aussprache dem internationalen Uebereinkommen über die Eichung der Binnenschiffe in allen drei Lesungen zu, ebenso einem Eisenbahnabkommen mit Polen für die Strecke Firchau—Marienburg.

Es folgt die 2. Beratung der **Reichshaushaltsrechnung für 1924.**

Den Bericht über die Beratungen des Rechnungsausschusses, der die Genehmigung beantragt, erstattet Abg. **Simon-Schwaben** (Soz.). Der Ausschuß legt eine Entschließung vor, wonach der Reichstag erwartet, daß in Zukunft Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben vermieden werden. Finden dennoch Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben statt, so sind sie in der Haushaltsrechnung besonders eingehend zu begründen.

Die Entschließung wird angenommen, die Haushaltsrechnung genehmigt, ebenso die für 1925.

Eine Anzahl von Petitionen wird nach den Ausschußbeschlüssen erledigt.

Es soll nun die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über den

Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten

stattfinden. Da die Berichterstatterin, Frau Abg. **Mende** nicht zugegen ist, beantragt Abg. **Stöcker** (Komm.), die Vorlage wieder abzusetzen.

Abg. **Schreck** (Soz.) stellt den Antrag, den Gesetzentwurf an den Jugendausschuß wieder zurückzuverweisen. Es sind seit dem Abschluß der Ausschußberatungen sehr wichtige Aeußerungen wirtschaftlicher und kulturpolitischer Kreise zu dieser Vorlage bekannt geworden, die unbedingt gewürdigt werden müssen.

Die Abgg. **Brodauf** und **Rönneburg** (Dem.) unterstützten den sozialdemokratischen Antrag, die Abg. **Brüninghaus** (D. Vp.) und **Mumm** (Dntl.) treten für sofortige Beratung ein; sie behaupten, daß die Linke nicht aus sachlichen Gründen die Absetzung durchsetzen wolle.

Abg. **Schreck** (Soz.) weist die Unterstellung der Unsachlichkeit zurück. Auch aus Kreisen, die den Deutschnationalen nahestehen, sind Bedenken gegen die Vorlage vorgebracht worden, die noch einmal im Ausschuß nachgeprüft werden müssen.

Der Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung wird gegen die Linke abgelehnt.

Bei dem sozialdemokratischen Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß läßt sich zuerst nicht feststellen, wo die Mehrheit ist, da einige Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung mit den Linken stimmten. Die Auszählung ergibt die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 162 gegen 147 Stimmen. Das Haus tritt in die zweite Lesung des Entwurfs ein.

Abg. Seydewitz (Soz.):

Noch hat sich die Empörung im Volke über das Schund- und Schmutzgesetz nicht gelegt und nun wird im Reichstag ein noch volksfeindlicheres reaktionäres Gesetz vorgelegt, das sich gegen die Kultur, die Geistesfreiheit und die Jugend richtet. Unter dem Deckmantel, die Jugend zu schützen, wird eine Zensur über alle Veranstaltungen der Theater, alle sonstigen öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen geplant. Das Schund- und Schmutzgesetz hat trotz der Reichsverfassung schon die Buchzensur eingeführt. Jetzt sollen auch die Theater unter die Vorzensur gestellt werden. Das verstößt zumindestens gegen den Geist und Sinn der republikanischen Verfassung. Die Väter dieses Gesetzes berufen sich auf den Schlußsatz des Artikels 118 der Verfassung, wonach zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig seien. In diesem Absatz steht aber kein Wort davon, daß unsere Jugend auch vor nichtöffentlichen Lustbarkeiten geschützt werden soll, wie es diese Vorlage will. Künftig könnte die Beteiligung von Jugendlichen sogar an Hochzeiten und Geburtstagsfeiern verboten werden. Ich frage die Väter dieses Gesetzes: was wollen sie eigentlich erreichen? Bei den ersten Beratungen wurde gesagt, die Jugend müsse vor den Gefahren auf den Rummelplätzen geschützt werden. Herr Mumm hat im Februar dieses Jahres in einem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten" die Aufgabe dieses Gesetzes so umschrieben, die Jugend müsse geschützt werden vor dem Anblick tätowierter Damen, vor 300 schönen Beinchen usw. Sind aber die Rummelplätze für unsere Jugend wirklich so gefährlich, wie es von den Machern dieses Gesetzes dargestellt wird? Wenn alle diejenigen, die in ihrer Jugend auf Rummelplätzen gewesen sind, untaugliche Menschen geworden wären, dann säße wohl niemand von Ihnen in diesem Hause. (Zuruf links: Nur Herr Mumm!)

Das schlimmste an dieser Vorlage ist, daß mit ihr die Möglichkeit geschaffen wird, das deutsche Theater entgegen den Bestimmungen der Verfassung unter Vorzensur zu stellen.

Hat man auch daran gedacht, daß schließlich sogar Schaufensterausstellungen verboten werden können? Auch in den Schaufenstern werden doch oft Dinge ausgestellt, die nach der Meinung der Väter dieses Gesetzes das sittliche Empfinden der Jugend gefährden können. Unsere Bedenken richten sich ja gerade vor allem dagegen, daß entgegen der ursprünglichen Absicht, einen Schutz vor Rummelplätzen zu schaffen, jetzt auch die Theater und alle wertvollen künstlerischen Veranstaltungen getroffen werden können. Künftig wird jeder Theaterdirektor, der irgendein modernes Stück aufführen will, bei der Polizei anfragen müssen, ob es nicht geeignet sei, die Jugend zu gefährden. Wir werden dahin kommen, daß in der Provinz kein Theaterdirektor mehr wagen wird, ein Stück aus der jüngeren noch umstrittenen Dichtung in seinen Spielplan aufzunehmen. Unsere Befürchtungen werden auch von den deutschen Jugendverbänden geteilt, eine Organisation, zu deren Schutz dieses Gesetz gemacht werden soll. In einer Eingabe beantragen sie, daß bei diesem Gesetz jede Möglichkeit ausgeschlossen werden muß, die zu einer Beschränkung unseres geistigen und politischen Lebens führen könne. Die Jugendverbände schlagen einstimmig einen Zusatzantrag vor, wonach künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen von Kunst- und Bildungsorganisationen, Jugend- und Sportverbänden nicht unter dies Gesetz fallen sollen. Wenn Sie (nach rechts) wirklich die Jugend nur vor den Rummelplätzen schützen wollen, dann müssen Sie für diesen Antrag stimmen.

Dieses Gesetz wird aber auch zu allen möglichen politischen Schikanen Veranlassung geben.

Wenn nur irgend jemand, der die Entscheidung darüber hat, befürchtet, daß die Jugend durch eine Veranstaltung geschädigt werden könne, so ist ihm die Möglichkeit zu einem Verbot gegeben. Wir befürchten, daß bei Veranstaltungen der sozialistischen Arbeiterschaft, bei Maifeiern usw. wo ein Chor der Kinderfreunde oder einer Jugendorganisation mitwirken soll, unter den nichtigsten Vorwänden Verbote erlassen werden. Einen Vorgeschmack haben wir bereits bekommen als das Organ des Jungdeutschen Ordens, von einem im Verlag der Arbeiterjugend erschienenen Sprechchorwerk von Schönlank, dessen dichterische Qualitäten anerkannt sind, behauptete, es träufele politisches Gift in die Herzen der Jugend. Bei der Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes hat der Ministerialrat Gürig erklärt, er könne auf die Bestimmungen, daß auch aus politischen Gründen eine Schrift verboten werden könne, nicht verzichten, da sonst das Gesetz seinen Sinn verloren hätte. Bei der jetzigen Vorlage ist die Gefahr der politischen Schikane noch größer, weil keine Prüfungsausschüsse eingesetzt werden, sondern ein Polizeibeamter die Entscheidung hat und kein Einspruch erfolgen kann. Verschlimmert wird es noch dadurch, daß nicht das Reich, sondern die Länder und die zuständigen Behörden die entscheidenden Bestimmungen treffen. Selbst ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, Herr Runkel, hat im Ausschuß erklärt, daß dieses Gesetz zur Schikane der Jugend führen muß, wir wundern uns darüber, daß er aus dieser Auffassung nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen hat.

Die wirklichen Quellen der sittlichen Gefährdung für unsere Jugend soll man nicht auf den Rummelplätzen und nicht in Theatern suchen, sondern sie finden sich in den furchtbaren Gesundheitszuständen, in der Erwerbslosigkeit, im Wohnungselend, im Mangel und in der Armut unseres Volkes. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Diese Quellen können nicht mit Verboten, mit politischen Gesetzen verstopft werden, sondern dazu sind durchgreifende soziale Maßnahmen notwendig. Schaffen Sie Wohnungen, Jugendheime, Jugendbibliotheken, gute Theater und Kinos für die Jugend und Sie brauchen kein Gesetz zu ihrem Schutze. Nicht solche Verbote helfen unserer Jugend, sondern positive Maßnahmen! Sobald wir Sozialdemokraten aber Anträge einbringen, die die Schaffung solcher Maßnahmen bezwecken, wird von den Vertretern der Regierung erklärt, es sei kein Geld da. **Herr Mumm hat in seinem Artikel selbst ausgeführt, daß im Etat für die sittliche Hebung der Jugend ganze 300 M. eingestellt sind.** (Hört, hört, links.) Gerade die Parteien, die sich so sehr für dieses Gesetz erwärmen, haben alle unsere Anträge auf Schaffung positiver Maßnahmen für die Jugend abgelehnt. Der Reichsausschuß der Jugendverbände, dem auch die evangelischen Verbände angehören, hat an die Regierung den Antrag gestellt, auf Ausdehnung der Schutzbestimmungen für alle Arbeitenden bis zu 18 Jahren auf Gewährung von drei Wochen Ferien, und er hat noch weitere soziale Maßnahmen dieser Art gefordert. Alles das ist von den Parteien der Rechten abgelehnt worden. Weil wir unsere Jugend nicht schikanieren lassen, sondern ihr wirklich praktisch helfen wollen, darum stimmen wir gegen dieses Gesetz. Die Jugend muß vor diesem Gesetz geschützt werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Frau **Wurm** beantragt nunmehr, da das Haus auf der Rechten fast leer ist, trotzdem diese Parteien für die Beratung gestimmt haben, die

Absetzung der Vorlage

Abg. **Runkel** (D. Vp.) ist für Weiterberatung.

Mit den Stimmen der gut besetzten Linken wird der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Präsident **Löbe** vertagt die Sitzung um eine dreiviertel Stunde, damit der Aeltestenausschuß die weiteren Dispositionen treffen könne.

In der neuen Sitzung wird nur die Tagesordnung für die Sitzung vom Donnerstag, die um 2 Uhr beginnt, festgesetzt. Ein kommunistischer Antrag, die Anträge gegen die Portoerhöhung und gegen die Einschränkung der Krisenfürsorge zu beraten, wird von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt, dagegen die Fortsetzung der zweiten Beratung des Jugendschutzgesetzes beschlossen.

Grzesinski über den Stahlhelmtag.

Das Polizeibeamtengesetz vor dem Landtag.

In der fortgesetzten Aussprache über das Gewerbeschulwesen setzte sich in der Mittwochsitzung des Landtags Abg. Dr. **Dolezich** (Dnat.) ebenfalls für den obligatorischen Berufsschulunterricht ein, der dem Handelsministerium unterstellt bleiben müsse. Ueber die Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen müsse der Minister bald eine Entscheidung treffen.

Abg. Frau Dr. **Lauer** (Z.) erklärt: Der Religionsunterricht müsse im Interesse der Religionslehrer als gleichberechtigtes Lehrfach in den Berufsschulen eingeführt werden.

Abg. **Heidenreich** (D. Vp.) will nicht hinter den Religionsunterricht Zwang oder Polizeiknüttel stellen.

Abg. **Merten** (Dem.) fordert ein Reichsberufsausbildungs- und Schulgesetz.

Nach kurzen Ausführungen des Ministerialdirektors von **Seefeld** und der Abgg. **Colosser** (Wp.), **Mantke**-Gleiwitz (Z.) und **Lange**-Dittersbach (Z.) schließt die Aussprache über das gewerbliche Schulwesen.

In der nun folgenden Einzelberatung setzt sich Abg. Frau **Hanna** (Soz.) für die Besserstellung sowohl der weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht als auch für die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Hilfskräfte ein.

Ein Regierungsvertreter bestätigt die Angaben der Frau Hanna; das Unterlassen wichtiger Kontrollreisen sei eine bedauerliche Folge der Sparmaßnahmen des Landtags.

Eine Reihe von Einzelwünschen wird von den Abgg. **Harlleb** (Soz.) und **Fritsch** (Soz.) vorgetragen. Abg. **Haas** (Soz.) fordert die Verbesserung des Flugnetzes im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Flugverkehrs.

Der Etat wird bewilligt.

Das Polizeibeamtengesetz.

Es folgt die erste Lesung des Polizeibeamtengesetzes. Zur Begründung nimmt das Wort

Innenminister Grzesinski:

Die Ereignisse des Stahlhelmtages haben mir Recht gegeben, daß ich ein Verbot dieser Demonstration abgelehnt habe. Leider hat zum Schutze der Demonstration die Polizei außerordentlich angestrengt werden müssen. Diese Intoleranz ist sehr bedauerlich. Sie zeigt, daß der wahre Sinn für die freiheitlichen Bestimmungen der Verfassung weiten Kreisen der Bevölkerung noch fehlt. Die Berliner Polizei hat eine ungeheure organisatorische Aufgabe gelöst und es drängt mich, den Herren vom Kommando wie allen beteiligten Beamten meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. (Beifall.)

Leider hat die Beamtenschaft hier in Berlin kaum noch einen freien Sonntag. Der Sonntagsdienst betrug im Januar bei 47 Polizeibereitschaften 424½ Stunden, im Februar bei 57 Bereitschaften 167 Stunden, im März bei 185 Polizeibereitschaften 420 Stunden, im April bei 60 Bereitschaften 252 Stunden.

In ähnlicher Weise ist die Revierpolizei in Mitleidenschaft gezogen worden. Gekostet hat dem Staat die Demonstration der Rechtsverbände gegen den Locarno-Vertrag am 15. November 1925 die Summe von 4100 M., der Rote Frontkämpfertag Pfingsten 1926 55 000 M. und der jüngste Stahlhelmtag rund 100 000 M. Wieviel Besseres hätte der Staat mit diesem Geld schaffen können. Ob in Zukunft Demonstrationen gerade in Berlin in diesem Umfange zugelassen werden können, bedarf sorgfältiger Erwägung. Vielleicht verständigen sich die Parteien endgültig gegenseitig ihre Umzüge nicht zu stören, damit die Polizei sich ihren anderen wichtigen Aufgaben zuwenden kann. (Sehr gut! links und in der Mitte.)

Nun zum Polizeibeamtengesetz. Die Polizei ist das stärkste Machtinstrument des Staates. Eine gut ausgebildete, gut disziplinierte, mit dem Volke verbundene Polizei wird die beste Stütze für den Staat und sein Ansehen sein. Auch das Wohl des Volkes hängt im weiten Umfange von der Arbeit der Polizei ab. Die Polizei muß sich ohne Rückhalt und Hintergedanken dem Dienst des Staates hingeben. Der vorliegende Entwurf zieht die rechte Mittellinie zwischen den Wünschen der Beamtenschaft und den Interessen des Staates. Bei der Aufstellung des Entwurfs sind wir durch außerpolitische Bindungen, durch den Stand des allgemeinen Beamtenrechts und durch die schwierige Lage der Staatsfinanzen gehemmt worden. Trotzdem haben wir die zwei großen Grundgedanken durchgeführt: Schaffung der Einheitspolizei und lebenslängliche Anstellung. Der Polizeibeamte wird vom Diensteintritt an unmittelbarer Staatsbeamter und bleibt dauernd in das allgemeine Beamtenrecht und das Berufsbeamtentum eingefügt. Die Eigenart des Polizeidienstes verlangt für den Chef der Verwaltung weitergehende Entlassungsmöglichkeiten als im übrigen Dienst. Diese Bewegungsfreiheit kann sich der dem Parlament verantwortliche Minister unter keinen Umständen rauben lassen. Aber jede Beschwerde wegen ungerechtfertigter Behandlung wird im Ministerium selbst aufs sorgfältigste nachgeprüft werden. Geben Sie dem Gesetz eine Form, die dem Staat und dem Volksganzen von Nutzen ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hörsing (Soz.):

Dem Dank des Ministers an die Polizeibeamtenschaft und seinen Bemerkungen über die Demonstrationen im allgemeinen schließt sich die sozialdemokratische Fraktion an. Zum Polizeibeamtengesetz habe ich folgende Erklärung abzugeben: die lebenslängliche Anstellung der Polizeibeamten erscheint uns als ein bedeutungsvoller Fortschritt. Wir werden versuchen, das Prinzip restlos durchzuführen und alle Ausnahmebestimmungen zu beseitigen. (Bravo! bei den Soz.) Mit der vorzeitigen Pensionsgrenze von 60 Jahren sind wir einverstanden, wenn der Polizeibeamtenschaft dafür ein materielles Aequivalent geboten wird. Das Eheverbot wird bei der Eigenart des Vereitschaftsdienstes nicht völlig zu beseitigen sein, aber wir möchten es auf die ersten sechs Dienstjahre beschränken. Die Sicherungen wegen ungerechtfertigter Entlassung müssen verstärkt werden, insbesondere verlangen wir vor der Entlassung die Anhörung der Beamtenvertretung. Der Staat braucht eine hochstehende, leistungsfähige und republikanisch zuverlässige Schutzpolizei. Wir werden deshalb beantragen, daß alle Angehörigen der Schutzpolizei entlassen werden müssen, die sich gegen die Republik vergehen oder Untergebene schikanös behandeln. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir bedauern, daß der Entwurf in der Oeffentlichkeit eine weit über das berechtigte Maß hinausgehende Kritik erfahren hat. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, ein Polizeibeamtengesetz zustande zu bringen, das die Beamten befriedigt und das vor allem die hohen Interessen des republikanischen Staates an seiner Schutzpolizeibeamtenschaft wahrt. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Die Weiterberatung wird auf die Abendsitzung vertagt.

In der Nachtsitzung

sprachen die Vertreter der einzelnen Fraktionen **Borck** (Dnat.), **Stieler** (Z.), **Mehrenthin** (Vp.), **Kasper** (Komm.), **Bartheld** (Dem.) und **Schwenk**-Oberhausen zu dem Schutzpolizeibeamtengesetz. Die Vertreter der Oppositionsparteien kritisch, Zentrum und Demokraten im wesentlichen zustimmend.

Gegenüber verschiedenen Diskussionsrednern gab Innenminister **Grzesinski** die Erklärung ab, das preußische Staatsministerium wünsche die Beamtenbesoldungsreform so rasch wie möglich durchzuführen.

Um ½11 Uhr kam es zu einer Kampfabstimmung. Die Regierungsparteien wollten die Vorlage dem Hauptausschuß überweisen, die Oppositionsparteien dem Beamtenausschuß. Obwohl die Demokraten sich mit den Vertretern der Opposition für den Beamtenausschuß erklärten, wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie, die infolge starker Anwesenheit ihrer Abgeordneten allein die Mehrheit bildeten, beschlossen, den Gesetzentwurf wegen seiner politischen und finanziellen Tragweite dem Hauptausschuß zu überweisen.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 11 Uhr, völkische Interpellation wegen der Strafversetzung des Abg. Gieseler. Etat des Finanzministeriums.

Die Gefrierfleischeinfuhr.

Die Agrarier wollen das Gefrierfleisch verteuern.

Wie der „Soz. Pressedienst" erfährt, werden die zuständigen Ressortminister sich noch im Laufe dieser Woche mit dem Gefrierfleischkontingent befassen, das am 31. Juli 1927 abläuft. Es liegen eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Landwirtschaftliche Kreise fordern die vollständige Aufhebung des Kontingents (120 000 Tonnen) und Verzollung des Gefrierfleisches zum Satz des Generaltarifs (45 M. pro Doppelzentner). Neben dieser hochschutzzöllnerischen Forderung wird von anderer Seite ein Satz von 40 M. pro Doppelzentner als durchaus ausreichend angesehen, und zwar mit der Begründung, daß das Gefrierfleisch eine Belastung von 6 bzw. 15 Pf. pro Pfund wohl ertragen könne, da mit dem Wegfall gewisser Zwischenhändlerverdienste zu rechnen ist. Endlich liegt ein Antrag vor, das Kontingent ohne Abänderung zu verlängern.

Es gibt Waschmittel, die den Schmutz bleichen,

SUMA entfernt ihn!

Beachten Sie, wie viel mehr Schmutz Suma aus der Wäsche herausholt!

Machen Sie einen Versuch mit Suma; beachten Sie, wie viel schmutziger die Lauge nach dem Kochen ist als sonst und wie viel reiner dafür Ihre Wäsche. Suma ist ein neuartiges und vollkommenes Waschmittel, das im Kessel einen lebendigen Strom von Millionen Seifenbläschen bildet, welche die Gewebe durchdringen und allen Schmutz behutsam herausholen. So wird die Wäsche durch Suma schneeweiß, bei absoluter Schonung der Gewebe und Farben.

Suma ist ungemein sparsam:
1 Paket reicht für 4 Eimer Lauge
Preis 50 Pfennig

»Sunlicht« Mannheim

Sa 133

Donnerstag 12. Mai 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage des Vorwärts

Am Deich der Republik.

Der Zentrumsmann: „Aber was tun Sie da, verehrtester Koalitionsfreund! Statt den Deich zu erhöhen, graben Sie ihn ab!!"
Der Deutschnationale: „Natürlich! Wenn ich den Deich nicht abgrabe, dann graben mir die Monarchisten das Wasser ab!"

Die heiligen Krokodile.

Von Hans Otto Henel.

In den labyrinthischen Sälen und Korridoren des Louvre zu Paris ist in einzigartiger Fülle angehäuft, was in den letzten sechs Jahrtausenden die Menschheit an sogenannten schönen Kulturgütern hervorgebracht hat. Der genügend interessierte Besucher kauft sich an Ort und Stelle kostbar illustrierte Kataloge und andere Schriftwerke von anerkannten Autoritäten der schönen Wissenschaften und nimmt so schwarz auf weiß den Glauben mit nach Hause, daß es eine absolute Schönheit gäbe, die dem Urteil der Jahrtausende standhält. Diese Wertschätzung der ausgegrabenen, restaurierten und registrierten Schönheit ist sogar weit verbreitet. Nur die auf Zeitungspapier nächtigenden Lumpenproletarier an den Ufern der Seine kümmern sich nicht darum, weil sie grob materialistisch überhaupt nur an die Befriedigung primitiver Bedürfnisse — Hunger, Kleidung, Obdach — denken. Und natürlich auch nicht die Mammonarchen von Oels bis Detroit, weil ihre Erfahrung sie lehrt, daß in einem Millionenscheck alle Schönheit der Welt eingeschlossen — sein könnte. Die Probe aufs Exempel ersparen sie sich.

Als Bernard und Reimond zum siebenten Male durch die ungeheuerliche Wüste von Gemälden, Skulpturen, Inschriften, Porzellanen, geschnittenen Steinen, kostbaren Geweben, getriebenen Metallen wanderten, ließ Bernard in einem Anfalle von Mutlosigkeit sich auf einen Plüschdivan fallen. Es war in der ägyptischen Abteilung, wo die Sphinxe mit Löwenleib und Menschenkopf und die Statuen der löwenköpfigen Göttin Sechmet einen Menschen wohl zu beeindrucken vermögen, der sieben Tage hintereinander das Louvre besucht hat und mit der Besichtigung noch längst nicht fertig ist.

„Ich bin es satt," sagte Bernard, „dieses Gerümpel der Schönheit anzuglotzen, nur weil man mir eingeredet hat, daß der Anblick zur Bildung und Veredlung des Geistes beitrüge. Diese Schönheit ist ja tot. Willst du bestreiten, daß sie tot und nutzlos ist? Ah, du meinst, daß jedes einzelne Stück in der Umgebung seines Entstehens dazu beigetragen habe, die Menschheit aus der Barbarei zur Gesittung zu führen? Nun ja, du hast recht, denn zur Zeit seiner Entstehung und ein wenig darüber hinaus lebt ein Kunstwerk wirklich, weil es wirkt. Damit gibst du aber mir nur recht und sprichst indirekt unserer Zeit das Urteil, die Kunstwerke nicht mehr allgemein und öffentlich wirken läßt, sondern sie sammelt. Ist das nicht eine Abart des Besitzwahnsinns, der sich mit Geld Privilegien erkauft? Behaupte nicht, mein Freund, daß Sammlungen und Museen öffentlich seien, selbst wenn man kein Eintrittsgeld verlangt! Den stinkenden Bettler und das aussätzige Lumpenweib läßt kein betreßter Aufseher herein. Die öffentlichen Museen sind Privilegien, an denen nicht alle Menschen teilhaben dürfen. Schlimmer noch, sie sind ein sichtbarer Ausdruck dafür, daß der moderne Staat lieber die tote Schönheit vergangener Zeiten sammelt und konserviert, statt die Häßlichkeit zu beseitigen, die erbarmenswürdig durch den lebensvollen Tag der Gegenwart schreitet. Nimm nur die letzten drei Generationen an. Viele Millionen von ihnen aus allen Weltteilen sind zu dieser Rumpelkammer der Schönheit gewallfahrtet wie in früheren Zeiten die Menschen zu ihren Göttern — bemerkst du rings in der Welt des Heute, daß die Menschen besser geworden sind? Die begüterten Menschen, die es sich leisten konnten, diese Schönheiten hier aufzusuchen — ließen sie sich von der Schönheit begeistern, ihre Mitmenschen nicht mehr zu unterdrücken, auszubeuten, zu töten? Nein, es liegt wohl nicht an der Schönheit selbst, sondern mehr daran, daß diese Wallfahrer vergessen haben, daß der neben ihnen lebende, aber von ihnen verachtete Menschenbruder auch eine Schönheit in sich birgt, die mehr der Entdeckung und Pflege wert wäre als diese toten Kostbarkeiten um uns. Sie sind ja erst durch unsere unlebendige Wertschätzung kostbar geworden. Wir haben die tote Schönheit überschätzt zuungunsten der lebenden."

„Es ist leider wahr," antwortete Reimond, „daß wir die Häßlichkeit unserer Gesellschaftsordnung zu verdecken suchen mit der Zurschaustellung von Schönheit, an deren Entstehung wir keinen Anteil haben. Aber du darfst nicht vergessen, daß das liebevolle Bewahren, dieses unaufhörliche Betrachten der Schönheit früherer Zeiten die Menschheit geistig befruchtet und zum Besseren gewandelt hat."

Bernard mochte nicht sofort antworten, denn zwei Damen in Begleitung eines alten, vollbärtigen Herrn mit goldener Brille und der roten Rosette der Ehrenlegion im Knopfloch betraten den Raum und stellten sich dicht bei den beiden Freunden auf. Sie betrachteten einige der uralten, mit Bildern und Schriftzeichen bedeckten Lehmziegel. Der alte Herr mußte ein bedeutender Aegyptologe sein, denn er vermochte den Damen nicht nur die Bilder zu erklären, sondern auch die Inschriften ziemlich fließend zu übersetzen.

„Sehen Sie, meine Damen," dozierte er, „diese Tafeln stammen aus dem sogenannten Alten Reich, das wir auf die Zeit von 2980 bis 2475 vor Christi Geburt festgesetzt haben. Diese Wellen bedeuten das Ufer des Nilstroms, und was Sie hier sehen, ist ein Krokodil, das in seinem Rachen ein spielendes Kind vom Ufer entführte und natürlich nun verspeisen wird. Es brauchte eigentlich nicht zu entfliehen, denn keinem Menschen würde es eingefallen sein, dem Tiere die Beute zu entreißen. Es durfte nicht einmal berührt werden, denn die Krokodile galten im alten Aegypten als heilige Tiere. Den Beweis haben Sie in der danebenstehenden Frau mit geöffnetem Munde. Der dabeistehende Text besagt, daß sie ein Preislied zum Lobe der Götter anstimmt, weil sie ihr die Gnade erwiesen, ihr Kind von einem heiligen Tiere auffressen zu lassen."

Man konnte die Reden der beiden Damen nicht völlig vernehmen, weil auf dem breiten Platze vor dem Louvre gerade eine Militärabteilung mit klingender Musik vorbeizog. Aber die beiden Freunde verstanden doch sehr gut, daß die Damen sehr entrüstet waren.

„Aber ich bitte Sie," rief die eine, „das ist doch eine ungeheuerliche Barbarei, wenn eine Mutter ihr Kind einem blinden Wahne opfert! Hat sie kein Muttergefühl? Und wenn es vielleicht eine von den Männern jener Zeit — Männer sind ja zu allen Zeiten grausam gewesen — geforderte Sitte war, warum haben die Frauen damals nicht gegen den Unsinn protestiert?"

Die andere Dame war schon ruhiger geworden. „Das ist leider einmal gewesen," sagte sie, „uns Frauen von heute dürfte man solche Barbarei nicht zumuten. Wir sind vernünftiger geworden, Gottseidank. Wir bestimmen heute mit, daß unsere Kinder in eine Welt der Güte hineinwachsen, und wehe den Männern, die uns zu einem Wahnsinn verleiten wollten, der unsere Kinder schädigt!"

Bernard, der beim Anhören dieses Gesprächs bleich geworden war, konnte sich nicht länger beherrschen. Er sprang auf, trat hart zu der Dame und führte die gänzlich Ueberraschte die wenigen Schritte bis zum Fenster hin.

„Verzeihen Sie, bitte, Madame, aber da ich Ihr Gespräch mit anhörte, kann ich unmöglich schweigen. Sie sind vielleicht selbst Mutter, eine von den vielen, die heute noch auf der Stufe stehen wie jene Aegypterin, die sich freuen, wenn ihr Kind von einem heiligen Krokodil gefressen wurde. Schauen Sie hinunter auf das marschierende Militär. Glauben Sie, Madame, daß diese Söhne von Müttern freiwillig und mit Freuden sich dem Kriegsgott in den Rachen geworfen haben? Bestimmt nicht! Aber sehen Sie die Frauen und die Mädchen, die kommenden Mütter, wie sie sich lachend freuen, daß dort die Söhne von Müttern marschieren, Kinder, die im Feuer der unausbleiblichen Schlacht einen ebenso furchtbaren Tod sterben müssen wie der Säugling im Rachen des Krokodils. Und sehen Sie weiter drüben die schwarzgekleidete Schar bleicher Kinder unter der Obhut von Priestern, die sie zu Aberglauben, Dummheit und Verachtung der Welt und der anderen Menschen erziehen? Blicken nicht viele Frauen und Mütter wohlgefällig zu diesem Werke der lebenverneinenden Niedertracht? Ist das ein Fortschritt gegenüber der Szene auf jenen altägyptischen Lehmtafeln? Nein, ihr Mütter opfert eure Kinder immer noch gefräßigen Krokodilen und seid froh dabei. Auch Sie, Madame, reden von Fortschritt, und dabei — — —"

Bernard konnte nicht weitersprechen. Die Dame und ihre aufgeregten Begleiter riefen und kreischten laut nach Polizei. Ein Aufseher stürzte herbei. „Befreien Sie mich von diesem Wahnsinnigen!" schrie die Dame, „er schmäht die heilige Religion und unser tapferes Heer!"

Andere Aufseher kamen hinzu, und der sanfte Reimond, der den Vorfall aufklären wollte, kam nicht zu Worte, als er hinter dem Knäuel von Uniformen herlief, die den sich sträubenden Bernard hinauszerrten.

„Denken Sie nur," sagte der zitternde Aegyptologe mit der Rosette der Ehrenlegion hinter dem sich entfernenden Tumult her, „beinahe hätte dieser junge Barbar jenen Sarkophag angerannt, der dem Priester Taho aus der Regierungszeit Psammetichs I. aus der sechsundzwanzigsten Dynastie gehörte und unersetzlich, einfach unersetzlich ist."

Frühlingstage in Baden-Baden.

Von Rolf Gustav Haebler.

Wenn man als schlichter Proletarier, Abteilung geistiger Arbeiter, Gehaltsgruppe an den Fingern abzuzählen, urlaubsschwanger gen Baden-Baden sich in Bewegung setzt, so erregt man das höfliche, aber bestimmte Erstaunen aller derer, die unter Baden-Baden eine Angelegenheit von unerhörtem Luxus verstehen.

Das ist natürlich ebenso richtig wie falsch, wie alles in diesem schönsten und widerlichsten aller Leben.

Item: man kann auch anders. Freilich muß man dazu vorher einiges wissen; sonst wird man bedenklich hereinfallen oder mindestens zunächst allzuviel Lehrgeld bezahlen. Denn Gott Nepp feiert hier Triumphe. (Das ist in diesem Fall nicht eine kommunistische Abkürzung für neue Wirtschaftsproblematik, sondern eine höchst kapitalistische Erscheinung!) Du kannst also sehr geneppt werden, verehrter Genosse, so du ohne Sach-, Lokal- und sonstige dienliche Kenntnisse Baden-Baden, diese (zweifellos fabelhaft schöne) Stadt bevölkerst. Aber ich gebe dir einige Tips: Bist du Beamter, so gibt es hier Beamtenheime, die gut und nicht zu teuer, also zu empfehlen sind. Hast du aus dem Stahlbad der großen Zeit wie üblich eine Erkrankung mit nach Hause gebracht, so kannst du unter Umständen im „Landesbad" unterkommen; eine recht gute und gesunde Einrichtung. Andernfalls schaue, daß du dir rechtzeitig irgendein kleines Privatzimmer mietest. Die Badener pflegen nämlich nur in der Zeit ihres Winterschlafes, der ausgedehnt, langweilig und kleinbürgerlich ist, ihre ganze Wohnung zu benützen; wenn aber die ersten Strahlen der Frühlingssonne über die Badener Höhe kommen, schmücken sich die Fenster der Stadt mit roten Bettüberzügen und ein heftiges Klopfen erfüllt wie das Maschinengewehrfeuer eines Großkampftages die Vorfrühlingsluft des Oostales. Dann entstehen die möblierten Zimmer in neuer Pracht und warten wie die Starenkästchen auf ihre Gäste. Solch ein Zimmer mietest du. Und dann gibt es in Baden einige Gasthäuser, in denen du nicht teurer und nicht schlechter essen wirst als in einer anderen Stadt auch. Dazu kommt dann freilich noch die Kurtaxe, die je nach deinen Ansprüchen gestaffelt ist.

Natürlich ist das alles zusammen teurer als wenn du in einem kleinen Schwarzwalddorf oder gar in einem Naturfreundehaus kampierst. Aber dafür bist du auch in Baden-Baden. Im Luxusbad.

Freilich — du bleibst, o, Proletarier, ein Zaungast, wenn du sparen mußt bei so manchen hübschen Gelegenheiten. Aber was tut's — Osterball, Kasino Stefanie, Spiel und Tanz sind schließlich auch sonst nicht deine Sorgen. Immerhin kannst du am Nachmittag dich in den Kurgarten setzen, Konzert genießen, die ganze und die halbe Welt bewundern oder verachten, kannst die gepflegten Wege in den Wäldern lustwandeln oder die Lichtentaler Allee entlangschlendern, dich dann irgendwo auf eine Bank setzen, um all das Schöne zu genießen, was teils der liebe Gott, teils die Kurverwaltung inszeniert hat, um den Anwesenden das Leben angenehm zu machen. Du kannst auch ins Theater gehen, wenn du absolut das Bedürfnis hast, das Spiel der Menschen auch noch vor gemalten Kulissen zu betrachten.

Aber nun rede ich mal von der Luxusseite. Ich bin boshaft genug, davon eine kleine Aufpeitschung der Klasseninstinkte zu erwarten. Denn dies Baden-Baden ist ganz elementares anschauliches Beispiel für die wissenschaftlich komplizierte und langweilige Lehre vom Mehrwert.

Ueber Ostern war die Stadt überfüllt. Die Hotels überfüllt. Wenn man das Fremdenblatt zur Hand genommen hat und die kleine, aber höchst lehrreiche Mühe sich machte, einmal Name und Art und woher der Fahrt festzustellen, so hat man mehr an soziologischer Erkenntnis erhalten, als wenn man ein Lehrbuch der Gesellschaftslehre durchstudiert hätte. Da stehen Namen aus dem christlichen Adel deutscher Nation, der hier sogar eine Tagung abgehalten hat; sie sind nämlich zur Wahrung ihrer heiligsten Güter genossenschaftlich organisiert, so sozialistisch verseucht sind sie schon; daneben hast du die internationale Hochfinanz, Industriemagnaten, Schlotbarone, Großbourgeoisie oder das, was man heute so den guten Mittelstand nennt, also Leute mit etwa 1000 M. Monatseinkommen Minimum, dann allerlei Aerzte mit Namen, auch einige Gelehrte von Ruf. Kurzum: „man" traf sich offenbar über Ostern in Baden. Autoverkehr beinahe wie in Berlin. Toiletten wie in Paris. Knickerbocks wie in London. Tanz wie in Europa. Geld wie in Amerika.

Es jazzt unter allen Bäumen. Die Sonne strahlt. Die Frühjahrstoiletten sprießen aus der bunten Wiese holder Luxusweiblichkeit wie Anemonen, Wiesenschaumkraut und Veilchen, die nicht im Verborgenen blühen. Vormittags gehen die Männer in Pumphosen, gravitätisch wie Eunuchen (die sie nicht sind); nachmittags im Sakko, Bügelfalten, Hut 1927, abends trifft sich Europens übertünchte Höflichkeit im Smoking. Das Monokel ziert wieder das blitzende Auge, das männliche und, siehste wohl, auch das weibliche Auge. Es lebe die Gleichheit! Alle Beine schlenkern wie toll gewordene Marionetten; und das heißt man dann Charleston und ein Saxophon macht die Frühlingsgeräusche dazu.

Tanz ist eine Sache der notwendigen gesellschaftlichen Unterhaltung geworden. Irgendeine Arbeit muß der Mensch schließlich haben. Und diese hat allerlei Vorzüge: einmal braucht man nicht den (teilweise vorhandenen) Geist zu einer Unterhaltung anzustrengen, zweitens bleibt man schlank, drittens haben die anderen etwas zu sehen. Im übrigen ist es Frühling, und die Lämmlein hüpfen da immer auf der bunten Wiese.

In den Gärten des Kasinos Stephanie, des Atlantik, auf dem Dachgarten des Kurhauses klopft, zupft, dudelt, schreit, balaleikat und trompetet der Badener Frühling im Viervierteltakt.

Ostern, das Fest der Auferstehung der Frühjahrsmode, ist also gewesen. Unsere deutsche Kultur, die, wie Herr Reichskanzler Marx ebenso hübsch wie richtig sagte, auf der Grundlage christlicher Weltanschauung aufgebaut ist, kann sich wieder rhythmisch und sozusagen melodisch äußern. Die tanzleeren Tage der Karwoche sind vorbei; und alle bunten Blumen sind vergnügt. In Baden-Baden.

Außerdem gibt es in Baden-Baden jetzt 700 Erwerbslose. Arbeitslose aber bedeutend mehr. Aber diese gehen nicht stempeln. Im übrigen äußerst sich der Frühling in Baden-Baden durch gewaltige bauliche Anstrengungen. Man hat einen großen Teil der Oos überbrückt und eine breite Einfahrt zur Stadt geschaffen. Aber man hat auch den Hamiltonpark in eine kapitalistische Angelegenheit verwandelt. Tüchtige Leute haben — weil es nämlich in Baden noch keine Geschäfte gibt — eine ganze Reihe neuer Laden erstehen lassen. Oder bauen noch dran. Wenn es so weiter geht, ist Baden-Baden bald nur noch Beton und Backstein mit etwas eingestreuter Natur. Aber sie haben halt einen neuen Kurdirektor. Von Adel natürlich. Weil so etwas in der Republik mit der freiesten Verfassung der Welt besonders wertvoll ist. Und da nun jeder Mensch seinen Befähigungsnachweis erbringen muß, so modernisiert er jetzt die alte Römerstadt. Heil! Ich widme ihm deshalb in sein journalistisches Gästebuch zum Abschied diese (nur teilweise von mir stammenden) Verse:

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit.
Und neue Läden blühn aus den Ruinen!

Das Henkerslied. Während man sonst den zum Tode Verurteilten noch eine Henkersmahlzeit gestattet, hat sich ein lettischer Schwerverbrecher als letzte Gunst vor dem Tode ausbedungen, noch ein schwermütiges Volkslied singen zu dürfen. Dieser sentimentale Mörder war Johannes Kaupen, ein Mann der zwei Jahre lang die Umgegend von Mitau in furchtbarsten Schrecken versetzte, 200 Räubereien ausführte, zweimal allein den Schnellzug von Mitau nach Riga plünderte und nicht weniger als 22 Menschen auf seinem Gewissen hat. Nach langer vergeblicher Jagd gelang es der Polizei, den Banditen zu fangen, der ein sehr heißes Herz hatte und viele Liebschaften unterhielt. Diese Liebschaften wurden ihm zum Verhängnis, indem sie ihn schließlich in die Arme der Gerechtigkeit führten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Donnerstag, 12. Mai, 7½ Uhr:

Norden: Schule Putbuser Str. 8. Glaßbrenner-Abend. — **Falkplatz:** Schule Eberswalder Str. 10, Zimmer 11. „Unsere Reichswehr." — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstr. 128. Literaturabend. — **Lankwitz:** Gemeindeschule Schulstraße. „Der 1. Mai." — **Lichterfelde:** Heim Lichterfelde-West, Albrechtstr. 14a. Einführungsfeier. — **Zehlendorf:** Südschule, Wilhelmstraße. „Warum bin ich in der SAJ.?"

Werbebezirk Schöneberg: Werbebezirksvorstandssitzung ½8 Uhr beim Genossen [illegible], Kulmstr. 20a. Wichtige Tagesordnung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Friedrichshain: Freitag, d. 13.: Bläserchor-Uebungsstunde in den Comeniussälen, Memeler Straße. Bläser sämtlicher Instrumente willkommen. Besichtigung des Krematoriums Gerichtstraße 6 Uhr bei Kastin, Memeler Str. 74–75. 7. Sektion: 7 Uhr daselbst. **Schöneberg-Friedenau:** Kameradschaft Friedenau: Monatsversammlung im Restaurant von Stegemann, [illegible] 3, Ecke Rüsingstraße. Referent Kam. Senatspräsident Großmann. Wichtige Tagesordnung. — **Treptow:** So., d. 14., 6½ Uhr. Pflichtveranstaltung Bhf. Treptow. Radfahrer müssen am 13. abends bezahlen bei Kam. Ristau oder Mecklenburg. — **Kreuzberg:** Sonntag, d. 15., Pflichtfahrt per Bahn nach Mittenwalde. Fahrgeld für Hin- und Rückfahrt 80 Pf. Antreten zum gemeinsamen Marsch nach dem Bhf. Hermannstraße morgens 6¼ Uhr (nicht wie angesagt 7½ Uhr). Nachzügler pünktlich 7¾ (nicht 8¼ Uhr) Bhf. Hermannstraße (Kleinbahn). Radfahrer treffen sich um 6 Uhr morgens Kottbusser Tor. Pfingstfahrer nach Stettin und Swinemünde melden sich umgehend bei ihren Abteilungsführern. Fahrgeld für die Dampferfahrt Stettin–Swinemünde in Höhe von 3 M. bis 15. Mai entrichten. — **Tempelhof** (Kameradschaft): Die für Fr., d. 13., angesetzte Mitgliederversammlung fällt aus. So., d. 14., 7¼ Uhr, Antreten am Bhf. Mariendorf zur Fahrt nach Lichtenrade. — **Neukölln-Britz:** Der Kameradschaftsabend der 5. Kameradschaft findet am Sonntag, d. 15., im Etablissement Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 4, statt. Gäste und Kameraden anderer Kreisvereine willkommen. Für den 7. Mai gelöste Eintrittskarten behalten Gültigkeit.

Berliner Ortsgruppe des Reichsschutzverbandes der Schwerhörigen. Donnerstag, 12. Mai, 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, außergewöhnliche Monatsversammlung. Einweihung eines großen, neuen Vielhörers. Vortrag Gustav Vogt: „Erfolgreiche und berühmte Leidensgefährten." Eintritt für schwerhörige und guthörende Gäste frei.

Die Abteilung Westend des Arbeiter-Schachklubs nimmt noch einige Mitglieder auf. Spieltag jeden Donnerstag 8 Uhr in Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 88 (Ecke Potsdamer Straße). Belehrende Vorträge, Simultanspiele sowie Mannschaftsturniere. Gäste sind jederzeit willkommen.

Ortsverein Berlin des Verbandes Volksgesundheit. Donnerstag, 12. Mai, ½8 Uhr, Ifflandstr. 9–11. Vortrag: „Frauenleiden und Schwangerschaft". — **Jugendgruppe Osten:** Freitag, 13. Mai, ½8 Uhr, im Heim Goßlerstr. 61. Mitgliederversammlung. — **Jugendgruppe Süd:** Freitag, 13. Mai, 7 Uhr, Diskussionsabend im Heim Neukölln, Schierkestr. 44. Thema: „Religionsfragen und Proletariat." Gäste willkommen.

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin. Monatssitzung Donnerstag, 12. Mai, 8½ Uhr, Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstr. 214–216.

Internationaler Verein für Individualpsychologie. Ortsgruppe Berlin, Wilhelmstr. 48, Sozialwissenschaftlicher Klub. Freitag, 13. Mai, spricht Fritz Künkel über „Die Affekte".

Rettet Sacco und Vanzetti! Unter diesem Titel veranstaltet die „Deutsche Liga für Menschenrechte" Freitag, 13. Mai, 8 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Str. 3, eine öffentliche Kundgebung, in der Karin Michaelis, Baronin von Korbdorff (Katharina von Oheimb), Dr. Leo Klauber u. a. sprechen werden.

Zionistische Vereinigung. Montag, 23. Mai, spricht im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats, Bellevuestr. 15, Kurt Blumenfeld, der Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, der soeben von einem längeren Palästinaaufenthalt zurückgekehrt ist, über seine Eindrücke, die er von dem Aufbauwerk in Palästina empfangen hat.

Tauentzienpalast. Die Spielwoche vom 12. bis 18. Mai wird im Zeichen eines lustigen Programmes stehen. Die vier besten Grotesken, die William Fox produziert hat, „Müde Beine" mit Sid Smith, „Alles auf Abzahlung" mit Stephens Perry und Allen Forrest, „Jonny lernt küssen" mit Richard Walling, „Paulchen macht sein Glück" mit Jerry Madden werden das Programm außerordentlich lustig gestalten. Zwischen den vier Grotesken werden vier sehr interessante Filme aus aller Welt gezeigt, nämlich „Heilige Felsen", „Im Lande des Kinderspielzeugs", „Quer durch Britisch-Columbien", „Rio de Janeiro", die Perle des Südens. Die Veranstaltungen des Tauentzienpalastes beginnen im Gegensatz zu allen anderen Berliner Kinos um 6, 8 und 10 Uhr, Anfangszeiten, die es auch sehr beschäftigten Berlinern ermöglichen, die Spätvorstellungen rechtzeitig zu erreichen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 U.: Tristan u. Isolde
Schauspielhaus 8 Uhr: Florian Geyer
Schiller-Theater 8 Uhr: Musik.

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: **Hoffmanns Erzählungen** Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater Norden 10334–37 8 U. Ende 11 U. **Der Arzt am Scheideweg**

Kammerspiele Norden 10334–37 8½ U. Ende 10½ U. **Das Land der Treue**

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr **Die Wette** Lustspiel von Carl Sloboda

Volksbühne
Theater am Bülowplatz: 8 Uhr **Judith** Morgen 8 Uhr: **Traumspiel**
Th. am Schiffbauerdamm: 8 Uhr **Jan der Wunderbare**

Wallner-Theater 8¼ Uhr: Der Lustspielerfolg **Auf der Sonnenseite**

Komische Oper 8¼ Uhr: Sonnabend, den 14. Mai 1927 **Première** die gr. neue James-Klein-Revue **Streng verboten!!** Die Revue der verbotenen [illegible]

Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr: **Stettiner Sänger** (Meysel, Britton, Steidl usw.) Das wunderbare Mai-Progr.! **Dönhoff-Brettl:** Varieté, Konzert, Tanz

Die Komödie Bismarck 2414, 7514 8¼ Uhr, Ende 10 U. **Lockvögel** Nachtvorstellung: Tägl. 11 U., Ende 1 U. **Revue: Was Sie wollen** Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 209: 8 Uhr Ende gegen 11 **Drei arme kleine Mädels** Operette von Walter Kollo

SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr **Charlie Rivel Trio** und weitere **Variete-Sensationen!**

Thalia-Theater 8 Uhr: **Wenn der junge Wein blüht**

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: **Zirkusprinzessin**

Barnowsky-Bühnen **Th. Königgrätz. Str.** Hasenheide 2116 8 Uhr: **Die Schule v. Uznach**

Komödienhaus Norden 6304 8 Uhr **Theo macht alles!**

Saltenburg-Bühnen **Dts. Künstler-Th.** 8 Uhr: **Adieu Mimi**
Lessing-Theater 8 U.: **Der Patriot** Kortner, [illegible]

Walhalla-Theat. Täglich 8¼ Uhr: **Die von der Liebe leben!** Jugendliche haben Zutritt! Vorzeiger zahlt nur halbe Kassenpr.

Lustspielhaus 8¼ Uhr: **Bobby's letzte Nacht** Vespermann, [illegible], Junkermann

Rose-Theater 8¼ Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**

TAUENTZIEN PALAST LUDWIG KLOPFER
VIER LUSTIGE FOX-GROTESKEN
VORSTELLUNGEN 6, 8, 10 UHR

8 Abd. Uhr — Stg. nm. 4
Circus Busch **Ben Hur** Lebendigste Wirklichkeit Kein Film!

Theater am Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr Stg. nachm. 3 **Elite-Sänger** Großes Ueberraschungs-Programm!

Wo speist man gut u. billig? Nur **Groß-Berlin** Alexanderplatz.

CASINO-THEATER 8 Uhr **Pimpelhuber der Millionen-Erbe** Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1.50 Mk.

Rennen zu Grunewald Donnerstag, den 12. Mai nachmittags 3 Uhr

ERIK CHARELL BRINGT: Tägl. 8 U. Ende 11 U. **Wie einst im Mai** Alfred Braun, Lucie Mannheim u. a. Bendow, Westermeier, Kupfer u. a. **Großes Schauspielhaus**

Die Weber VON **GERHART HAUPTMANN**
REGIE: FRIEDRICH ZELNIK
MANUSKRIPT: F. CARLSEN UND WILLY HAAS
STIL UND MASKEN: GEORGE GROSZ
MIT
SERVAES / WEGENER
DIETERLE / LOOS / PICHA
URAUFFÜHRUNG SONNABEND 7¹⁵, 9¹⁵
CAPITOL NOLLENDORF 7098 VORVERKAUF 12–2
DEUTSCHES LICHTSPIEL-SYNDIKAT G. m. b. H.

Zeugen gesucht!

Durch die Absperrungsmaßnahmen der Polizei am Stahlhelm-Sonntag ist es dem Publikum unmöglich gemacht worden, den Circus Busch zu besuchen.

Sogar solchen Besuchern, die bereits gelöste Eintrittskarten in Händen hatten, gelang es zum Teil nicht, zum Teil nur mit äußerster Energie und auf Umwegen den Circus zu erreichen.

Es ist nur bekanntgegeben worden, daß der Lustgarten als solcher abgesperrt werden sollte, nicht aber, daß im großem Umkreise des Circuses unsere Besucher, trotzdem sie ihre Absicht der Polizei erklärten, am Weitergehen verhindert würden.

Zwecks Stellung von Schadenersatzansprüchen bitten wir diejenigen Personen, die in dieser Sache als Zeugen dienen können, um freundliche schriftliche Aufgabe ihrer Adressen mit möglichst genauer Angabe der erlebten Tatsachen. — Unser Büro steht auch täglich von 11 bis 2 Uhr und abends nach 7 Uhr zur Entgegennahme derartiger Erklärungen zur Verfügung.

Circus Busch.

Tgl. 8, Stg. a. 4 Uhr: „Ben Hur".

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
Thaerstr. 40, Schönhauser Allee 33

Ein Kerl, wie ich

dessen Vater der Zirkel und dessen Mutter das Lineal ist (oder auch umgekehrt, ganz nach Ihrem Belieben) hat natürlich einen bestimmten Zweck. Ich habe den Auftrag, Ihnen von der Kukirol-Fabrik mitzuteilen, daß sie sich Ihrer Ansicht anschließt, wenn Sie den Standpunkt vertreten, daß Hühneraugen, Fußschmerzen und Schweißfüße höchst überflüssige Einrichtungen sind, daß durch eine zweckmäßige Fußpflege das Leben viel wohlgemuter, wohlbehaglicher und wohlriechender wird und daß Sie deshalb kukirolen müssen.

Hühneraugen, Hornhaut und Schwielen beseitigt in wenigen Tagen das vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster, und zwar ohne Schmerzen und ohne Blutvergießen. Eine Packung kostet nur 25 Pfg.

Fußschmerzen und Brennen

der Füße beseitigt das wohltuende Kukirol-Fußbad. Es erfrischt und stärkt auch die Füße und verhütet die schnelle Ermüdung. Wenn Sie es regelmäßig anwenden, dann können Sie stundenlang gehen und stehen, ohne ein Gefühl der Müdigkeit zu verspüren. Sparpackung für 5 Bäder 1 Mark. Probepackung für 2 Bäder 50 Pfg.

Die dünnen, leichten Kukirol-Einlegesohlen für den Sommergebrauch verhüten das Scheuern des Schuhwerkes und sind besonders beim Tragen dünner Strümpfe und bei feuchter Witterung sehr angenehm. 6 Paar kosten nur 30 Pfg.

Alle diese guten Kukirol-Erzeugnisse sind in fast jeder Drogerie und Apotheke erhältlich.

Kukirol-Fabrik Kurt Kriep, Groß-Salze bei Magdeburg.

Henko

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert **Paul Golletz**, vorm. Robert [illegible], Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße Amt Moritzpl. 160 03

Dr. R. Friedeberg (früher Berlin) praktiziert wieder **Bad Kudowa**

Krause-Pianos zur Miete W 15, Ansbacherstr. 1

Anläßlich des unerwarteten Hinscheidens des von uns allen hochgeschätzten Kollegen und Mitarbeiters

Hermann Rathmann

fühlen wir uns veranlaßt, der tiefen Trauer, in die uns der Tod dieses guten, aufrichtigen Kollegen und charaktervollen Mannes versetzt hat, Ausdruck zu geben. Wir teilen uns mit den Familienangehörigen in den großen Schmerz um den herben Verlust mit der Versicherung eines dauernden, ehrenvollen Gedenkens.

Berlin, den 11. Mai 1927.

Die Kolleginnen und Kollegen im Hauptbüro des Deutschen Verkehrsbundes

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 12. Mai, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonnabend, 14. Mai, mittags 12 Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Stalitzer Straße 126.

Erwerbslosenversammlung der Graveure und Ziseleure.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbuch legitimiert. Jeder arbeitslose Kollege muß erscheinen.

Achtung! Verwaltungsmitglieder!
Freitag, den 13. Mai,
Sitzung
der Mittleren Ortsverwaltung
Die Ortsverwaltung.

Volkshaus Centnerbrunn
bei **Neurode im Eulengebirge**, gelegen an der Bahnstrecke Glatz–Dittersbach, **schöne Sommerwohnungen** bei guter Verpflegung zu vermieten. Verpflegung und Beköstigung pro Person und Tag 3.— M. Zimmer mit zwei Betten pro Woche 10,— M., mit einem Bett 7,— M. Anmeldungen an die Verwaltung des Volkshauses Centnerbrunn bei Neurode i. Schlesien. Telephon 214.

Eisenmoorbad Wilsnack
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzjährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverser Reisebureaus.

Verkäufe

Photo-Kurina, Potsdamerstraße 46. Stadtbekannt, erstklassig, billig.

Höferwagen durch Plattenaufbau auf meine großen prima Leiter- und Kastenwagen selbst leicht herstellbar. Georg Wagner, Köpenickerstraße 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hochelegantem Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6393.

Wenig getragene hochelegante Herrengarderobe, spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe in eleganter neuer Garderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. Leihhaus, Friedrichstraße 3, am Halleschen Tor.

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Nah. Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Staunenerregend! Prachtteppiche! Plüschschals! Federbetten Stand 25.—! Gardinenlager! Diwandecken! Herrenanzüge! Paletots! Monatsgarderobe! Teilzahlung ohne Abzahlungspreise! (Keine Verfallware!) Pfandleih-Verkaufshaus, Schönhauser Allee 115 (Nordring).

Bettenverkauf! Nur 9.75! 15.—! Prachtvolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Kavaliersgarderobe, teils auf Seide, Jackettanzüge 25.—, Gabardinemäntel 30.—, Prima Maßgarderobe enorm billig. Ferner Pelzmäntel 160.—, Pelzjacken 50.—, Kreuzfüchse, Ziegen 12.—. **Leihhaus Moritzplatz 58a.** Keine Lombardware.

Möbel

Zweiundfünfzig Anrichteküchen, [illegible], [illegible]. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Rametting, Kastanienallee 56.

Moebel-Boebel, Moritzplatz. Verkauf im Fabrikgebäude. Niedrigste Preise. Eichene Schlafzimmer 485. Speisezimmer, modernes Büfett, große Anrichte, 355. Standuhren 65. Lederstühle 16. Schreibtische 55. Bücherschränke 34–80. Runde Tische 45. Besichtigung erbeten.

Patentmatratzen „Primissima". Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Weller, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Anschaffungen in Möbel — nicht vorher, bevor Sie mein reichhaltiges Lager gesehen haben und sich von der Preiswürdigkeit und Güte meiner Möbel überzeugt haben. Um das Lager etwas zu entlasten, jetzt besonders preiswerte Angebote in Schlafzimmern und Küchen. Teilzahlungen gestattet. Sie kaufen direkt beim Tischlermeister. Julius Apelt, Berlin SO., Adalbertstraße 6, Hochbahn Kottbusser Tor.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), komplette Herrenzimmer nur 295.—, 375.—, 490.—, Ankleideschränke, furniert, dreiteilig, 79.—, 98.—, 140.—, Waschkommode mit Spiegel 69.—, 85.—, 110.—, Nachttische 14.50, 19.50, 24.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), erste Tischlerarbeit und keine Auktionsware. Versand Groß-Berlin franko. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 100 Mark an 5 Mark Autogeld vergütet. Riesenauswahl. Zirka 100 Zimmer und Küchen. Besuch lohnt. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), englische Bettstellen mit Spiralboden und Drell-Auflagen 59.—, 68.—, 85.—, Metallbettstellen, Messingverzierung, 28.—, 29.—, Ausziehtisch 29.—, 36.—, 45.—, Rohrstühle 4.95, 5.75, Plüschsofas 98.—, 120.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Diplomat-Schreibtische, echt Eiche, 69.—, Schreibsessel, Rindledersitz 29.—, Standuhren 95.—, Klubsessel 85.—, Flurgarderoben, moderne Anrichte-Küchen 119.—, 135.—, 165.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Speisezimmer: Büfett, Kredenzaufsatz, volle Türen (innen Mahagoni), schwere Bildhauerarbeit, englische Züge, Kredenz, Ausziehtisch mit abgerundeten Ecken, echte Lederstühle, 395.—, 450.—, 500.—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Schlafzimmer, echt Eiche, vollständig komplett mit großem Ankleideschrank, 385.—, 460.—, 500.— usw. Hausnummer achten.

Musikinstrumente

Kleinpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 25.

Mietpianos, 10.— Mark an, Kaufgelegenheit. König, Bochumerstr. 27 III.

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein. Kleine Ratenzahlung. Herrz, Brunnenstraße 181, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Für halben Preis gebe wegen Umzug mein klangschönes, modernes Klavier nur in Privathand. Bülowstraße 30 1 rechts.

Fahrräder

Fahrräder, Rennmaschinen, Halbrenner, Touren- und Damenräder, erstklassig. Niedrige Anzahlung. Kleinste Raten. Niederlage der Baltia-Fahrradwerke, Dresdenerstraße 111; N, Prenzlauerallee 88.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. **Fahrradhaus Zentrum** Linienstraße neunzehn.

Fahrraddecken 2,80, Schläuche 1,20, Pedalen 1,50, Freiläufe 2,50, Rahmen 22.—, Sättel 3.—, Akku 4.—, Anoden 3.—, Reparaturen. Schönleinstraße 2.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Kaufe vom Genossen die beste [illegible] und Eisen. Angebot mit Preisangabe an M. Sternke, Charlottenburg, Leonhardtstraße 18.

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister, Berlin, [illegible]straße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau. Abendlehrgänge. Tageslehrgänge.

Privatzirkel, Einzelunterricht, [illegible], Maschinenschreiben, Buchführung, Bücherrevisor Kulich, Seydelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Gewerkschaftshaus Braunlage, Lautenbergerstraße 28. Logis von 1.25 Mark an. Preiswerte Pension.

Geldverkehr

Pfandleihe, Höchstbeleihung. Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus.

Vermietungen

Wohnungen

Zwei-Zimmer-Wohnung ohne Wohnungsschein vermietet Vogt, Köpenickerstraße 44.

Zimmer

Leeres Zimmer, Küche, vermietet Vogt, Köpenickerstraße 44.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Sporthemdennäherinnen bei hohem Lohn sucht Schneider, Breitestraße 34, Aufgang 5, Zimmer 69.

Heimarbeiterinnen für Waschkleider und Schürzen verlangt Arthur Abraham, C 2, Neue Friedrichstraße 22a.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!!**

Tüchtiger, jüngerer **Stahlgraveur** f. Durchbrucharbeiten von [illegible]fabrik gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter M. U. 2331 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.